



universität  
wien

# MAGISTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Magisterarbeit / Title of the Master's Thesis

Die sozialen Folgen der staatlichen digitalen  
Überwachung für die österreichische Bevölkerung am  
Beispiel von „Chilling Effects“

verfasst von / submitted by

Dren Elezi, MA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of  
Magister der Philosophie (Mag. phil)

Wien, 2019 / Vienna 2019

Studienkennzahl lt. Studienblatt /  
degree programme code as it appears on  
the student record sheet:

UA 066 841

Studienrichtung lt. Studienblatt /  
degree programme as it appears on  
the student record sheet:

Magisterstudium  
Publizistik- und Kommunikationswissenschaft

Betreut von / Supervisor:

Assoc.-Prof. Mag. Dr. Gerit Götzenbrucker



### **Eidesstattliche Erklärung zum selbstständigen Verfassen dieser Arbeit**

Ich erkläre hiermit eidesstattlich, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe. Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche kenntlich gemacht. Die Arbeit wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch noch nicht veröffentlicht.

Wien, August 2019

Dren Elezi

### **Erklärung zur geschlechtergerechten Formulierung**

Zu Gunsten der besseren Lesbarkeit wird in folgender Magisterarbeit auf eine gendergerechte Schreibweise verzichtet. Alle personenbezogenen Bezeichnungen verstehen sich daher als geschlechtsneutral und möchten weder Frauen noch Männer diskriminieren.



## **Danksagung**

An dieser Stelle möchte ich mich bei all denjenigen bedanken, die mich während der Anfertigung dieser Magisterarbeit unterstützt und motiviert haben.

Zuerst gebührt mein Dank Frau Prof. Gerit Götzenbrucker, die meine Magisterarbeit betreut und begutachtet hat. Für die hilfreichen Anregungen und die konstruktive Kritik bei der Erstellung dieser Arbeit möchte ich mich herzlich bedanken.

Ein besonderer Dank gilt auch allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern meiner Befragung, ohne die diese Arbeit nicht hätte entstehen können.

Abschließend möchte ich mich bei meiner Familie bedanken, die mich stets unterstützt, motiviert und mir mit viel Geduld, Interesse und Hilfsbereitschaft zur Seite steht und mit zahlreichen interessanten Debatten und Ideen maßgeblich dazu beigetragen hat, dass diese Magisterarbeit in dieser Form vorliegt.



## Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung .....	9
1.1. Problemstellung und Relevanz .....	12
1.2. Überwachungsvorhaben in Österreich .....	14
2. Theoretische Überlegungen zum Begriff „Überwachung“ .....	17
2.1. Staat und Legitimation von Überwachung Zeitalter der Digitalisierung ...	24
2.2. Das Paradox der Prävention .....	33
2.3. Foucault und das Panoptikon im digitalen Zeitalter .....	36
2.4. Chilling Effects und aktuelle Studien .....	46
3. Methode der Forschungsarbeit .....	61
4. Forschungsfragen und Hypothesen .....	63
4.1. Forschungsfrage 1 .....	63
4.2. Forschungsfrage 2 .....	63
4.3. Forschungsfrage 3 .....	64
5. Untersuchungsergebnisse .....	66
6. Interpretation und Diskussion der Ergebnisse .....	76
6.1. Forschungsfrage 1 .....	76
6.2. Forschungsfrage 2 .....	79
6.3. Forschungsfrage 3 .....	82
7. Fazit .....	84
8. Literaturverzeichnis .....	86
8.1 Literatur .....	86
8.2 Journalistische Quellen .....	93
9. Anhang .....	97
9.1. Abstract .....	97
9.2. Fragebogen .....	98
9.3. Diagramme .....	106



## 1. Einleitung

Die Enthüllungen des früheren NSA-Mitarbeiters Edward Snowden im Juni 2013 zeigten erstmals das Ausmaß der weltweiten elektronischen Überwachung und enthüllten ein bislang unbekanntes und weltweites Netz von Spionagesystemen.<sup>1</sup> Am 6. Juni 2013 schilderten Berichte im Guardian und Washington Post zuvor nicht veröffentlichte Informationen und Dokumente über die Überwachungspraktiken der USA und anderer westlicher Regierungen sowie das als Top Secret eingestufte Programm PRISM (Planning tool for Resource Integration, Synchronization, and Management) zur Überwachung und Auswertung elektronischer Medien und elektronisch gespeicherter Daten.<sup>2 3</sup>

Den Enthüllungen über PRISM folgten im Juni und in den darauffolgenden Monaten weitere Berichte die eine große Bandbreite staatlicher Überwachungspraktiken und -operationen umfassten, einschließlich der weltweiten Überwachung von Telefonaufzeichnungen, E-Mails, Online-Chats und Browsergeschichten. Die Enthüllungen fanden eine breite Beachtung und lösten eine internationale Debatte in den Vereinigten Staaten, Europa, Russland und darüber hinaus.<sup>4 5</sup>

Ein Thema immensen öffentlichen Interesses, das die Praxis der massenhaften, anlasslosen staatlichen Überwachung öffentlich gemacht und dafür Bewusstsein geschaffen hat. Snowden betonte, dass er mit der Veröffentlichung dieser Informationen einen Missstand in der Gesellschaft aufzeigen wollte und betrachtete seine Enthüllungen als "Akt zivilen Ungehorsams im Zeitalter der totalen Überwachung".<sup>6</sup>

Die Dokumente, die Edward Snowden ans Licht brachte, enthüllten schließlich ein zuvor unvorstellbares Ausmaß an Überwachung bei nahezu jeder Art elektronischer Daten und Kommunikation, wo Datenströme aus Unterseekabeln im

---

<sup>1</sup> Alles Wichtige zum NSA-Skandal, Zeit Online, 28. Oktober 2013

<sup>2</sup> Vgl. Penney, J. (2016): Chilling Effects: Online Surveillance and Wikipedia Use, S.129-130

<sup>3</sup> Vgl. Greenwald, G. (2014): No place to hide: Edward Snowden, the NSA and the US surveillance state.

<sup>4</sup> USA zapfen Rechner von Internet-Firmen an, Der Standard, 7. Juni 2013

<sup>5</sup> Vgl. Trojanow, I. ; Zeh, J. ; Alvizu; J. ; Petersdorff; M. (2015): Attack on Freedom: The Surveillance State, Security Obsession, and the Dismantling of Civil Rights, S.273

<sup>6</sup> Edward Snowden – Held oder Verräter?, Der Standard, 17. Oktober 2018

großem Stil abgegriffen wurden und sich in den Datenverkehr zwischen Rechenzentren von Internetkonzernen wie Google und Yahoo eingeklinkt hatte und weltweit Ortungsdaten, private Nachrichten, Adressbücher, Telefongespräche, Online-Profile und Videotelefongespräche erfasst, abgespeichert und ausgewertet wurden.<sup>7</sup> Auch Österreich war betroffen und unmittelbar nach Veröffentlichung der sogenannten Snowden-Leaks, wurde schließlich auch bekannt, dass das österreichische Heeresnachrichtenamt als Partner von US-Geheimdiensten „zur Terrorabwehr Informationen ausgetauscht hat“. Sämtliche Ermittlungen zur sogenannten NSA-Affäre wurden 2017 allerdings in der zuständigen Staatsanwaltschaft in Wien eingestellt.

Aus wissenschaftlicher Sicht bleibt das Thema weiterhin relevant, denn diese Enthüllungen zeigen die Schattenseiten einer zunehmend digitalisierten Welt, in der sich Menschen bei der Nutzung von Smartphones und sozialen Netzwerken nicht mehr sicher sein können, wer beim Telefongespräch mithört bzw. mitliest, wenn man das Internet nutzt oder mit anderen Personen kommuniziert wird.<sup>8</sup> Die Rede ist von einer flächendeckenden Überwachung der Kommunikation einer großen Zahl von Menschen, ohne das Wissen der Betroffenen.

Obwohl die Enthüllungen dieser Programme letztlich zu weltweiten Debatten über Massenüberwachung führten sowie zu Diskussionen über Datenschutz und Privatsphäre, scheint es mittlerweile so, als sei die anfängliche Betroffenheit durch eine Resignation oder Gleichgültigkeit seitens der Bürger ersetzt worden.

Währenddessen treffen Regierungen Vorkehrungen, um Überwachungsmaßnahmen zu verschärfen oder ihnen eine gesetzliche Basis zu geben. Politische Vertreterinnen und Vertreter verschaffen den Geheimdiensten eine rechtliche Grundlage für Überwachungssaktivitäten, um invasiver in die Privatsphäre der Bürger einzugreifen.<sup>9</sup> Nicht selten wird hierzu besonders von Verfechtern solcher Ideen rund um die Einführung neuer staatlicher Überwachungsmaßnahmen das „Nichts-zu-verbergen-Argument“ genutzt, wonach

---

<sup>7</sup> Fünf Jahre später ist die NSA-Affäre vom Tisch, Der Standard, 25. Mai 2018

<sup>8</sup> Vgl. Amiradakis, M. J. (2016) Social networking services: A digital extension of the surveillance state?, S.289-290

<sup>9</sup> Vgl. Hamdi, M. (2017): Im digitalen Panopticon leben, S.5-6

„gesetzestreue Bürger die nichts zu verbergen haben, auch nichts zu befürchten hätten“.<sup>10</sup>

Menschen werden – wie auch die Reaktionen auf Snowden-Leaks gezeigt haben – in dem Glauben gelassen, dass Überwachungsmechanismen nicht auf sie gerichtet seien, sondern auf Schurken und Übeltäter. Dabei ist Monitoring des individuellen Verhaltens zur Routine geworden und vielen Menschen ist bewusst, dass sie tagtäglich überwacht werden, auch wenn sie die Folgen noch nicht abschätzen können. Hinzu kommt, dass die voranschreitenden technologischen Fortschritte zu effizienteren Möglichkeiten führen, die das Verhalten und die Internetkommunikation der Bürgerinnen und Bürger noch genauer erfassen, speichern und auswerten können als noch vor sechs Jahren. In den letzten Jahren haben immer mehr Staaten sogenannte „sicherheitspolitische“ Maßnahmen beschlossen.<sup>11</sup> Damit versuchen Regierungen sich einerseits den gegenwärtigen Herausforderungen wie der Bekämpfung organisierter Kriminalität oder dem Schutz vor Terrorismus zu stellen, während andererseits auch der Fokus auf die gesellschaftlichen Sicherheitserwartungen der Bevölkerung gerichtet wird.<sup>12</sup>

Für potenzielle Bedrohungen wird die Lösung daher meist in der Verschärfung von Gesetzen und der Ausdehnung von Kontrollmaßnahmen gefunden.<sup>13</sup> Angesichts der Tatsache, dass das Weiße Haus bereits 2014 bestätigte, dass das NSA-Programm keine Terrorattacken unterbinden konnte, ein sehr fragwürdiger Lösungsansatz.<sup>14</sup>

Vor allem aufsehenerregende Dramatisierungen im öffentlich-medialen Diskurs erzeugen zudem einen politischen Rückenwind für Initiativen, die für solche sicherheitsgesellschaftlichen Reformen werben. Themen wie Terrorismus, Migration, Cyberkriminalität, organisiertes Verbrechen oder auch die oft postulierte steigende Kriminalität verschmelzen in Bedrohungsszenarien, die den Ausbau von

---

<sup>10</sup> Why Privacy Matters Even if You Have 'Nothing to Hide', The Chronicle of Higher Education, 15. Mai 2011

<sup>11</sup> Vgl. Cayford M. and Pieters W. (2018): The effectiveness of surveillance technology: What intelligence officials are saying, S.88

<sup>12</sup> Vgl. Becker, J. (2016): Medien im Krieg – Krieg in den Medien, S.184-185

<sup>13</sup> Vgl. Kreissl R. (2017): Bringing the State back in, oder: Was hat der Staat in der Sicherheitsgesellschaft verloren?, S.17-18

<sup>14</sup> NSA program stopped no terror attacks, says White House panel member, NBCNews, 20. Dezember 2013

Überwachungsmaßnahmen, Kontrollen und strikteren Strafmaßnahmen als legitime und notwendige staatliche Reaktion erscheinen lassen und ihre Umsetzung in entsprechende gesetzliche Regelungen erleichtern.

Unter Bedingungen beschränkter staatlicher Handlungsmöglichkeiten, können sich Politiker auf diese Weise als Hüter einer als gefährdet stilisierten staatlichen Ordnung profilieren und mit Forderungen nach mehr Kontrolle, schärferen Gesetzen und Steigerung der Ausgaben für die Sicherheitsapparate an die Öffentlichkeit treten. So können staatliche Investitionen in Überwachungs- und Sicherheitstechnik aber auch die Umsetzung von Kompetenzausweitungen gesteigert bzw. einfacher durchgesetzt werden.<sup>15</sup> Solche gesetzlichen Sicherheitsmaßnahmen können angesichts ihrer Komplexität und der geringen Auseinandersetzung mit dem Thema, bedingt durch den immensen Handlungsdruck der durch die Medien und die Öffentlichkeit ausgelöst wird, zu negativen Wirkungen für die Meinungsfreiheit und die Demokratie führen. Insbesondere dann, wenn verheerende Effekte wie Abschreckung und Einschüchterung, auch „Chilling Effects“ genannt, die Folge sind.<sup>16</sup> Dieser Einschüchterungseffekt, bedingt durch das Gefühl des Beobachtetwerdens, und die Folgen für die österreichische Bevölkerung sind zentrale Themen dieser Forschungsarbeit.

### 1.1. Problemstellung und Relevanz

Staatliche Überwachung, als zielgerichtete staatliche Beschaffung von Informationen über Eigenschaften, Verhalten oder Kommunikation von Personen definiert, setzt zunehmend auf die technischen Möglichkeiten des Internets.<sup>17</sup> Die Überwachung kann verdeckt erfolgen, womit die staatlichen Überwacher und der Vorgang der Überwachung vom Überwachten kaum festzustellen sind.<sup>18</sup> Entziehen

---

<sup>15</sup> Vgl. Kreissl R. (2017): Bringing the State back in, oder: Was hat der Staat in der Sicherheitsgesellschaft verloren?, S. 19-20

<sup>16</sup> Abschreckungseffekte im digitalen Raum und wie sie die Grundrechtsausübung beeinflussen, Institut für Internet und Gesellschaft, 18. April 2017

<sup>17</sup> Technische Überwachung durch den Staat nimmt zu, Der Standard, 19. April 2019

<sup>18</sup> Vgl. Allmer, T. (2010): The Internet & Surveillance - Research Paper Series, S.8-9

sich der Überwacher und der Vorgang der Überwachung der Wahrnehmung des Überwachten führt dies zu sogenannten panoptischen Effekten.

Sind Dauer und Art der Überwachung für das Individuum nämlich nicht feststellbar, kann die Person die möglicherweise beobachtet wird immer davon ausgehen, überwacht zu werden, was den Überwachungsmaßnahmen eine besondere Wirkung gesellschaftlichen Ausmaßes verleiht.<sup>19</sup> Diese Überwachungsmaßnahmen werden zudem durch die Sammlung und Verdichtung von Informationen bei Intermediären einfacher und effizienter. Beispiele hierfür sind vor allem soziale Netzwerke wie Facebook, Online-Kommunikationsdienste wie Whatsapp oder Skype, Suchmaschinen Google oder auch Micro-Blogging Plattformen wie Twitter. Aufgrund der Monopolbildung decken diese Plattformen bestimmte soziale Kommunikationsfunktionen alleine ab, womit Internetnutzer zur Ausübung ihrer Rechte auf Kommunikationstools von privaten Unternehmen angewiesen sind und die Monopolstrukturen die Überwachungsmaßnahmen noch zusätzlich erleichtern, da Informationen an einer Stelle zentral gesammelt werden und mit einem Zugriff erfassbar sind.<sup>20</sup> Hinzu kommt, dass Unternehmen wie Facebook den Regierungsbehörden einzelner Staaten auch aktiv bei der Strafverfolgung unterstützen.<sup>21</sup>

Ein Zugriff auf diese Daten ermöglicht die Überwachung der physischen menschlichen Präsenz praktisch lückenlos. Zugleich erschweren die für die bisherigen Formen der Überwachung dem Einzelnen die subjektive Einschätzung, welchen Verdacht eine Person erregen muss, um Online-Überwachungsmaßnahmen ausgesetzt zu sein. Viele Möglichkeiten der Überwachung waren dem Gesetzgeber zum Zeitpunkt der Ausarbeitung der Ermächtigungsgrundlagen unbekannt und noch nicht abzusehen. Dies führt dazu, dass die aktuellen Möglichkeiten online-gestützter Überwachung rechtlich nicht immer klar umrissen sind. Hinzu kommt, dass die aktuelle Auslegung der Gesetze in der Praxis durch staatliche Behörden häufig geheim bleibt.

---

<sup>19</sup> Vgl. Staben, J. (2016): Der Abschreckungseffekt auf die Grundrechtsausübung, S.157

<sup>20</sup> Vgl. Ortner, H. ; Pfurtscheller, D. ; Rizzolli, M. ; Wiesinger, A. (2014): Datenflut und Informationskanäle, S. 8-9

<sup>21</sup> Government Requests for User Data, <https://transparency.facebook.com/government-data-requests>

Untersuchungen zu den Effekten von Online-Überwachung sind sozialwissenschaftlich dokumentiert und deuten aufgrund von Überwachung auf erhebliche Abschreckungspotenziale und Anpassungsdruck. Die in dieser Arbeit erwähnten Studien und die eigenen Forschungsergebnisse werden darlegen, wie nur die Befürchtung Überwachungsmaßnahmen ausgesetzt zu sein, ausreichen, um Verhaltensänderungen hervorzurufen.

Diese Überwachungseffekte zeigen sich bei bestimmten politischen, ethnischen oder religiösen Gruppen, was die Ausübung der Grundrechte dieser Personen und Gruppen hemmt und in bestimmten Fällen zu einer Verhaltensbeeinflussung aufgrund dieser Wirkung führt. Ein Resultat von Überwachungsmaßnahmen mit schwer absehbaren Folgen für die Bevölkerung eines Staates.<sup>22</sup>

Diese Abschreckungseffekte in Fällen der Online-Überwachung beeinflussen Menschen sehr früh im Prozess der Entwicklung von Ideen, womit die Kommunikation und Interaktion gehemmt wird. Eine einfache Tätigkeit der Sammlung von Informationen oder das Ausprobieren von Argumentationen und Fantasien, welche durch Freiheitsgrundrechte geschützt sind, können hier unter dem Einfluss von Überwachung stehen, mit unabsehbaren Folgen für die Generierung und Verbreitung von Ideen in einer demokratischen Gesellschaft.<sup>23</sup>

Angesichts der zunehmenden Digitalisierung in unserem alltäglichen Leben und der stetigen Weiterentwicklungen neuer innovativer Überwachungstechnologien werden solche Herausforderungen im Laufe der nächsten Jahre eine gewichtige Rolle in unserer Gesellschaft einnehmen, weshalb es wichtig ist, die sozialen Folgen der digitalen staatlichen digitalen Überwachung für die österreichische Bevölkerung am Beispiel von „Chilling Effects“ zu erforschen.

## 1.2. Überwachungsvorhaben in Österreich

Betrachtet man das ehemalige Regierungsprogramm der österreichischen Bundesregierung unter der ÖVP-FPÖ (18. Dez. 2017 - 28. Mai 2019, „Zusammen.

---

<sup>22</sup> Vgl. York, J. (2014): Global Information Society Watch 2014: Communications surveillance in the digital age, S.31

<sup>23</sup> Vgl. Staben, J. (2016): Der Abschreckungseffekt auf die Grundrechtsausübung, S.157

Für unser Österreich“), findet sich unter dem Punkt „Innere Sicherheit“ die Zielsetzung nach mehr Sicherheit für alle Menschen in Österreich durch verbesserte Rahmenbedingungen für die Polizei, die Bekämpfung von staatsfeindlichem Extremismus und staatsfeindlicher Radikalisierung, um insbesondere terroristischen Aktivitäten vorzubeugen, sowie auch die Schließung von Sicherheitslücken digitaler Netze in Österreich und der Schutz der Bürger vor neuen Bedrohungen durch die Digitalisierung.<sup>24</sup>

Dies sollte laut dem Regierungsprogramm unter anderem durch eine Technologieoffensive bewerkstelligt werden. Laut dem Regierungsprogramm benötigte die Regierung eine auf die neuen Bedrohungen und Herausforderungen angepasste Sicherheitsarchitektur, wobei der Prävention eine wesentlich höhere Bedeutung zukommen sollte.

Zu diesen Maßnahmen gehörte etwa die Optimierung von Datenermittlung und Datenweitergabe für die sicherheitspolizeiliche Verwendung, die Einführung von zukunftsorientierten Ermittlungsmethoden wie etwa die Gesichtsfeldererkennung oder Big-Data-Analysen, die Schließung der Lücken bei der Überwachung internetbasierter Telekommunikation („Bundestrojaner“).<sup>25</sup> Des Weiteren die Einführung eines Quick-Freeze-Modells (Anlassdatenspeicherung) bei Vorliegen eines Anfangsverdachts bestimmter gerichtlich strafbarer Handlungen, eine Individualisierungspflicht also die Zuordnung einer eindeutigen IP-Adresse, sowie das Auslesen und Wiederherstellen von Handydaten und anderen elektronischen Kommunikationsmitteln.<sup>26 27</sup>

Eine genauere Betrachtung dieser Regierungspläne zeigt, dass die Sicherheitspolitik der ÖVP-FPÖ-Regierung anhand einer verstärkten digitalen Überwachung, höheren Strafen und Kontrollen einen restriktiven Weg eingeschlagen hatte und den Ausbau der elektronischen Überwachung in Österreich umsetzen wollte.<sup>28</sup> Auch wenn Österreich in Europa kein Vorreiter für digitale Überwachung durch den Staat sein mag, ist das ein Paradebeispiel für den

---

<sup>24</sup> ÖVP-FPÖ Regierungsprogramm 2017–2022, „Zusammen. Für unser Österreich.“, S.29-34 u. S.44

<sup>25</sup> Fliegende Kameras: Neue Regierung baut Überwachung aus, Futurezone, 16. Dezember 2017

<sup>26</sup> Gesichtsscan, Chats mitlesen: Massives Überwachungspaket, Der Standard, 16. Dezember 2017

<sup>27</sup> Lauschen wie noch nie: Österreich beschließt Überwachungspaket, Netzpolitik, 20. April 2018

<sup>28</sup> Lauschangriff und Videoüberwachung: Was der Staat schon alles weiß, Kurier, 17. März 2019

Umgang mit aktuellen Herausforderungen, das für ein Verhaltensmuster spricht und das Sicherheitsverständnis vieler europäischer Staaten spiegelt.<sup>29 30 31</sup> Problematisch sind solche Maßnahmen vor allem deshalb, da sie suggerieren, dass Österreich bedroht sei.<sup>32</sup>

Das subjektive Sicherheitsempfinden der österreichischen Bevölkerung wird in diesem Zusammenhang für die Rechtfertigung von Sicherheitsmaßnahmen verwendet.<sup>33</sup> Im Namen der Sicherheit wurden auf diese Weise sogenannte „Sicherheitspakete“ beschlossen, die die Grund- und Freiheitsrechte einschränken können und staatliche Überwachungsbefugnisse ausbauen.<sup>34</sup>

Beispiele aus Deutschland zeigen, dass selbst fragwürdige Überwachungsbefugnisse trotz massiven Widerstand und einer „Legalisierung von Rechtsbrüchen“ seitens der Geheimdienste nach vielen Jahren dennoch bestehen bleiben und nicht zurückgenommen werden, auch wenn feststeht, dass diese Befugnisse ihren gewünschten Effekt verfehlt haben.<sup>35</sup>

Es tritt daher immer öfter die Frage in den Fokus, was diese staatliche digitale Überwachung für die Bürgerinnen und Bürger bedeutet bzw. welche Wirkung sie auf den Menschen hat, wenn heutzutage jeder einzelne davon ausgehen muss, permanent vom Staat überwacht zu werden.

---

<sup>29</sup> Vgl. Jones, R., Raab, C. & Székely, I. (2018): Surveillance and resilience: Relationships, dynamics, and consequences, S.240

<sup>30</sup> Frankreich: Scharfes Anti-Terror-Paket ersetzt Ausnahmezustand, Netzpolitik, 3. November 2017

<sup>31</sup> Massive Kritik: EU-Verordnung weitet Überwachung durch USA aus, Der Standard, 11. Juli 2019

<sup>32</sup> Kritiker warnen wegen Überwachungsplänen vor Polizeistaat, Der Standard, 18. Dezember 2017

<sup>33</sup> Über die innere (Un)sicherheitspolitik der neuen Regierung, Der Standard, 21. Dezember 2017

<sup>34</sup> Regierung bringt geplantes Sicherheitspaket auf den Weg, Kurier, 21. Februar 2018

<sup>35</sup> Zwei Schritte vor, keinen zurück – Überwachtungsausbau in der Großen Koalition, Netzpolitik.org, 5. November 2017

## 2. Theoretische Überlegungen zum Begriff „Überwachung“

Aus wissenschaftlicher Sicht ist es relevant, sich mit dem Begriff der Überwachung auseinanderzusetzen, denn spricht man von Überwachung gilt es in erster Linie zu klären, was unter Überwachung zu verstehen ist und welche Begriffsdeutung für diese Forschungsarbeit von Relevanz ist.

Das Wörterbuch Thesaurus und beliebte Verwendungen schlagen für den Begriff Überwachung eine Reihe verwandter Aktivitäten vor: Schauen, beobachten, überwachen, kontrollieren, schauen, starren, blick, schatten, hinterfragen, untersuchen, check out, scannen, screenen, inspizieren, überblicken, nachlesen, verfolgen, Wanze, Spion, Abhören, Test, Wache. Ein zentrales Merkmal ist demzufolge also das Sammeln einer Form von Daten, die mit einer Person oder eine Gruppe verbunden werden kann.<sup>36</sup>

Bereits Satellitenbilder zur Wettervorhersage oder zur Klimaanalyse, Gefängnisregime bzw. biometrische Verfahren zum Identitäts- und Sicherheitsmanagement an Flughäfen, aber auch technische, nicht-technische oder administrative Überwachungs- und Monitoringsysteme sowie auch solche in denen Personen die „Überwacher“ sind fallen unter dem Begriff Überwachung. Nils Zurawski schlägt vor, Überwachung als Phänomen der Schaffung, Steuerung und Erhaltung gesellschaftlicher Ordnung zu betrachten. Überwachen bedeutet auch, „über jemanden oder etwas zu wachen“, einen Blick oder eine andere Form der Aufmerksamkeit auf jemanden oder etwas gerichtet zu haben, was in kontrollierender, beeinflussender oder aufklärender und vorausschauender Absicht geschehen kann.<sup>37</sup>

Durch Überwachung soll Orientierung geschaffen werden. Dafür werden Normen vorgegeben, die dann mit technischen oder nicht-technischen Monitoring-Systemen überprüft werden können. Ihm zufolge ist es daher typisch, dass für

---

<sup>36</sup> Vgl. Marx, G.T. (2015): Surveillance Studies, Massachusetts Institute of Technology, Encyclopedia of the Social and Behavioral Sciences, S.733-734

<sup>37</sup> Vgl. Zurawski, N. (2014): Raum – Weltbild – Kontrolle, Raumvorstellungen als Grundlage gesellschaftlicher Ordnung und ihrer Überwachung, S.116

Überwachung eine tendenziell auf Ungleichheit aufbauende, hierarchische Kontrolle und Steuerung von Gesellschaft vorgesehen ist.<sup>38</sup>

Überwachung und darüber gesteuerte Kontrolle sind nicht Erfindungen des modernen Verwaltungsstaates, wie er sich mit der Entstehung der Nationalstaaten im 18. und 19. Jahrhundert herausgebildet hat. Allerdings haben sich Nationalstaaten in besonderer Weise auf die administrativen Formen der Überwachung, der Bestrafung, Kontrolle und der panoptischen Disziplinierung gestützt, z.B. in vielen durch ihn begründeten oder verfeinerten Institutionen und damit eine unvergleichbare Durchsetzungskraft über die eigene Bevölkerung entwickeln können.

Über die Verfügung über Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen kann schließlich staatliche Macht ausgeübt werden, wodurch Überwachung alle gesellschaftlichen Sphären berühren kann. In dieser Auffassung werden bestimmte Praktiken des Beobachtens zum zentralen Aspekt von Gesellschaft, die sich durch die zielgerichtete Perspektive vom bloßen Sehen, Hinschauen oder eben dem zweckfreien Beobachten unterscheiden.

Im Laufe einer Wandlungsphase hat der Begriff die Bedeutung angenommen, welche die gezielte Beobachtung von Personen oder Umwelt meint, mit dem Ziel zu kontrollieren, zu disziplinieren, zu helfen und schließlich auch um zu schützen. Durch den Nationalstaat rückten bestimmte Formen der Überwachung, Steuerung und Kontrolle in den Vordergrund, insbesondere die, die mit der Theorie des Panoptikons beschrieben werden.

Als Faktoren der administrativen Expansion des Nationalstaates und Bestandteile der Macht- und Herrschaftssicherung durch den Staat wurde auf Überwachung und Kontrolle gesetzt. Diese Mechanismen bleiben, trotz der globalen Zusammenschlüsse und damit teilweise erfolgten Erosion innerhalb nationalstaatlicher Systeme weiterhin bestehen. Auch wenn die Macht des alten Systems durch die Globalisierung und neue Vernetzungen an manchen Stellen inzwischen aufgeweicht wurde, geraten vor allem diese Instrumente, die zu einer Aufweichung geführt haben – also neue Informationsnetze und technische Systeme – zu den wichtigen Bestandteilen neuer Kontroll- und

---

<sup>38</sup> Vgl. Zurawski, N. (2014): Raum – Weltbild – Kontrolle, Raumvorstellungen als Grundlage gesellschaftlicher Ordnung und ihrer Überwachung, S.113-114

Überwachungsregime, deren soziale Folgen für die Bevölkerung anhand des panoptischen Ansatzes analysiert werden.<sup>39</sup>

Foucault knüpfte in seiner Analyse gesellschaftlicher Disziplinierung an die Ideen des britischen Sozialreformers Jeremy Bentham und dessen Ideen des Panoptikons zwei Dinge, die für viele Formen der Überwachung von Bedeutung sind. Foucault nennt dabei Wissen und Macht als solche Faktoren, wobei sich Überwachung aus der Kombination der beiden Faktoren ergibt.<sup>40</sup>

Das Unbekannte und die Kartierung der Umwelt, der Lebenswelt, der Gesellschaft und der sozialen Beziehungen sind dabei ein Teil der Überwachung, und unabhängig der Überwachungsstrategie soll die Welt geordnet werden bzw. wird versucht, das Unbekannte zu erkunden, zu kontrollieren oder zu beherrschen.<sup>41</sup> Es wird gleichzeitig ein Innen und ein Außen geschaffen, welche beide Objekte von Überwachung werden können, wobei das Außen in jedem Fall überwacht wird, da es potentiell als unbekannt und gefährlich gilt.<sup>42</sup>

Dank informationstechnischen Vernetzungen wie die Internet-Technologie wurde nicht nur die Arbeit von Behörden in Bezug auf vorausschauende Kontrolle, Profiling oder Formen der Fahndung revolutioniert, sondern auch inter- und supranationale Bündnisse haben auch dazu beigetragen, dass die bisher auf nationalen Territorien beschränkten administrativ organisierten Überwachungs- und Kontrollstrukturen das einst eng umgrenzte Territorium ausweiten konnten und im Zweifelsfall das Gebiet der Überwachung auf die ganze Welt erweitern, womit sich gleichzeitig das Ausmaß der Überwachung erhöht hat.<sup>43</sup>

Überwachung und Kontrolle sind aneinandergeschnitten, kommen aber oft in Kombination bzw. als Grund oder Konsequenz des jeweils anderen vor. Die

---

<sup>39</sup> Vgl. Zurawski, N. (2014): Raum – Weltbild – Kontrolle, Raumvorstellungen als Grundlage gesellschaftlicher Ordnung und ihrer Überwachung, S.115

<sup>40</sup> Vgl. Zurawski, N. (2014): Raum – Weltbild – Kontrolle, Raumvorstellungen als Grundlage gesellschaftlicher Ordnung und ihrer Überwachung, S.118

<sup>41</sup> What does the panopticon mean in the age of digital surveillance?, The Guardian, 23. Juli 2015

<sup>42</sup> Vgl. Zurawski, N. (2014): Raum – Weltbild – Kontrolle, Raumvorstellungen als Grundlage gesellschaftlicher Ordnung und ihrer Überwachung, S.124

<sup>43</sup> Vgl. Zurawski, N. (2014): Raum – Weltbild – Kontrolle, Raumvorstellungen als Grundlage gesellschaftlicher Ordnung und ihrer Überwachung, S.116

Grenzen zwischen Überwachung und sozialer Kontrolle sind fließend. Formen können das Vorausschauen, die Kontrolle, das Monitoring und die Steuerung sein. Es gibt allerdings auch extreme Formen, wo auch die Überschreitung einer körperlichen Grenze und somit die Verletzung und Inbesitznahme des Körpers steht. Besonders im Zusammenhang mit abweichendem Verhalten spielt der Begriff eine zentrale Rolle, wodurch Überwachung zu einem Bestandteil sozialer Kontrolle werden kann.

Die Kontrolle von unerwünschtem Verhalten kann Teil von sozialem Verhalten selbst sein, durch die Verinnerlichung von Codes oder durch Praktiken des Alltags – und dann ebenso spontan geahndet werden.

Durch Überwachung bzw. Systeme und bestimmte Formen der Überwachung wird diese Kontrolle verfestigt.<sup>44</sup> Eine Einführung von Überwachung bedeutet, dass ein abweichendes Verhalten nicht geduldet wird, das Vorhandensein von Überwachungsmöglichkeiten darauf hinweist, dass ein solches abweichendes Verhalten nicht geduldet wird oder zumindest nicht übersehen wird.

Mit einer technologischen Strategie, die auf die Sichtbarkeit von Normenbrüchen eingestellt ist, wird festgestellt, wann diese Normen gebrochen werden. Überwachung wird durch diese technischen Möglichkeiten auch deutlich unabhängiger von Ort und Zeit ist, wodurch weder der Überwacher im gleich Raum sein muss wie der Überwachte und man nachträglich feststellen kann, wer, wo und wann Normbrüche verübt hat.

Überwachung ist damit auf die Sammlung und Verarbeitung von Daten gleich welcher Art ausgelegt und kann anhand von Kategorien und Klassifikationen geschaffen werden, an denen sie sich orientieren kann. Dazu werden statische Klassifikationen und Kategorien geschaffen, um eine zielgerichtete und nicht die offene und spontane Beobachtung zu ermöglichen.

Überwachung bedeutet laut Zurawski, dass die Möglichkeit der Ordnung sowie der Orientierung in Gesellschaft über und durch den Ausschluss normverletzenden Verhaltens. Gleichzeitig wäre es nicht richtig anzunehmen, dass jede Art der Überwachung dem Zweck dient, eine definierte Freiheit einzuschränken oder eine

---

<sup>44</sup> Vgl. Zurawski, N. (2014): Raum – Weltbild – Kontrolle, Raumvorstellungen als Grundlage gesellschaftlicher Ordnung und ihrer Überwachung, S.125

(staatliche) Ordnung durch Zwang durchzusetzen, denn sie ermöglicht auch eine Überprüfung des Vorhandenseins von Regeln und die Schaffung von Möglichkeiten demokratischer Teilhabe und einer gewährleisteten Fairness. Dies könnte Menschen beispielsweise im Falle von Ansprüchen an Versicherungen oder staatliche Sicherungssysteme zu Gute kommen.<sup>45</sup>

Dennoch kann auch nicht automatisch angenommen werden, dass jegliche Form der Überprüfung oder Strategie zur Überwachung den Anspruch einer Umsetzbarkeit von Fairness, Demokratie oder Recht als Ziel hat. Im Mittelsteht muss dennoch das sehr feine Verhältnis zwischen Macht, Kontrolle und Fürsorge stehen, das seine Balance durch Überwachungsmaßnahmen verlieren kann, wenn die Auswirkungen und Folgen nicht ausreichend durchdacht werden. Laut Sebastian Kuehs zählt die Herstellung und Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit zu den primären Aufgaben des Staates. Dabei hängen die eingesetzten Mittel, mit denen Sicherheit hergestellt werden soll, von den Aufgaben, Kompetenzen und Funktionen ab, die dem Staat zugeschrieben, und durch die seine Ziele bestimmt werden. Diese sind dabei als ein Resultat gesellschaftspolitischer sowie kulturell geprägter Diskurse zu verstehen.<sup>46</sup>

Die beiden oft widerstrebenden Aspekte von Überwachung, Kontrolle und Fürsorge stehen nämlich in einem schwierigen Verhältnis zueinander, denn sie bedingen einander, stehen sich gegenüber und oder schließen sich unter Umständen sogar aus. In bestimmten Fällen kann Überwachung schließlich auch dazu genutzt werden, dass eben gerade nicht für Menschen gesorgt werden muss.<sup>47</sup>

Sicherheit ist eine Grundbedingung von Freiheit, die zugleich aber auch genauso ihre Einschränkung und Bedrohung bedeuten, womit auch von einem Spannungsverhältnis zwischen dem staatlichen Aufgabengebiet der Herstellung von Sicherheit und Ordnung und der individuellen Freiheit des Bürgers gesprochen

---

<sup>45</sup> Vgl. Zurawski, N. (2014): Raum – Weltbild – Kontrolle, Raumvorstellungen als Grundlage gesellschaftlicher Ordnung und ihrer Überwachung, S.127

<sup>46</sup> Vgl. Kuehs, S. (2010) Überwachung und Mündigkeit, S.31

<sup>47</sup> Vgl. Zurawski, N. (2014): Raum – Weltbild – Kontrolle, Raumvorstellungen als Grundlage gesellschaftlicher Ordnung und ihrer Überwachung, S.128

werden kann, wie dies beispielsweise bei der Überwachung durch den Staat der Fall ist.<sup>48</sup>

Dass bei der Überwachung vor allem Debatten hauptsächlich um Themen wie Kriminalität, Prävention und Terrorbekämpfung und Datenschutz geführt werden dominiert unter anderem auch daran, dass die Praktiken zur Überwachung auf die Computerisierung bzw. Digitalisierung zurück zu führen sind, das mitunter auch in der Wissenschaft zu einer größeren Beachtung geführt hat. Gegen Ende der 60er Jahre ermöglichte der informationstechnische Sprung den die Computer erlebten eine Entwicklung, die sich selbst Jeremy Bentham mit seinem Panoptikon nicht vorstellen hätte können.

Diese neuen Möglichkeiten der Datenerfassung, Datenauswertung und wandelten die Überwachung von einer direkten und disziplinierenden Kontrolle, hin zu einer Überprüfung von Kategorien, Maßnahmen, Personengruppen und vordefinierten Szenarien. 1974 wies James Rule auf die ordnende und sortierende Qualität der Computer und ihre Bedeutung für unsere Privatsphäre hin und analysierte Konsequenzen, die sich durch die damals aufkommende Computerisierung der Bürokratie und damit der massenhaften Erfassung persönlicher Daten abbildeten, denn nicht nur die Schnelligkeit der Informationsverarbeitung, sondern auch die Formen und Arten der Daten und Datensammlungen haben sich drastisch verändert. Diese neue Art der Datensammlung ermöglicht es auch neue Verknüpfungen und Zusammenhänge zu schaffen, wodurch auch die Wahrnehmung der Welt verändert wird.

Auch wenn die Systematisierung von Überwachung lange vor dem Computer begonnen hat und Überwachung keine Idee der Moderne ist, so muss festgehalten werden, dass die Digitalisierung der Kontrolle und Überwachung bisher nicht bekannte Konsequenzen mit sich bringt. Computer sind im Bereich der Überwachung zu dem zentralen Tool geworden, das die Auswertung und Steuerung fast allein bestimmt – und das Potenzial ist noch lange nicht ausgeschöpft, denn die Überwachung wird zunehmend algorithmisch und vor allem vorausschauender. Sie ist auf Klassifikationen, Kategorien von Verhalten, Mustern,

---

<sup>48</sup> Vgl. Kuehs, S. (2010) Überwachung und Mündigkeit, S.47

Personen, Handlungen, Kontexten und Verbindung neuer Formen der Identifikation angewiesen.

Einst stand die Disziplinierung des Einzelnen im Mittelpunkt, mittlerweile wird diese durch die Überprüfung von Normen, wie sie in Szenarien produziert und für allgemein gültig gehalten werden, ersetzt, denn mit Computern lassen sich genau diese Abgleiche von Mustern und vorbestimmten Parametern am einfachsten umsetzen. Mit der Digitalisierung jedoch gewinnen diese Kategorien, Klassifikationen und Muster ein Eigenleben, denn sie imitieren, simulieren und können in letzter Konsequenz auch konstruieren. Die Beispiele für diese Form der Überwachung sind vielfältig und in unserem Alltag längst eingebettet.<sup>49</sup>

Die Anwendungen um mithilfe der Überwachung die sogenannte unbekannt Welt zu erschließen, kontrollieren und zu überprüfen sind sehr vielfältig: Kameras in allen Ausprägungen, die Räume und Personen filmen und aufzeichnen oder biometrische Verfahren zur Identifikation, Datenbanken, in denen alles nur Erdenkliche gesammelt, sortiert und neu zusammengesetzt wird, was in irgendeiner Weise mit menschlichem Handeln in Verbindung gebracht werden kann sowie Programme, die Verhaltensmuster und Stimmen erkennen können, ohne das Wissen der Betroffenen.

Insbesondere die Möglichkeiten der Kameras stellen durch ihre Präsenz und Funktion ein schwerwiegendes Problem dar, denn in ihr steckt ein großes Potenzial und gleichzeitig der Verdacht eines Generalverdachts.<sup>50</sup> Befürworter argumentieren, dass allein das Vorhandensein einer Kamera zu einem konformen Verhalten zwingt und Abweichungen von vornherein verhindert.<sup>51</sup> Ihnen zufolge ist es ausgerechnet der starre Blick der Kamera und die Art der antizipierten Abweichung durch die Kameras wirken.<sup>52</sup>

Tatsächlich können wissenschaftliche Überprüfung diese positive Wirkung von Kameras in Bezug auf eine Minderung der Kriminalität nicht eindeutig bestätigen

---

<sup>49</sup> Vgl. Zurawski, N. (2014): Raum – Weltbild – Kontrolle, Raumvorstellungen als Grundlage gesellschaftlicher Ordnung und ihrer Überwachung, S.130-131

<sup>50</sup> Österreichs Bevölkerung unter Generalverdacht, Der Standard, 14. April 2019

<sup>51</sup> Vgl. Zurawski, N. (2014): Raum – Weltbild – Kontrolle, Raumvorstellungen als Grundlage gesellschaftlicher Ordnung und ihrer Überwachung, S.137

<sup>52</sup> Vgl. Zurawski, N. (2014): Raum – Weltbild – Kontrolle, Raumvorstellungen als Grundlage gesellschaftlicher Ordnung und ihrer Überwachung, S.138

kann. Dennoch wird die Installation von Kameras und das Argument der Minderung von Kriminalität regelmäßig ins Spiel gebracht, was einmal mehr ihre Wirkmächtigkeit zeigt.

Es sind vor allem zwei Versprechen, die mit Videoüberwachung verbunden sind und das betrifft einerseits die Schaffung von mehr Sicherheit bzw. die Steigerung des Sicherheitsgefühls bei der Bevölkerung und zweitens die Prävention von Kriminalität im Sinne einer Reduzierung von Kriminalität durch Kameras, wie etwa in U-Bahnen oder Bahnhöfen. Auch wenn bislang keine wissenschaftlich konkreten Daten vorliegen, ist der Einsatz von Kameras klar – so sollen Kameras abschrecken und auf diese Weise bereits die Taten im Vorwege verhindern. Hinzu kommt, dass ein immer häufiger ausgesprochener Effekt, die verbesserten Möglichkeiten der Aufklärung wenn Kameras einen Ort überwachen, als weiteres Argument verwendet wird.<sup>53</sup>

## 2.1. Staat und Legitimation von Überwachung Zeitalter der Digitalisierung

Es gibt ständig neue Technologien zum Sammeln persönlicher Informationen, die über die weniger effektiven und effizienten alten Mittel hinausgehen. Die neuen Technologien untersuchen tiefer, breiter und weicher als herkömmliche Methoden und überschreiten die Barrieren, sowohl natürliche Entfernung, Dunkelheit, Haut, Zeit, mikroskopische Größe als auch konstruierte Wände, versiegelte Umschläge, inkompatible Formate - diese geschützten persönlichen Informationen. Kurz gesagt, die Grenzen, die soziale Systeme, Gruppen und das Selbst definieren und integer gemacht haben, werden zunehmend durchlässig.

Mit diesem Fortschritt hat auch die Überwachung in den letzten Jahrzehnten der modernen Gesellschaft deutlich zugenommen. Überwachungswissenschaftler wie David Lyon, Clive Norris und Gary Armstrong betonen, dass wir bereits in einer Überwachungsgesellschaft leben.<sup>54 55</sup>

---

<sup>53</sup> Vgl. Zurawski, N. (2014): Raum – Weltbild – Kontrolle, Raumvorstellungen als Grundlage gesellschaftlicher Ordnung und ihrer Überwachung, S.152-153

<sup>54</sup> Vgl. Allmer, T. (2010): The Internet & Surveillance - Research Paper Series, S.1

<sup>55</sup> Vgl. Doty, P. (2014): U.S. homeland security and risk assessment, Government Information Quarterly

Die Befugnis staatlicher Behörden, Offenlegungen zu erzwingen und Daten zu speichern, analysieren und auszuwerten, sei es aufgrund von Technologie, Gesetzen, Umständen, Verführung oder Täuschung, ist anscheinend ein bestimmendes Attribut unserer Zeit. Wir werden zu einer transparenten Gesellschaft von Aufzeichnungen und Aufzeichnungen, so dass die Dokumentation unserer Geschichte, der Identität, des Ortes sowie der physiologischen und psychologischen Zustände und unseres Verhaltens immer vollständiger wird.<sup>56</sup>

Mit Vorhersagetools gibt es sogar die Behauptung, die Zukunft voraussagen zu können. Die Erfassung von Informationen erfolgt häufig unsichtbar, automatisch und aus der Ferne. Dabei fehlt nicht selten das Bewusstsein des Objekts bzw. auch die Zustimmung der Personen. Die Menge der gesammelten persönlichen Informationen hat in den letzten Jahrzehnten erheblich zugenommen. Neue Technologien können das Unsichtbare, Unbekannte, Vergessene, Zurückgehaltene und Unverbundene aufdecken und analysieren.<sup>57</sup> Ein Problem dieser digitalen Überwachung ist die Unsichtbarkeit, denn im Vergleich zu geöffneten Briefen oder verdächtigen Nachbarn ist die Echtzeitüberwachung des Internets sehr unauffällig und auf Grund der technischen Komplexität und dem schwer vorstellbaren Ausmaß für die Normalbürgerin schwer zu fassen. Obwohl Überwachungstechniken seit Jahren zur Anwendung kommen, wurden sie (bis auf wenige Enthüllungen) weder sichtbar, noch hatten sie merkliche Effekte auf den normalen Internetnutzer, was die Bedrohung von Einschränkungen der Privatsphäre weniger greifbar macht und möglicherweise einen negativen Effekt auf aktive Proteste hat.<sup>58</sup>

Die Welt ist aufgrund der Digitalisierung mittlerweile voll von neuen Datenarten, die zuvor keine Bedeutung hatten oder deren Bedeutung verborgen und unbekannt war, wenn sie nicht mit anderen Daten kombiniert und durch Messungen und Tests

---

<sup>56</sup> Vgl. Beck, E. N. (2015): The Invisible Digital Identity: Assemblages in Digital Networks, Computers and Composition, S.126

<sup>57</sup> Vgl. Marx, Gary T. (2016): Windows into the Soul, Surveillance and Society in the Age of High Technology, S.47-48

<sup>58</sup> „Warum protestieren, ich habe nichts zu verbergen“, Netzpolitik, 19. Dezember 2014

in etwas umgewandelt wurden, das als bedeutsam bezeichnet wurde. Ein zentrales Merkmal dieser neuen Überwachungsmaßnahmen ist die Umwandlung der gesammelten Daten in digitale Form. Dies macht es in einem bisher unvorstellbaren Ausmaß übertragbar und vergleichbar. Viele der Rohdaten haben keine direkte Bedeutung und erhalten erst durch „Interpretationsprogramme“ ihre Bedeutung, auch wenn diese oft nicht angemessen überprüft werden und im Grunde auch nur vom Menschen erstellt werden. Bedeutungen werden generiert, indem Daten von Individuen mit einer großen Datenbank verglichen werden um Vorhersagen zu treffen.<sup>59</sup>

Die sozialen Auswirkungen dieser immensen Datensammlung sind heute noch nicht bekannt, vieles deutet aber auf tiefgreifende Veränderung hin. Diese Entwicklungen können besser verstanden werden, wenn man die Dimensionen des Themas näher erforscht und die zeitgemäßen Praktiken der strategischen Überwachung analysiert.<sup>60</sup> Diese Daten die durch digitale Datenerfassungsprogramme gesammelt werden sind in Echtzeit verfügbar. Informationen sind sowohl über die Vergangenheit, über die Gegenwart und Zukunft enthalten. Die Datenerhebung allerdings weit über den einzelnen Verdächtigen hinaus, wodurch jeder einzelne Gegenstand der Datenerhebung wird.<sup>61</sup>

Gleichzeitig wird Überwachung oft als Schutzmaßnahme dargestellt, doch während etwa beispielsweise Prävention häufig versucht, potenzielle „Regelverletzer“ zu identifizieren, zu stoppen oder auszuschließen, verwenden diese Systeme auch persönliche Informationen – auch derjenigen, die mit potenziellen „Regelverletzern“ nichts zu tun haben. Neue Überwachungstechnologien werden zunehmend kategorisch und nicht ausschließlich auf „verdächtige Personen“ angewendet, womit jede Person zum Verdächtigen werden kann und die Spannweite an

---

<sup>59</sup> Vgl. Marx, Gary T. (2016): Windows into the Soul, Surveillance and Society in the Age of High Technology, S.49

<sup>60</sup> Vgl. Marx, Gary T. (2016): Windows into the Soul, Surveillance and Society in the Age of High Technology, S.52

<sup>61</sup> Vgl. Marx, Gary T. (2016): Windows into the Soul, Surveillance and Society in the Age of High Technology, S.56-57

Verdächtigen erweitert werden kann.<sup>62</sup> Gleichzeitig werden staatliche Sicherheitsversprechen zunehmend an technologische Verfahren geknüpft, um Sicherheitsproblemen von unterschiedlichen Bedrohungen mit passgenauen Lösungen zu begegnen.<sup>63</sup>

Der Bandbreite technologischer Verfahren, die der Entwicklung passgenauer Lösungen auf Sicherheitsprobleme dienen sollen, sind keine Grenzen gesetzt. Im Fokus stehen dabei vor allem Technologien, denen das Potential zugeschrieben wird, auf unterschiedlichste ‚Problemlagen‘ zu reagieren.<sup>64</sup> Da es sich bei der Sicherheit um ein für den Bürger nicht tatsächlich erfahrbares Versprechen handelt, wird das Versprechen selbst in Frage gestellt, da der Staat lediglich „die Reduktion von Unsicherheit“, aber nicht die Sicherheit bzw. eine „Garantie von Sicherheit“ versprechen kann. Im Grunde wird also kein Zustand, sondern lediglich die politische Handlungsbereitschaft und –fähigkeit versprochen, da höchstens Handlungen und keine Empfindungen versprochen werden können.<sup>65</sup>

Das Bewusstsein von Bedrohungen und die Erwartung, dass der Staat sich um die Sicherheitsbelange der Bürger kümmert, führt dazu, dass die Menschen bereit sind Teile ihrer Freiheit zu opfern und darauf einigen, Macht an eine Instanz abzugeben, die ihnen Sicherheit im Zusammenleben und somit auch die Wahrung ihrer Freiheit garantiert.<sup>66</sup> Regeln werden für ein Zusammenleben geschaffen, womit der Machthabende befugt wird diese aufzustellen, durchzuführen und Verstöße gegen diese Regeln zu sanktionieren.

Laut Thomas Hobbes existiert ohne staatliche Macht „ein Krieg aller gegen alle“, wodurch ein Mangel an Sicherheit und zumindest in der Theorie eine unbegrenzte und gleichzeitig stark eingegrenzte Freiheit besteht. Die tägliche Angst davor,

---

<sup>62</sup> Vgl. Marx, Gary T. (2016): Windows into the Soul, Surveillance and Society in the Age of High Technology, S.17-18

<sup>63</sup> Vgl. Kühne, S. und Schlepper, C. (2017): Zur Politik der Sicherheitsversprechen, Die biometrische Verheißung, S.79

<sup>64</sup> Vgl. Kühne, S. und Schlepper, C. (2017): Zur Politik der Sicherheitsversprechen, Die biometrische Verheißung, S.80

<sup>65</sup> Vgl. Kühne, S. und Schlepper, C. (2017): Zur Politik der Sicherheitsversprechen, Die biometrische Verheißung, S.93

<sup>66</sup> Vgl. Pfafferott, C. (2015): Der panoptische Blick. Macht und Ohnmacht in der forensischen Psychiatrie. Künstlerische Forschung in einer anderen Welt, S.23

getötet oder beraubt zu werden und der Kampf um das Überleben würde ihm zufolge so viele Ressourcen beanspruchen, dass Individuen bereit sind, einen Teil ihrer unbegrenzten Freiheit abzugeben bzw. einer Autorität zu übertragen, mit dem Ziel, die eigene Sicherheit zu gewährleisten. Die „eigentliche Macht der Regierung“ hängt also von der Anzahl der Menschen ab, der ihr folgt und sie unterstützt.<sup>67</sup> Zwar werden auf diese Weise auch die eigenen Rechte und Freiheiten eingeschränkt, die jedoch in Kauf genommen werden, um die Existenz ohne einen ständigen Überlebenskampf sichern zu können, womit diese Übergabe der Macht an eine Autorität aus rationalem Kalkül geschieht, um das eigene Überleben zu sichern. Die Gesellschaft, die sicher leben will, verleiht der von ihnen übertragenen Macht die Möglichkeit, sie stark sanktionierend über Individuen auszuüben, die dem in dieser konkreten Form nicht zustimmen würden.

Diese umfassend Handlungsfreiheits- und damit Grundrechte einschränkende Form der Machtausübung ist in diesem Fall von der Mehrheit legitimiert.<sup>68</sup> Es ist also die Angst vor Gefahren, die das Individuum dazu bringt, seine Freiheit einem Souverän zu übertragen und sich diesem zu unterwerfen, womit Angst die Herrschaft des Staates legitimiert. Im Gegenzug muss dieser dafür sorgen, dass das Leben der Bevölkerung in Sicherheit ist. Welche Maßnahmen notwendig sind bzw. wann diese verhältnismäßig sind, liegt im Ermessen des Staates.

Um die übermächtige Staatsmacht zu reduzieren und um zu gewährleisten, dass die Repräsentanten des Staates die Grenzen des Staates auch einhalten, wurde schließlich ein Rechtsstaat mit einer Gewaltenteilung und Demokratie entwickelt und institutionalisiert.<sup>69</sup> Damit haben demokratische Staaten ein sogenanntes „staatliches Gewaltmonopol“, womit nur der Staat und seine Organe durch seine demokratische Legimitation befugt ist, Gewalt auszuüben bzw. auch andere dazu zu legitimieren. Die Gewaltenteilung durch Judikative, Legislative und Exekutive kontrolliert sich gegenseitig und soll dadurch einen Machtmissbrauch verhindern,

---

<sup>67</sup> Vgl. Arendt, H. (1970): Macht und Gewalt, S.42

<sup>68</sup> Vgl. Pfafferoth, C. (2015): Der panoptische Blick. Macht und Ohnmacht in der forensischen Psychiatrie. Künstlerische Forschung in einer anderen Welt, S.27

<sup>69</sup> Vgl. Chorherr, C. (2015): Die Angstspirale: Wie Fundamentalismus und Überwachungsstaat unsere Demokratie bedrohen, S.131

womit das Gewaltmonopol nur vom Staat sichergestellt werden kann und nur er alleine und als legitimierte Instanz Gewalt anwenden darf.<sup>70</sup>

Die Gewaltanwendung durch private Gruppen und die Errichtung paralleler Strukturen zum Staat gelten nicht als legitim. Die Macht des Staates wird verfassungsrechtlich in der Garantie des gewaltlosen Zusammenlebens der Gesellschaft begründet. Bedingung dafür ist wiederum, dass Gewalt nur in staatlicher Hand liegt. Ein Staat in dem das Gewaltmonopol aufgebrochen wird, würde dazu führen, dass jedem die Ausübung von Gewalt gleichermaßen zustehen würde. Diese Tyrannis erzeugt die Ohnmacht, welche dann totale Herrschaft ermöglicht, so Hannah Arendt, die die Tyrannis als „Extremfall der Gewalt“ bezeichnet in der „Einer gegen Alle“ herrscht.<sup>71</sup> Deswegen ist der Staat befugt, Gewalt von denjenigen, die das staatliche Gewaltmonopol in Ausprägung der Gewaltenteilung zu unterwandern versuchen, zu unterbinden und zu sanktionieren. Die gewalttätigen Individuen werden etwa zur Sicherung der Bevölkerung eingesperrt.<sup>72</sup>, denn laut John Locke darf dieser legitimierte Staat zu keinem anderen Ziel führen als Frieden, Sicherheit und öffentlichen Wohl des Volkes.

Zusammenfassend legitimiert sich staatliche Kontrolle und Macht also durch Sicherheitsbedürfnisse, die sich nach Thomas Hobbes aus der unkontrollierten Situation des Naturzustands bzw. dem sogenannten „Kampf aller gegen alle“ ergeben.

Sebastian Kuehs bezieht sich auf John Locke und geht davon aus, dass der Mensch im Naturzustand frei und gleich ist und er kann in diesem frei über die eigene Person sowie über seine Besitztümer entscheiden, ohne dabei allerdings sich selbst oder einem anderen Schaden zuzufügen.

Dieses von Natur aus für alle Menschen gleich geltende, für ein vernunftbegabtes Wesen eigentlich klare und verständliche Recht, wird jedoch von dem durch eigene Interessen beeinflussten Menschen gefährdet. Deshalb besteht immer die Gefahr

---

<sup>70</sup> Vgl. Pfafferott, C. (2015): Der panoptische Blick. Macht und Ohnmacht in der forensischen Psychiatrie. Künstlerische Forschung in einer anderen Welt, S.29

<sup>71</sup> Vgl. Arendt, H. (1970): Macht und Gewalt, S.43

<sup>72</sup> Vgl. Pfafferott, C. (2015): Der panoptische Blick. Macht und Ohnmacht in der forensischen Psychiatrie. Künstlerische Forschung in einer anderen Welt, S.29-30

von Übergriffen, was die „Freude an seinem Eigentum“ als unsicher erscheinen lässt und sein Leben von der Angst von Verlust und Tod durchzogen ist. Aus diesem Grund gibt der Mensch seine Selbstständigkeit auf und unterwirft sich einer Gewalt beziehungsweise Herrschaft, indem er sich zu einer Gesellschaft vereinigt. Erst durch den Eintritt in die Gesellschaft gibt der Mensch die im Naturzustand geltende Gleichheit, Freiheit sowie exekutive Gewalt auf, so Locke in seinem 1690 erschienen Werk „Zwei Abhandlungen über die Regierung“, und legt diese in die „Hände der Gesellschaft“, damit sie in Form der Legislative zum Wohle der Gesellschaft darüber verfügt.<sup>73 74</sup>

Wie bei John Locke, finden sich auch bei Jean-Jacques Rousseau solche Überlegungen, weshalb sich die Menschen bei ihm zu einer Gemeinschaft zusammenschließen. Für Rousseau ist der Mensch frei und gut und um seine Freiheit wieder zurück zu erlangen, setzt er auf eine Form des Zusammenschlusses, die mit ihrer ganzen gemeinsamen Kraft die Person und das Vermögen jedes einzelnen Mitglieds verteidigt.<sup>75</sup> Mit dem Gesellschaftsvertrag schließt sich der Mensch also zu einer Gemeinschaft zusammen, und unterwirft sich somit einer gesellschaftlichen Ordnung, die vom Gemeinwillen getragen wird. Jeder Bürger wirkt dabei als „Teilhaber an der Souveränität“ des Staates, gewinnt aber dadurch im Austausch die bürgerliche Freiheit sowie die sittliche Freiheit. Der Gebrauch der menschlichen Vernunft, und somit Freiheit an sich, wird für ihn erst durch das Eintreten in das bürgerliche Leben ermöglicht.<sup>76</sup>

Dadurch wird gleichzeitig auch die Hoffnung auf die Kontrollierbarkeit unwägbarer gesellschaftlicher Entwicklungen erweckt, wie etwa Kriminalität oder sonstiges abweichendes Verhalten, da, so die Annahmen, was unter Kontrolle ist, kann nicht mehr gefährlich werden, ähnlich wie bei Diskussion zur Überwachung von öffentlichen Plätzen oder „verdächtigen Personen“.

Diese Kontrolle wird damit gerechtfertigt, dass sie der Präventivwirkung und Gefahrenabwendung, etwa von Terrormaßnahmen, diene und somit die Sicherheit erhöhe. In diesem Zusammenhang nehmen auch wieder die Abweichungs-

---

<sup>73</sup> Vgl. Kuehs, S. (2010) Überwachung und Mündigkeit, S.32

<sup>74</sup> Vgl. Rehm, M. ; Ludwig, B. (2012): John Locke: Zwei Abhandlungen über die Regierung

<sup>75</sup> Vgl. Rousseau, Jean-Jacques (2006): Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundsätze des Staatsrechts

<sup>76</sup> Vgl. Kuehs, S. (2010) Überwachung und Mündigkeit, S.33

Individuen eine zentrale Rolle ein, da sie Angst schüren und das Bedürfnis nach Sicherheit hervorrufen, womit im Umkehrschluss die Kontrolle wieder gerechtfertigt wird.<sup>77</sup>

Dieses Sicherheitsbedürfnis steigt seit den 1990er Jahren an, womit im Gleichschritt auch die öffentliche Überwachung erweitert wird. Die angebrachten Kameras auf öffentliche Plätzen und Straßen aber auch in öffentlichen Institutionen und in Verkehrsmitteln und Stationen des öffentlichen Verkehrs potenzieren die Funktion des „panoptischen Turmwächters“, der selbst nicht zu sehen ist, jedoch in der Lage ist alles zu sehen. Tatsächlich befindet sich hinter dem „Video-Auge“ allerdings nicht immer ein „Wächter“ wie bei Benthams Gefängnis. Vielmehr dienen die Videobeweise von Gewaltverbrechen zur Prävention und nachträglichen Analyse und zeigen, dass Gewalt sich nicht immer verhindern lässt.

Sie kann aber auch präventiv eingesetzt werden kann, um eine Unterwanderung der Macht erst zu verhindern, womit gewährleistet wird, dass die Macht gar nicht erst gefährdet wird und „verloren“ geht, womit sie sich gleichzeitig ihre eigene Existenzberechtigung gesichert hat.<sup>78</sup> Die Bevölkerung ist demgegenüber aber dem ständigen Vorbehalt von „Allgemeingefährlichkeit“ ausgesetzt, wodurch sämtliche Personen unter „Generalverdacht“ gestellt werden stehen, und wie Marx bereits erwähnt, einer generellen Spurensicherung unterliegen. Ein postulierter Schutz für die Bevölkerung der allgegenwärtig und anonym ist.<sup>79</sup>

Der „Überwachungsblick“ der Videoüberwachung ist allerdings nur ein Teil einer breiten Kontrolle, denn auch die sogenannte „Vorratsdatenspeicherung“, die die Kommunikation von Individuen für den Fall eines erfüllten Tatbestands speichert, ist Bestandteil von Sicherheitsbedürfnissen.<sup>80</sup> Ähnlich wie bei der Videoüberwachung ist auch hier ein Glaubensaspekt immanent, denn man kann zwar daran glauben, dass die Vorratsdatenspeicherung helfen kann, man kann sich

---

<sup>77</sup> Vgl. Pfafferott, C. (2015): Der panoptische Blick. Macht und Ohnmacht in der forensischen Psychiatrie. Künstlerische Forschung in einer anderen Welt, S.330

<sup>78</sup> Vgl. Pfafferott, C. (2015): Der panoptische Blick. Macht und Ohnmacht in der forensischen Psychiatrie. Künstlerische Forschung in einer anderen Welt, S.29

<sup>79</sup> Vgl. Pfafferott, C. (2015): Der panoptische Blick. Macht und Ohnmacht in der forensischen Psychiatrie. Künstlerische Forschung in einer anderen Welt, S.331

<sup>80</sup> Vgl. Moser-Knierim, A. (2014): Vorratsdatenspeicherung: Zwischen Überwachungsstaat und Terrorabwehr, S.185

aber nie sicher sein, ob sie tatsächlich dazu führt, dass Verbrechen verhindert bzw. aufgeklärt werden.

Im Sinne dieser Verbrechensbekämpfung und Gewährleistung von Sicherheit bzw. um das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung zu steigern, blicken Drohnen und Satelliten auf die Erde, während Geheimdienste Dienste des Staates Kontrollmöglichkeiten nutzen um möglichst viel Wissen wie möglich anzusammeln und damit unter anderem Sicherheit zu gewährleisten und Macht zu erhalten – der Überwachungsblick ist heutzutage allgegenwärtig.

Die Enthüllungen des sogenannten »Whistleblowers« Edward Snowden über die Überwachung des amerikanischen Geheimdienstes NSA Security Agency« und dessen Zusammenarbeit mit anderen Ländern zeigten vielen Menschen, wie der Datenverkehr von Telekommunikation und Internet weltweit etwa durch Geheimdienst-Programme wie „Prism“ und „X-Keystore“ überwacht wurden und damit die legitimierte Macht, die der Staat durch die eigene Bevölkerung erhalten hat, missbraucht wurde.<sup>81</sup> So schrieb etwa die französische Zeitschrift „Libération“, dass man dem, was im Internet gezeigt, gesagt oder geschrieben wird, nicht entkommen kann, da wir uns in einem sogenannten „elektronischen Panoptikum“ befinden, das alles scannt, kopiert und speichert.<sup>82</sup> Ob diese unvorstellbar große Datenmenge ausgewertet werden kann oder nicht, spielt hierbei im Grunde eine sehr untergeordnete Rolle, wenn man das Vergehen gegen die Grundlage jeder Demokratie, der Respekt des Privatlebens, betrachtet.

Eine düstere Utopie von Foucault geht etwa davon aus, dass der Idealfall des heutigen Strafsystems die unbegrenzte Disziplin ist und einer Befragung ohne Ende entspricht bzw. eine Ermittlung, die bruchlos in eine minutiöse und immer analytischer werdende Beobachtung überginge, was einem Urteil entspricht, das ein nie abzuschließendes Dossier eröffnen würde. Eine panoptische Blickmacht, die in der Lage wäre, individuelles Leben in seiner Gesamtheit zu erfassen.<sup>83</sup> Doch trotz Angst und Kritik vor einem sogenannten „perfekten Überwachungsstaat“ und

---

<sup>81</sup> With Liberty to Monitor All, Human Rights Watch, 28. Juli 2014

<sup>82</sup> Vgl. Pfafferott, C. (2015): Der panoptische Blick. Macht und Ohnmacht in der forensischen Psychiatrie. Künstlerische Forschung in einer anderen Welt, S.332

<sup>83</sup> Vgl. Pfafferott, C. (2015): Der panoptische Blick. Macht und Ohnmacht in der forensischen Psychiatrie. Künstlerische Forschung in einer anderen Welt, S.333-334

unfreiwilliger Datenerfassung bedingen Individuen weltweit deren Voraussetzungen ebnen, indem sie Weblogs, Chroniken, Profile von sozialen Netzwerken mit eigenen Daten befüllen und somit das Nutzerverhalten von jedem Einzelnen selbst angereichert wird. Gleichzeitig wird seitens von Internet-Unternehmen kein Umdenken stattfinden, denn so lange globale Internet-Unternehmen Daten sammeln können, werden sie Daten sammeln, da mehr Wissen bedeutet, dass sie ihren Kunden auf Basis ihrer Vorlieben mehr bieten können und dadurch der Umsatz und ihre Macht steigt.

Daten auf die nicht nur der Kapitalmarkt sondern auch der Staat zugreift, zum Zwecke der jeweiligen Besserungs- und Sicherungs-Interessen zu. Die Möglichkeiten von Freiheit, Halt, sozialer Zugehörigkeit und Identitätsbildung, die das Netz den Nutzerinnen und Nutzern bietet, und die dankbar angenommen werden, bedingen das Ausmaß bzw. machen den panoptischen Blick von Staatsmacht und Kapitalmarkt erst möglich. Auch wenn Individuen nicht unbedingt eine Freude damit haben, dass ihr Verhalten und ihre gesamte Kommunikation gespeichert, ausgewertet und analysiert wird, nimmt es diese Blicke in Kauf und bezahlt für die vermeintlich kostenlosen Dienste einen hohen Preis. Wer sich zeigt, kann nur bedingt beklagen, dass er gesehen wird.<sup>84</sup>

## 2.2. Das Paradox der Prävention

Ein zentraler Punkt beim Thema Sicherheit ist stets auch die Prävention bzw. Präventionsmaßnahmen, mit denen der Staat versucht auf die Präventionsmaßnahmen des Individuums zu reagieren, in dem die gewalthabende Autorität die Verwirklichung subjektiver Rechte garantiert, während im Gegenzug eine allgemeine Anerkennung verlangt wird. Diese Art der Garantiefunktion artikuliert allerdings eine doppelte Schutzperspektive:

Einerseits den Schutz vor (zu großer) staatlicher Macht gegenüber, andererseits Schutz vor lebensweltlichen Verunsicherungen (wie Ängste, allgemeine Bedrohungen etc.). Der Schutz vor „lebensweltlichen Verunsicherungen“ durch ein umfassendes Sicherheitsmanagement ist zum wichtigsten Element moderner

---

<sup>84</sup> Vgl. Pfafferott, C. (2015): Der panoptische Blick. Macht und Ohnmacht in der forensischen Psychiatrie. Künstlerische Forschung in einer anderen Welt, S.335

Rechtesicherung geworden und stützt sich auf der Logik der Prävention.<sup>85</sup> Dabei besteht ein Paradox, wonach Sicherheitserwartungen dadurch stabilisiert werden sollen, dass immer mögliche Gefahren und Verunsicherungsszenarien im Bewusstsein gehalten werden, gleichzeitig aber dessen Abwehr versprochen wird. Prävention soll also etwas bewirken, indem es bspw. Verbrechen verhindert, wodurch der Staat und fortlaufend mit neuen Gewährleistungskompetenzen ausgestattet wird.<sup>86</sup> Die Stellung des Einzelnen im modernen Gemeinwesen macht es erforderlich, dass der Staat alles tun muss, um diese Stellung zu erhalten oder zu optimieren, wofür auch mögliche Bedrohungsszenarien unumgänglich werden. Formen sozialer Kontrolle, staatlicher Visualisierungstechniken, bis hinein in das strafrechtliche Regime der Telekommunikations- und Wohnraumüberwachung sind in wesentlichem Maße Effekte dieser Wechselbeziehung. Auf die gesellschaftlich zunehmend ausbreitende Unsicherheitsangst wird immer öfter mit „Gesetzen der Angst“ reagiert.<sup>87</sup>

Spricht man von Prävention, spricht man von Zuvorkommen. Die Attraktivität des Präventionsgedankens liegt darin, die Zukunft beherrschen zu können, als ein zentrales Interesse moderner Gesellschaften. Die vormoderne Prävention war durch ein „göttlichen Schicksal“ bzw. ein „Gottvertrauen“ geprägt.

Die moderne Prävention ist hingegen skeptischer und radikaler, womit Individuen und Gesellschaft, aber auch Ängste, Devianz und Kriminalität nur dann als beherrschbar gelten, wenn sie als Risiken kalkulier- und bestimmbar sind. Vertrauen wird auf diese Weise zum Vorsorgevertrauen, wodurch eine neue Logik moderner Prävention entwickelt wird.

Dabei wird zwischen unterschiedlichen Formen der Prävention unterschieden. Eine Form ist die Prävention als Kontingenzbewältigung, die das beschreibt, was als unsicher, ungewiss und wandelbar gilt und einen Bereich des real Möglichen beschreibt. Ein offener, veränderbarer Bereich des Möglichen in dem das

---

<sup>85</sup> Vgl. Zabel, B. (2017): Das Paradox der Prävention, Über ein Versprechen des Rechts und seine Folgen, S.70

<sup>86</sup> Vgl. Zabel, B. (2017): Das Paradox der Prävention, Über ein Versprechen des Rechts und seine Folgen, S.55

<sup>87</sup> Vgl. Zabel, B. (2017): Das Paradox der Prävention, Über ein Versprechen des Rechts und seine Folgen, S.67-68

Kontingenz nicht nur die positive Erweiterung der Handlungsoptionen, sondern auch das Bedrohliche, das Nicht-Gewollte miteinschließt, was ein prävenierendes Handeln erfordert um ein Risiko einer Enttäuschung einzuschränken. Diese ist durch Datenerhebung und -verarbeitung, Ursachenforschung und Prognostik zu verwirklichen.<sup>88</sup> Eine weitere Form stellt die Prävention als Risikokalkül dar, in der Risiken als mögliche zukünftige Schäden, und Rechts(guts)verletzungen betrachtet werden, während Gefahren dagegen als Schadenswahrscheinlichkeiten betrachtet werden, die der Steuerungs- und Beherrschbarkeitskompetenz entzogen sind. Prävention transformiert Gefahren somit in Risiken, indem sie künftige Zustände an gegenwärtige Entscheidungen bindet, womit die mögliche Vorbeugung dadurch unverzichtbar wird. Im Sinne der Risikovermeidung können Gesellschaften und staatliche Sozialkontrolle das Eintreten zukünftiger unerwünschter Ereignisse zu verhindern suchen oder Vorsorge treffen, damit im Fall des Eintretens der Schaden kompensiert wird.

Eine weitere Form der Prävention betrifft die Prävention als Wissenskalkül. Da sich Prävention auf Risiken bezieht, diese Risiken aber nur durch Datenverarbeitung und Prognostik beherrschbar erscheinen, bedarf es abgesicherten Wissens- und Sicherheitsproduktion. In dem Maße, in dem Prävention den Verdacht generalisiert, sollen Wahrscheinlichkeitserwägungen gesellschaftliche Unsicherheiten und Gewissheitsverluste regulieren. Risiko- und Interventionswissen ist daher nicht als etwas Auffindbares zu betrachten, sondern etwas, dass durch den vorbeugenden Zugriff hergestellt wird, wie dies etwa bei der Überwachung durch speichern und auswerten von Daten der Fall ist. So können beispielsweise Polizei- und Kriminalitätsstatistiken in erster Linie das „Erkenntnisraster“ widerspiegeln, das ihnen zugrunde gelegt wurde. Entscheidend ist letztlich immer das Wissen und Wissenskalkül, das eine Beherrschbarkeit des Risikos verspricht.<sup>89</sup>

Es zeigt sich, dass die Ausrichtung präventiver Logik letztendlich auf das Versprechen abzielt, effektiv mit der Unsicherheitsangst umgehen zu können. Es zeigt sich auch, dass Prävention im Kern nicht nur paradox ist, nach heutigem

---

<sup>88</sup> Vgl. Zabel, B. (2017): Das Paradox der Prävention, Über ein Versprechen des Rechts und seine Folgen, S.63

<sup>89</sup> Vgl. Zabel, B. (2017): Das Paradox der Prävention, Über ein Versprechen des Rechts und seine Folgen, S.64

Verständnis auf das veränderte Gefahren- und Risikobewusstsein verweist, m engeren Sinn auf die wahrgenommene Verletzlichkeit des Einzelnen oder ganzer Gesellschaften.<sup>90</sup>

### 2.3. Foucault und das Panoptikon im digitalen Zeitalter

Foucault (1977) ist von besonderer Bedeutung, wenn es darum geht, auf die Ausweitung der Überwachung der sozialen Kontrolle aufmerksam zu machen. Sein Modell des Panoptikon, gestützt auf die Vorstellung von Jeremy Bentham, deutet auf einen Kraken mit immer mächtigeren und durchdringenden Informationstentakeln hin. Es wird angenommen, dass Personen besser verstanden, lokalisiert, kontrolliert, manipuliert und verändert werden, wenn sie inspiziert, sortiert und durch empirische Messung ihrer vermuteten Eigenschaften und Prädispositionen miteinander verglichen werden.<sup>91</sup> Die Kategorisierung des Individuums "die fügsame Person" schaffen, die den Zielen der Organisation zugänglich ist, sich diszipliniert verhält und Selbstkontrolle ausübt, die sich der Überwachung bewusst ist.<sup>92 93</sup>

Die Beurteilungsstandards spiegeln einen Prozess der "Normalisierung" wider, durch die Personen bewertet werden. Dies kann eine Bewertung der Einhaltung der Regeln durch den Einzelnen oder eine Kodierung des Einzelnen in Bezug auf eine Reihe physiologischer, sozialer und psychologischer Messungen als Leitfaden für differenziertere Antworten beinhalten. Diese Bewertungssysteme wurden anfangs als Mittel zur Kontrolle oder zum Management des Individuums betrachtet, später wurden jedoch nach Kategorisierung Einzelpersonen für eine günstige Auswahl und Behandlung identifiziert.<sup>94</sup>

Durch die detaillierte Erstellung persönlicher Aufzeichnungen wird das Individuum zu einem unverwechselbaren Objekt, das durch Messungen, die durch die neu

---

<sup>90</sup> Vgl. Zabel, B. (2017): Das Paradox der Prävention, Über ein Versprechen des Rechts und seine Folgen, S.65-66

<sup>91</sup> Vgl. Waters, S. (2017): The Effects Of Mass Surveillance On Journalists' Relations With Confidential Sources, S.1296-1297

<sup>92</sup> Vgl. Galič, M. ; Timan, T. ; Koops, B.-J.(2017): Bentham, Deleuze and Beyond: An Overview of Surveillance Theories from the Panopticon to Participation, S.12-13

<sup>93</sup> Vgl. Canataci, J. A. ; Zhao, B. ; Monteleone, S. ; Bonnici, J. P. M. ; Moyakine, E. (2016): Privacy, Free Expression and Transparency: Redefining Their New Boundaries in the Digital Age, S.80

<sup>94</sup> Vgl. Marx, Gary T. (2016): Windows into the Soul, Surveillance and Society in the Age of High Technology, S.41

entstehenden Wissenschaften der Person hervorgerufen werden, untersucht, verstanden und verbessert.<sup>95</sup> Die Schaffung von vermutlich rationalen (und daher einfacher zu rationalisierenden) "Disziplinarregimen", die auf verschiedenen sozialen und kulturellen Mitteln basieren, soll die Individuen hin zu den Zielen der Organisation formen.<sup>96</sup> Die Entstehung der Disziplinargesellschaft beruht auf Eigenschaften, Methoden und Techniken der Disziplin, die dadurch gekennzeichnet ist, dass ein Drang besteht sich auszuweiten und jeden einzelnen Bereich für sich einzunehmen und jede Faser und jeden Körper zu durchdringen.<sup>97</sup>

Der Körper soll nicht nur unterworfen, ausgenutzt und verfeinert sondern auch perfektioniert werden und dient als Marionette, als politische Puppe oder als verkleinertes Modell der Macht. Mit zunehmenden Größenordnungen wurden die Kontrollen genauer, was eine Verengung der Bewegungsfreiheit zur Folge hatte. Jedes Individuum wird kontrolliert, überwacht und abgeschätzt. Unnütze Kommunikationskanäle werden zerstört und nützliche Kommunikationskanäle aufrechterhalten.<sup>98</sup> Als charakteristisch für dieses Panoptikon ist die Annahme von Jeremy Bentham, dass durch die Möglichkeit der ständigen Überwachung eine gewisse Willfährigkeit bei den Insassen erzeugt werden kann.<sup>99</sup> Dadurch muss bei den Häftlingen kein physischer Zwang anwenden werden.

Diesen Gedanken des Panoptikons griff der französische Philosoph und Historiker Michel Foucault in seinem Werk Überwachen und Strafen auf, in dem er die Entwicklung moderner Strafsysteme untersuchte, mit dem Ziel die Auswirkung permanenter Kontrolle auf die Überwachten analysierte. Maßgeblich am Panoptikon ist laut Foucault, dass die Gefangenen nicht wirklich permanent von den Wärtern beobachtet werden. Vielmehr sollen es nur empfinden. Er beschreibt diesen Effekt dabei so, dass Personen, welcher der Sichtbarkeit unterworfen sind

---

<sup>95</sup> Vgl. Marx, Gary T. (2016): Windows into the Soul, Surveillance and Society in the Age of High Technology, S.42-43

<sup>96</sup> Vgl. Allmer, T., (2010): The Internet & Surveillance - Research Paper Series, S.3

<sup>97</sup> Vgl. Stern, Dikla (2008): Überwachen und Strafen - Das Geschäft mit der Angst - Von der Marter bis zur biopolitischen Gesellschaft

<sup>98</sup> Vgl. Michel Foucault (1976): Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses, S.187

<sup>99</sup> Vgl. Frischling, Barbara (2014): Alltag im digitalen Panopticon: Facebook-Praktiken zwischen Gestaltung und Kontrolle, S.1

und sich dem bewusst sind, die Zwangsmittel der Macht automatisch selbst übernehmen und sich im Umkehrschluss gegen sich selbst ausspielen – er internalisiert das Machtverhältnis und wird im Grunde Teil der eigenen Unterwerfung.<sup>100</sup> Dadurch beginnen die Insassen sich selbst zu beaufsichtigen und zu beobachten, da sie im ständigen Bewusstsein sind, dass sie vom „Wächter“ beaufsichtigt und kontrolliert werden. Schlussendlich führt dieses Verhalten dazu, dass sich das Denken der Kontrolle anpasst.

Dieser Ansatz von Foucault dient heutzutage als Modell für die Gefahren der modernen Informationsgesellschaft und wird vor allem in aktuellen Debatten zum Thema Überwachung und Datenschutz genannt. Dabei setzen sich vor allem wissenschaftliche Disziplinen mit Fragen der Wirkung, den Auswirkungen und den Folgen der Sammlung und Speicherung von personenbezogenen Daten, die zunehmend multifunktionale Verwendung und systematische Vernetzung privater wie öffentlicher Datenbanken auf das Verhalten der Menschen auseinandersetzen. Dabei wird oft der Begriff des „digitalen Panoptikum“ verwendet und zum Synonym für die fortschreitenden technischen Entwicklungen, die eine Bedrohung der Privatsphäre der Bürger befürchten.

Auch wenn der Vergleich der digitalen Informationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts mit dem Modell des 18. Jahrhunderts und seinem „idealen“ Gefängnis nicht gänzlich übernommen werden kann, wird dennoch die Frage in den Raum gestellt, inwiefern der Effekt und die Folgen der Selbstregulierung und Konformität des Bürgers aufgrund tatsächlicher oder auch nur vermeintlicher Überwachung und Informationskontrolle, die bei Foucault als ein Charakteristikum des Panoptikons beschrieben wird, auch in der heutigen Welt allgegenwärtiger elektronischer Datenverwendung wirksam wird.<sup>101</sup>

Der Fortschritt im Bereich der Technik in den letzten Jahrzehnten hat dazu geführt, dass die Möglichkeiten zur Datensammlung ein neues Potenzial erreicht und neues Ausmaß erreicht haben, weshalb auch eine wissenschaftliche Auseinandersetzung

---

<sup>100</sup> Vgl. Frischling, Barbara (2014): Alltag im digitalen Panopticon: Facebook-Praktiken zwischen Gestaltung und Kontrolle, S.2

<sup>101</sup> Vgl. Frischling, Barbara (2014): Alltag im digitalen Panopticon: Facebook-Praktiken zwischen Gestaltung und Kontrolle, S.3

notwendig ist. Das Netz der Informationskontrolle, mit denen Menschen täglich konfrontiert sind wird infolge des stetig steigenden Einsatzes von Informationstechnologien mit jedem Jahr engmaschiger, wodurch Zahlungen, Finanztransaktionen, Telefonate, E-Mails verschickt, Websites registriert, gespeichert und ausgewertet werden, ohne dass die Nutzer etwas davon erfahren. Hinzu kommt, dass jede Internetnutzung eine Datenspur hinterlässt die Informationen über Tätigkeiten, Interessen und Vorlieben Auskunft gibt und auch der Standort genau bestimmt werden kann. Unter diesem Aspekt stellt sich daher die Frage, ob und inwieweit unsere Handlungsfreiheit vom stetig wachsenden Einsatz von Informationstechnologien berührt ist und inwiefern man ausgehen kann, dass Menschen sich zwangsläufig anpassen, wenn ihnen bewusst ist, dass ein Großteil des täglichen Verhaltens beobachtet oder aufgezeichnet wird, sowie auch das Sozial-, Kommunikations- und Konsumverhalten.<sup>102</sup>

Es besteht die Befürchtung, dass Menschen dadurch ihre Individualität verlieren und nicht weiterhin frei ausleben können bzw. die eigene selbstbestimmte Entfaltung der Persönlichkeit unter der Überwachung leidet, wenn sie wissen, dass jegliche Handlungen infolge umfassender elektronischer Datenverarbeitungen abgespeichert wird. Die umfassende Möglichkeit der Digitalisierung und Vernetzung von Daten sowie die Miniaturisierung der Informations- und Kommunikationstechnologie haben aus technischer Sicht neue Rahmenbedingungen geschaffen, unter denen die Folgen für die Menschen erforscht werden müssen.<sup>103</sup>

Der Begriff des Panoptikons stammt aus der Beschreibung einer bestimmten Gefängnisarchitektur und wird in philosophisch-theoretischen Überlegungen anhand von Jeremy Bentham und Michel Foucault zur Analyse heutiger Machtstrukturen verwendet. Das Panoptikon, abgeleitet vom griechischen „panoptes“, das alles Sehende, ist als Rundbau konstruiert, während die Zellen entlang der Außenmauer errichtet sind und ein Sichtfenster nach innen auf den

---

<sup>102</sup> Vgl. Frischling, Barbara (2014): Alltag im digitalen Panopticon: Facebook-Praktiken zwischen Gestaltung und Kontrolle, S.4

runden Hof aufweisen. In der Mitte befindet sich ein Wachturm, wodurch hier eine ideale Überwachung der Insassen gewährleistet wird.<sup>104</sup>

Der britische Philosoph Jeremy Bentham hat mit seinem Panoptikon eine Infrastruktur entwickelt, die es ermöglichte, Gefängnisinsassen besser zu kontrollieren und mit dem er die Gefängnisse reformieren wollte um körperliche Züchtigung überflüssig machen. Dabei sollten die Insassen ständig unter dem Eindruck leben, beobachtet zu werden. Außen entsteht ein ringförmiges Gebäude, während in der Mitte ein Turm steht, das vom Wächter besetzt wird. Das Ringgebäude ist in Zellen unterteilt, von denen jede durch die gesamte Tiefe des Gebäudes reicht und Fenster, durch die der Wächter durchsehen kann, womit die Fenster in Richtung des Turms gerichtet sind. Ein Aufseher reicht vollkommen, um jede Zelle überblicken zu können. Jeder „Käfig“ ist ein kleines Theater, indem jeder Akteur allein ist, vollkommen individualisiert und ständig sichtbar.<sup>105</sup>

Diese Vision des Panoptikons, eines der wirkmächtigsten Metaphern zur Verortung der theoretischen und sozialen Bedeutung der Überwachung in der heutigen Gesellschaft, wird heutzutage aufgrund der fortschreitenden Digitalisierung des Alltags auf die gesamte Gesellschaft ausgeweitet, so die Annahmen.<sup>106</sup> Der Unterschied ist allerdings, dass die Bürger tatsächlich Objekt einer permanenten Beobachtung unterworfen sind und sich dieser Überwachung freiwillig fügen.<sup>107</sup>

Anhand dieses Modells können Rückschlüsse gezogen werden, inwiefern die Überwachung eine Bedeutung für den Menschen als selbstbestimmtes Subjekt hat und die besonderen Effekte erforscht werden. Besonders die Überlegungen von Michel Foucault in seinem 1975 erschienen Werk „Überwachen und Strafen“ des Panoptismus sind hier hervorzuheben, in dem Foucault anhand struktureller Veränderungen von Institutionen, die Auflösung der Souveränitätsgesellschaft durch eine Disziplinargesellschaft thematisiert.<sup>108</sup>

Die Freiheit und Subjektivität von Menschen als Produkt einer disziplinierenden und normierenden Macht verstanden, wobei hier dabei die Analyse des Panoptikon von Bentham im Mittelpunkt steht, durch das eine (körperlich) gewaltlose

---

<sup>104</sup> Wikipedia „Panoptismus“

<sup>105</sup> Vgl. Hamdi, M. (2017): Im digitalen Panopticon leben, S.5-6

<sup>106</sup> Die Vorratsdatenspeicherung und das Panoptikum, Netzpolitik, 19. Mai 2015

<sup>108</sup> Vgl. Kuehs, S. (2010) Überwachung und Mündigkeit, S.79

Disziplinierung von Menschen umgesetzt werden kann. Das von Jeremy Bentham Ende des 18. Jahrhunderts entwickelte Modell des Panoptikon, das in erster Linie Gefängnis gedacht war, jedoch ebenso als Vorbild für weitere Institutionen gedacht war, symbolisiert den nahezu perfekt überwachten Kontrollraum, der durch den Einsatz geringster Mittel den größtmöglichen Effekt erzielen kann.<sup>109</sup> Der Gefangene in seiner Zelle spürt die Macht im Panoptikon durch den Beobachtungsturm, wobei der Gefangene immer sichtbar ist und den Aufseher nicht sieht, bzw. davon ausgehen muss, ständig überwacht zu werden und allein das Wissen von der Möglichkeit, jederzeit überwacht zu werden, ohne dass dies wirklich der Fall ist, das gewünschte Verhalten erzielt und eine permanente Überwachung nicht notwendig ist.<sup>110</sup>

Diese abschreckende Wirkung mit seiner abschreckenden Wirkung erspart den Betroffenen eine physische, unmittelbare Gewaltanwendung und erschafft den unsichtbaren Zwang, indem der Betroffene Derjenige, der der Sichtbarkeit unterworfen ist und dies weiß, übernimmt die Zwangsmittel der Macht und spielt sie gegen sich selber aus. Das Machtverhältnis wird vom Insassen internalisiert, wodurch Insasse und Überwachung sein selbst wird und sich unterwirft.<sup>111</sup>

Die Hauptwirkung des Panoptikons liegt also in der Schaffung eines bewussten und permanenten Sichtbarkeitszustandes beim Gefangenen, der das automatische Funktionieren der Macht sicherstellt, denn da die Wirkung als permanent angenommen wird, reicht eine sporadische Durchführung der Kontrolle. Symbolhaft bleibt die Macht, durch den Turm direkt vor den Augen des Insassen.<sup>112</sup>

113

In diesem Zusammenhang spricht Foucault von der Kraft der panoptischen „Einbildungsmacht“, womit die Einbildung als wesentlicher Bestandteil der Funktionsfähigkeit des Panoptikons zu verstehen ist, denn erst die Einbildungsmacht macht die (panoptische) Macht mächtig.<sup>114</sup> Er sieht dieses Modell als ein Machtmechanismus bzw. Verstärkung für jeglichen Machtapparat,

---

<sup>109</sup> Überwachen und strafen und beglücken, Neue Züricher Zeitung, 31. Juli 2013

<sup>110</sup> Vgl. Norris, C. (2005): Vom persönlichen zum Digitalen. Videoüberwachung, das Panopticon und die technologische Verbindung von Verdacht und gesellschaftlicher Kontrolle, S.30

<sup>111</sup> Vgl. Foucault, Michel (1994): Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses, S.260

<sup>112</sup> Sheridan, C. (2016): Foucault, Power and the Modern Panopticon, S.14

<sup>113</sup> Vgl. Foucault, Michel (1994): Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses, S.258

<sup>114</sup> Vgl. Kuehs, S. (2010) Überwachung und Mündigkeit, S.80-81

der durch die Präventivwirkung, das stetige Funktionieren und die automatischen (Disziplinar-)Mechanismen abgesichert werden soll, womit sich erklärt, dass der Panoptismus als eine gesellschaftliche Durchsetzung von Disziplinarmechanismen betrachtet werden muss, mit neue Form der Machtausübung.<sup>115</sup>

Im Vergleich mit dem panoptischen Schema zeigt der Vergleich zur Gegenwart, dass auch hier festzustellen ist, dass die Angst der Menschen bei etwas nicht regel- oder auch normkonformen erwischt zu werden, geschürt wird. Das Internet bzw. die Internetnutzung scheint dabei als Turm, der jedes Verhalten im Internet aufzeichnet und dokumentiert, weshalb oft auch das Panoptikon als Modell gesehen wird um aktuelle überwachungspolitische Tendenzen zu diskutieren. In der digitalisierten Welt wird schließlich auch eine Situation geschaffen, in der sich das Individuum vor dem Hintergrund des Bewusstseins über die Überwachungskameras, Überwachung der Internetkommunikation und Vorratsdatenspeicherung, dem vorgegebenen Verhaltenskodex unterordnet und anpasst.<sup>116</sup> Die Entwicklung und die zunehmende Nutzung von neuen Informations- und Kommunikationstechnologien stellt das Individuum, Gesellschaften und Staaten somit vor neuen Herausforderungen.

In diesem Zusammenhang erlebt auch der Begriff des Panoptikon eine Art der Renaissance, wodurch sich mittlerweile die Frage nach einem „elektronischen Panoptikon“ stellt. Bereits 1992 haben sich Sewell und Wilkinson mit der Frage auseinandergesetzt, wie Computersysteme als potenzielles Mittel zur Überwachung eingesetzt werden können.<sup>117</sup>

Wenige Jahre später hat sich dann Lyon im Jahre 1994 mit der Nutzung von Überwachungskamerasystemen, der Verknüpfung von Regierungsdatenbanken und dem elektronischen Tagging auseinandergesetzt um darauf hin festzustellen, dass das Panoptikon nicht mehr auf institutionelle Wänden zu beschränken ist.<sup>118</sup> Poster ging gar so weit, dass er die Idee eines sogenannten „SuperPanoptikons“

---

<sup>115</sup> Vgl. Kuehs, S. (2010) Überwachung und Mündigkeit, S.80-81

<sup>116</sup> Vgl. Kuehs, S. (2010) Überwachung und Mündigkeit, S.84-85

<sup>117</sup> Vgl. Sewell, G. ; Wilkinson, B. (1992): Someone to watch over me: surveillance, discipline and the just-in-time labour process, S.279–282

<sup>118</sup> Lyon, D. (1994): The Electronic Eye: The Rise of Surveillance Society

entwarf, durch den alle Aspekte unseres Lebens von der Überwachung betroffen wären.<sup>119</sup><sup>120</sup>

Zwar darf nicht vergessen werden, dass staatliche Überwachungsmaßnahmen der heutigen Zeit und ihr Einfluss auf den Menschen nicht gleichermaßen effizient und stark, wie die des Panoptikon und in unserem Alltag (noch) nicht durchgehend präsent ist bzw. es Mittel gibt, diese zu umgehen. Es bestehen aber die aktuellen Überwachungsmaßnahmen im öffentlichen Raum, in Form der Präsenz von Videokameras, aber auch privaten Raum im Rahmen der Aufzeichnung jedes Mausklicks im Internet, ob nun per Smartphone oder am PC.<sup>121</sup> Außerdem ist davon auszugehen, dass die Technik, wenn sie an einem öffentlichen Platz angebracht wird, nicht nur ein Zeichen von Veränderung in einem Zeitalter von zunehmender Überwachung ist, sondern sie den Menschen in seinem Handeln, Denken und Empfinden prägt und beeinflusst. Zu diesen Tools zählt beispielsweise neben der Videoüberwachung auch die Vorratsdatenspeicherung, der ebenfalls eine bestimmte Funktion zugeschrieben wird und Instrumente sind, die eine Aufgabe innehaben – nämlich die Kontrolle und Überwachung beziehungsweise Informationsbeschaffung.<sup>122</sup> Sie sind damit als Tools zu verstehen, die zur Herstellung und Aufrechterhaltung von Sicherheit in Form staatlicher Informationsbeschaffung und Kontrolle dienen und direkt im vom Menschen geschaffenen Raum agieren, während die Funktion von Überwachung darauf abzielt auf die Lebensperspektive des Einzelnen in der Zukunft abzielt und eine Warnung und die Drohung erfolgreicher Strafverfolgung signalisiert.

Es steckt die Idee dahinter, dass die Umstände der Prävention so geändert werden, dass es potenziellen Straftätern schwerer gemacht wird, eine verbrecherische Tat zu begehen. Die Situation ist demgegenüber durch Wahrnehmungsbedingungen bestimmt bzw. lassen sich auf Bedingungen der Wahrnehmbarkeit oder Beobachtbarkeit reduzieren.

Wie Foucaults Theorie des Panoptikons zeigt, wird auch kein Beobachter benötigt, da die Sorge, dass ein Täter beobachtet wird bzw. das Bewusstsein der

---

<sup>119</sup> Vgl. Epling, M. ; Timmons, S. ; Wharrad, H. (2003): An educational panopticon? New technology, nurse education and surveillance, S.412-413

<sup>120</sup> Vgl. Poster, M. (1990) The Mode of Information

<sup>121</sup> Vgl. Kuehs, S. (2010) Überwachung und Mündigkeit, S.86

<sup>122</sup> Vgl. Kuehs, S. (2010) Überwachung und Mündigkeit, S.87

Möglichkeit, beobachtet zu werden, den Täter davon abhalten soll, eine Tat zu begehen.<sup>123</sup> Gleichzeitig lässt sie allerdings offen, wann und welche Reaktion auf welches unerwünschte Verhalten erfolgt.<sup>124</sup> Diese (staatlichen) Überwachungsinstrumente haben damit einen direkten Einfluss auf die Menschen und ihre Wahrnehmung und in weiterer Folge auch eine Auswirkung auf die Entfaltungs- und Perspektivenmöglichkeiten im Sinne von Selbstbestimmung. Dafür wird jedoch vorausgesetzt, dass der Einzelne sich dem Beobachtetwerden bewusst ist.<sup>125</sup>

Diese Instrumente bzw. Überwachungsmechanismen weisen dadurch einen indirekten, passiven Steuerungseffekt auf, der an die Vernunft und damit auch an die Entscheidungsfähigkeit des Individuums appelliert, was mitunter einem lenkenden und disziplinierend-manipulativen Mechanismus gleich kommt.<sup>126</sup> Diese Nutzung von solchen Überwachungsmechanismen deutet auf einen Wandel der Sicherheitspolitik des Staates im Inneren auf, der sich von einer repressivreaktiven zu einer präventiven entwickelt. Dadurch kommt es schließlich zu einer Veränderung im Beziehungsverhältnis zwischen dem Individuum und dem Staat, da vor allem Überwachungsmaßnahmen, die in der Lage sind alle Bürger ausnahmslos betreffen, kommen dem Staat noch nie da gewesene Möglichkeiten zu. Dieser kann ab nun Informationen aus dem privaten Bereich, aber auch Verhaltensmuster bei der Nutzung öffentlicher Räume sammeln und diese somit zu überwachen, wodurch der Mensch einen Teil seiner errungenen Freiheiten verliert, die ihm ermöglicht haben, sich unbeobachtet in öffentlichen Räumen zu bewegen und diese zu nutzen und die ihm zugleich private Räume ermöglicht haben, in die er sich von staatlichen, aber auch allgemeinen gesellschaftlichen Anforderungen zurückziehen konnte.

Von diesen Entwicklungen der staatlichen Informationsbeschaffungsbemühungen ist ganz besonders das Internet betroffen, das sich in den letzten 15 Jahren als ein neuer, zunehmend bedeutender sozialer Raum etabliert hat und Rahmen der

---

<sup>123</sup> Bung, J. (2014): Grundlagenprobleme der Privatisierung von Sanktions- und Präventionsaufgaben, S.537

<sup>124</sup> Vgl. Kuehs, S. (2010) Überwachung und Mündigkeit, S.88

<sup>125</sup> Vgl. Kuehs, S. (2010) Überwachung und Mündigkeit, S.89

<sup>126</sup> Vgl. Kuehs, S. (2010) Überwachung und Mündigkeit, S.91

Überwachung über das Nutzerverhalten des Einzelnen Daten sammelt und speichert.

Sebastian Kuehs schreibt in Anlehnung an diese Überwachungspolitische Entwicklung von gesellschaftlichen und damit auch kulturellen Transformationsprozessen, womit es auf individueller Ebene zu nachhaltigen Veränderungen gekommen.<sup>127</sup> <sup>128</sup> Foucault hat schon vor Jahren die Gefahren der Überwachung im Zeitalter des Internets vorgeahnt. In dem Foucault schreibt, dass sich das Panoptikon von den festen Institutionen löst und zur „allgemeinen Formel“ zur „Disziplinargesellschaft“ fortentwickelt, weg von der geschlossenen Anstalt des Gefängnis, hin zum Verallgemeinerungsfähigen Überwachung in allen Bereichen, bezeichnet Foucault die moderne Gesellschaft als „Disziplinargesellschaft“, weil die Disziplinierung mittlerweile soweit fortgeschritten ist, dass sie beinahe in alle Bereiche der Gesellschaft eingedrungen ist.<sup>129</sup>

Zusammenfassend handelt es sich also um eine Machttechnik die zur Herstellung von Sichtbarkeit dienen soll und die tatsächliche Ausübung der Macht überflüssig werden lässt. Laut Foucault übernimmt „Derjenige“, der der Sichtbarkeit unterworfen ist und sich dessen bewusst ist, die Zwangsmittel der Macht und spielt sie gegen sich selber aus, in dem er das Machtverhältnis verinnerlicht und zur eigenen Unterwerfung beiträgt.<sup>130</sup> Laut Foucault, der auf Bentham verweist, liegt das Problem des panoptischen Schemas, das im Zeichen von Transparenz und Kontrolle steht, in der ungeheuren Ausweitung ihrer Machteffekte mit Hilfe neu eingesetzter Erkennungsmöglichkeiten. Die Wirkungsweise des panoptischen Schemas bedeutet ein permanentes potentiell Gesehen werden, wodurch diese Wirkungsweise normiert und normalisiert, weil die Akteure jede Verhaltensauffälligkeit vermeiden.<sup>131</sup>

Das Ziel ist somit klar: die Nichtabweichung als primäres Verhaltensprogramm und eine Sicherstellung der vollumfänglichen Normerfüllung. Wenn das Individuum

---

<sup>127</sup> Vgl. Kuehs, S. (2010) Überwachung und Mündigkeit, S.92

<sup>128</sup> Vgl. Groenemeyer, A. (2010): Wege der Sicherheitsgesellschaft: Gesellschaftliche Transformationen der Konstruktion und Regulierung innerer Unsicherheiten, S.179-180

<sup>129</sup> Vgl. Textbesprechung: Michel Foucault – „Der Panoptismus“, Blog-Universität-Siegen, 9. Mai 2014

<sup>130</sup> Vgl. Bung, J. (2014): Grundlagenprobleme der Privatisierung von Sanktions- und Präventionsaufgaben, S.538

<sup>131</sup> Vgl. Bung, J. (2014): Grundlagenprobleme der Privatisierung von Sanktions- und Präventionsaufgaben, S.539

somit zum Objekt wird und das Gefühl hat, beobachtet zu werden, beginnt es somit sich selbst zu beobachten und auf sein Verhalten zu achten. Dieses Panoptikon ist vielseitig und wird dort verwendet, wo eine Vielfalt von Individuen vorhanden ist und ein Verhalten aufgezwungen werden soll.<sup>132</sup> Dieses Herrschaftssystem, bei dem Macht ohne Unterbrechung bis in die elementarsten Bestandteile der Gesellschaft eindringen kann, ist eine Herrschaft fern der herrschenden Macht, wodurch der Panoptismus einer Verselbständigung der bewirkten Machtstrukturen entspricht.<sup>133</sup>

#### 2.4. Chilling Effects und aktuelle Studien

Die Argumentation mit „abschreckenden Effekten“ ist kein unbekanntes Phänomen. Der englische Begriff „Chilling Effects“ stammt aus dem anglo-amerikanischen und beschreibt in dem Zusammenhang eine abschreckende Wirkung auf die Ausübung eines Freiheitsgrundrechts, meist freie Meinungsäußerung, insbesondere eine, die sich aus einem restriktiven Gesetz oder einer restriktiven Regelung ergibt.<sup>134</sup> Es beschreibt den Effekt, durch den Individuen davon abgehalten werden bestimmte (legale oder illegale) Verhaltensweise auszuführen, da sie glauben von einer übergeordneten Instanz überwacht zu werden und Repressalien fürchten. Verhalten wird im Vorhinein verändert und unterdrückt, um sich an Gesetze und extralegale Normen bedingt durch Überwachung anzupassen.<sup>135</sup> Recht bzw. die Rechtsfolgen und ihre Durchsetzung schrecken ab, womit sich auch menschliches Verhalten verändert und damit das Handeln von Individuen beeinflusst und gestaltet, das menschliche Zusammenleben.

Die Überwachung ohne Massengarantien hat das Potenzial, den öffentlichen Diskurs zu unterdrücken, ein wichtiges Element im demokratischen Prozess. Die Überwachung durch die Regierungen kann die politische Beteiligung abkühlen, sie

---

<sup>132</sup> Vgl. Foucault, M. (1994): Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses, S.264

<sup>133</sup> Vgl. Foucault, M. (1994): Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses, S.267

<sup>134</sup> „Chilling Effect“ laut Dictionary.com

<sup>135</sup> Vgl. Wagner, B. ; Bronowicka, J. ; Berger, C ; Behrnt; T. (2015): Surveillance and Censorship: The Impact of Technologies on Human Rights, S.14

kann jedoch auch zu ethischen Verstößen führen, wenn die Regierung versucht, die soziale und politische Opposition gegen ihre Politik einzudämmen.<sup>136</sup> Zum Beispiel kann Überwachung in präventiver Polizeiarbeit dazu verwendet werden, legitime politische Proteste und Demonstrationen zu überwachen und zu stören. Die Überwachung könnte auch gegen die auf Pflichten basierende Perspektive verstoßen, alle Menschen unparteiisch zu behandeln, da die staatliche Überwachung oft auf bestimmte Minderheiten oder radikale Gruppen abzielt. Schließlich kann die Überwachung nach rechtsbasierter Theorie den garantierten Rechten und Meinungs-, Versammlungsfreiheit und dem Schutz vor illegalen Suchen widersprechen<sup>137</sup>.

Vor allem im Bereich internetgestützter Grundrechtsausübung besteht eine Relevanz, da in diesem dynamischen Feld der Überwachung durch den Staat eine verstärkte Divergenz von zwischen Recht und Wirklichkeit zusätzliche Unsicherheiten schafft und sich abschreckende Wirkungen ergeben. Konstellationen, in denen ein Abschreckungseffekt auftreten kann, sind ebenso wie seine Einsatzmöglichkeiten nahezu unbegrenzt. Leicht vorstellbar ist etwa, dass Personen davon Abstand nehmen ihre Meinung öffentlich zu äußern, wenn sie negative Folgen eine strafrechtliche Verfolgung fürchten. Es ist auch denkbar, dass die Bereitschaft, an einer Versammlung teilzunehmen, verhalten ausfällt, wenn die potenziellen Teilnehmer befürchten flächendeckender Beobachtung ausgesetzt zu sein.<sup>138</sup> Auch technisch vermittelte Individualkommunikation kann befangener erfolgen, wenn mit der Möglichkeit ihrer Kenntnisnahme gerechnet wird. In diesen Beispielfällen wird die konkrete Meinungsäußerung nicht verboten und die Versammlung bzw. das vertrauliche Gespräch über bestimmte Inhalte nicht untersagt, aber es wird davon ausgegangen, dass der Gebrauch dieser Grundrechte wohl in geringerem Maße stattfindet als ohne die erwähnten Maßnahmen.<sup>139</sup> Entscheidend ist, dass die grundrechtlichen

---

<sup>136</sup> Vgl. Jespersen, J. L. ; Albrechtslund, A. ; Øhrstrøm, P. ; Hasle, P. ; Albretsen, J. (2007): Surveillance, Persuasion, and Panopticon, Persuasive 2007, Persuasive Technology, S.118

<sup>137</sup> Vgl. Hughes, S.S. (2012): US Domestic Surveillance after 9/11: An Analysis of the Chilling Effect on First Amendment Rights in Cases Filed against the Terrorist Surveillance Program, S.403-404

<sup>138</sup> Vgl. Staben, J. (2016): Der Abschreckungseffekt auf die Grundrechtsausübung, S.1-2

<sup>139</sup> Vgl. Staben, J. (2016): Der Abschreckungseffekt auf die Grundrechtsausübung, S.2-3

Verhaltensbeeinträchtigungen in der auftretenden Form nicht Zweck der Maßnahme sind, sondern unbeabsichtigt eintreten.<sup>140</sup>

Diese Theorie wird durch die Annahme gestützt, dass das Verhalten der Bürger durch Maßnahmen bzw. Maßnahmen durch den Staat beeinflusst wird. So schreibt Penney, dass bestimmte staatliche Handlungen Menschen abschrecken oder davon abhalten, ihre Freiheiten auszuüben oder legale Aktivitäten auszuüben.<sup>141</sup> Das muss in erster Linie nicht unbedingt als etwas Schlechtes gesehen werden, da soziale Kontrolle bis zu einem gewissen Grad genutzt werden kann, um Dinge wie Kriminalität zu verhindern. Ab einem gewissen Grad kann sich aber zu viel soziale Kontrolle nachteilig auf die Freiheit, Kreativität und Eigenentwicklung der Menschen auswirken. Frederik Schauer hat die abschreckende Wirkung vor allem als Folge der Angst vor Strafverfolgung oder gerichtlicher Sanktion und der Ungewissheiten des Rechtsweges verstanden.<sup>142</sup>

Hier könnte die staatliche Überwachung die Menschen davon abhalten, bestimmte legale (oder sogar wünschenswerte) Online-Aktivitäten zu unternehmen, weil sie Angst vor einer gesetzlichen Bestrafung oder strafrechtlichen Sanktionen haben und dem Rechtssystem nicht vertrauen, um ihre Unschuld zu schützen. Daniel Solove hat die Theorie von Chilling Effects erweitert, indem er erklärt, wie solche Praktiken eine Art regulatorische "Umweltverschmutzung" erzeugen können, die abschreckende Effekte und Selbstzensur fördert.<sup>143</sup> Schauer konzentrierte sich hauptsächlich darauf, wie die staatliche Überwachung von Online-Aktivitäten eine breitere Atmosphäre von Konformität und Selbstzensur schafft und beschäftigte sich mit der Art und Weise, in der regulatorische Maßnahmen - insbesondere die Sammlung und Überwachung von Informationen - das Risiko erhöhen, dass eine Person in Zukunft Schaden erleidet. Aus diesem Grund werden die Leute nicht deswegen abgeschreckt, weil sie befürchten, für bestimmte Online-Aktivitäten bestraft zu werden, sondern um Risiken anderer Art zu vermeiden, wie das Stigma, von staatlichen Akteuren als Nonkonformisten bezeichnet oder verfolgt zu werden.

---

<sup>140</sup> Vgl. Staben, J. (2016): Der Abschreckungseffekt auf die Grundrechtsausübung, S.4-5

<sup>141</sup> Vgl. Penney, J. (2016): Chilling Effects: Online Surveillance and Wikipedia Use, S.126-127

<sup>142</sup> Vgl. Schauer, F. (1978): Fear, Risk and the First Amendment: Unraveling the Chilling Effect, S.695-696

<sup>143</sup> Vgl. Solove, D. J (2005): A Taxonomy of Privacy, S.485

Devianten oder Kriminelle oder die allgemeinere Sorge, dass Informationen, die über solche Aktivitäten gesammelt werden, öffentlich durchleuchtet oder offengelegt werden können, was zu Peinlichkeiten führt oder von Dritten für schändliche Zwecke missbraucht wird.

Solche Risiken und Überlegungen schaffen einen gesellschaftlichen Kontext, der die Selbstzensur fördert. Diese Überlegungen sind von Bedeutung, um alle beobachtungsbezogenen Abschreckungseffekte zu verstehen und zu theoretisieren.

Ein Teil des Gesamtbildes ist der Einfluss von verdeckter Überwachung, bei der sich die Menschen entweder der Überwachung nicht bewusst sind oder sich nur der allgemeinen Möglichkeit dessen bewusst sind.

Neben dem politischen Ausmaß sind Chilling Effects auch aus psychologischer Sicht interessant, da diese unabhängig davon entstehen, ob ein Individuum nun tatsächlich überwacht wird oder nicht.<sup>144</sup> Im Vergleich zu analoger Überwachung ist es als Opfer von Onlineüberwachung sehr viel schwieriger herauszufinden ob man tatsächlich überwacht wird. Während geöffnete Briefe, ein Knacken im Telefon oder Überwachungskameras gut sichtbar sind, ist das Abfangen von Emails oder das Abhören von Chats nur schwer zu identifizieren. Opfer von Internetüberwachung können sich deshalb niemals sicher sein, ob sie tatsächlich überwacht werden und schränken so dauerhaft ihr Verhalten ein.

Dies ist auch das Schlüsselement von Foucaults bereits erwähntem disziplinarischem Panoptikum, welches auf der Idee eines kreisrund angelegten, alles überwachenden Gefängnisses von Jeremy Bentham basiert. Das Internet ist inhärent gleich diesem Panoptikum, da staatliche Behörden und Geheimdienste im Auftrag des Staates das Internetverhalten der Nutzer beobachten können, ohne das diese etwas davon mitbekommen.<sup>145</sup> Das Internet wird dadurch zu einem Post-Panoptikum, bei dem die angenommene Allgegenwärtigkeit von Überwachung zu Selbstkontrolle und -zensur führt. Das Machtverhältnis zwischen Bürgerinnen und dem Staat gerät dadurch in ein Ungleichgewicht, bei dem der Bürger aus Mangel

---

<sup>144</sup> Vgl. Harper, D. (2011, May): Paranoia and public responses to cyber-surveillance. Paper presented at Cyber-Surveillance in Everyday Life, S.3

<sup>145</sup> „Warum protestieren, ich habe nichts zu verbergen“, Netzpolitik, 19. Dezember 2014

an Transparenz immer weniger über ihre Regierung wissen, während diese durch omniprésente Überwachung Wissen über ihre Bürgerinnen ansammelt und ihre Intentionen im Verborgenen lassen. Das Argument „Ich habe nichts zu verbergen“ bekommt dabei eine oft wiederholte Aussage von regierungstreuen Menschen, die allerdings Einschränkungen für einen offenen und demokratischen Staat beinhaltet, weil Devianz Privatsphäre braucht und es für eine Demokratie essenziell ist, dass Bürger sich frei von Überwachung durch Regierungen fühlen und sich selbst nicht zensieren.<sup>146</sup> Dadurch wird konformes Verhalten begünstigt, während Verhalten entgegen der öffentlichen Meinung versteckt oder gar nicht erst ausgeführt wird, was durch die Unterdrückung von Meinungen, der Einschränkung von Bürgerrechten, individueller Autonomie und intellektueller Freiheit äußerst schädlich für die Demokratie ist.

Freie Meinungs- und Ideenäußerung wird erschwert und bestimmte soziale Gruppen werden diskriminiert, da sich die Verteilung von Chilling Effects nicht zufällig über das gesamte politische Spektrum erstreckt, sondern ein Machtgefälle zwischen der Regierung von Überwachungsmethoden und oppositionellen Parteien, Gruppen und Individuen als Opfer von Überwachung besteht. Diese Auswirkungen von Chilling Effects wurden bereits in etlichen Studien vor den Enthüllungen von Snowden untersucht. So wurden zahlreiche Beispiele negativer Effekte gefunden (z.B. Meinungsänderungen und Selbstzensur, oder Verhaltensänderungen und Gewöhnung an Überwachung).

Studienergebnisse unterschiedlicher Forscher zeigen, wie sich Überwachung im täglichen Leben auswirken kann: Bei spezifischen Suchanfragen von denen Internetnutzer vermuten, dass sie Ärger einbringen könnten, entschließen sie sich nicht mehr nach bestimmten „heiklen“ Begriffen zu suchen. Internetnutzer setzen Schritte, die ihre Spuren im Internet verwischen oder nutzen Anonymisierungsdienste. Menschen vermeiden „heikle Telefonate“ bzw. Anrufe mit unterschiedlichen Interessenverbänden (u.a. aus den Bereichen Religion, Menschenrechte, Umweltschutz, Waffenbesitz. Themen werden zensuriert, in dem vermieden wird über bestimmte Themen zu schreiben oder zu sprechen und

---

<sup>146</sup> Vgl. Trojanow, I. ; Zeh, J. (2010): Angriff auf die Freiheit : Sicherheitswahn, Überwachungsstaat und der Abbau bürgerlicher Rechte, S.134

Social-Media-Aktivitäten werden eingeschränkt. Personen, die als Quelle für wichtige Informationen dienen konnten, sind nun weniger gewillt sind, sich bei Journalisten zu melden. Minderheiten fühlen sich observiert und glauben, dass die Regierung ihre Internet-Aktivitäten unter die Lupe nehmen würde, weshalb sie dadurch ihre Internet-Aktivitäten änderten.<sup>147</sup>

Tritt Abschreckung unbeabsichtigt auf, stellen sich Fragen nach rechtlicher Relevanz und Korrektur solcher kollateralen Nebenfolgen. Dies gilt insbesondere dann, wenn Personen von grundrechtlich geschützten Handlungen abgeschreckt werden. Personen können von der Ausübung ihrer Grundrechte allerdings nicht nur durch direkten staatlichen Zwang, sondern auch durch mittelbare negative Verhaltensanreize abgehalten werden womit mögliche Abschreckungseffekte auf die Grundrechtsausübung als rechtliche Folgephänomene entstehen können.

Dieses psychologische Momentum, das auch als Selbstbeschränkung oder vorausseilender Gehorsam definiert ist, wurde zum ersten Mal 1975 nachgewiesen. In einer Studie namens „The Chilling Effects of Surveillance: Deindividuation and Reactance“ wurden Studenten zur Legalisierung von Marihuana befragt. Damals waren die Meinungen hierzu etwa 50:50 verteilt. Der Konsum wurde jedoch mit Gefängnis bestraft. Das Ergebnis: Je eher die Probanden sich überwacht fühlten, beispielsweise durch eine Videokamera oder Zuschauer, desto weniger gaben zu, für die Legalisierung zu sein. Aus Angst vor Konsequenzen verhielten sie sich vermeintlich konform. Je stärker überwacht, desto aggressiver, unwilliger und kälter wurden die Probanden gegenüber der Studie und den Ausführenden. Das Fazit der Forscher lautete schon damals: Überwachung ist eine psychologische Verletzung der Meinungsfreiheit.<sup>148</sup>

Die First Unitarian Kirche von Los Angeles klagte die NSA mit der Argumentation, dass die Sammlung von Telefondaten durch die Regierung die First-Amendment-Rechte ihrer Klienten verletzte, indem sie Mitglieder und Mitgliedsgruppen

---

<sup>147</sup> Der "Chilling Effect", paroli-magazin.at, 14. Mai 2014

<sup>148</sup> Vgl. White, G. L ; Zimbardo, P. G. (1975): The Chilling Effects of Surveillance: Deindividuation and Reactance, S.1-26.

ausspioniert und bei der Ausübung ihrer Rechte beeinträchtigt.<sup>149</sup> 24 politische und aktivistische Gruppen, die verbinden Menschen um politische Überzeugungen voranzutreiben und nehmen manchmal auch sehr abwegige Positionen. Die staatliche Überwachung von Telefondaten dieser Gruppen, die mit Whistleblowern, Dissidenten, Muslimen, Patienten, Waffenbesitzern, Arbeitern und anderen zusammenarbeiten, hat ihre Fähigkeit zur Durchführung ihrer Ziele beeinträchtigt. Mitglieder und potenziellen Kunden möchten die Interessensvertretungen nicht anrufen, im Internet besuchen oder ihnen eine E-Mail senden, wenn sie wissen, dass die Regierung zusieht.

Der Rat für amerikanisch-islamische Beziehungen aus Ohio (CAIR), eine gemeinnützige Organisation und Bürgerrechtsorganisation, die Muslimen hilft, sich gegen ethnische Profiling, Schikane und Diskriminierung zu wehren, verzeichnete einen Rückgang in der Kommunikation mit den aus dem Wahlkreis der muslimische Amerikaner. Calguns, eine Gruppe, die kalifornischen Waffenbesitzern bei der Ausübung ihrer Rechte hilft, verzeichnet eine geringere Kommunikation mit Mitgliedern, da diese möchten, dass ihre Kommunikation mit der Organisation vertraulich bleibt. Human Rights Watch, ein weiterer Kläger, gibt an, dass immer weniger Menschen Menschenrechtsverletzungen melden. Die Organisation gibt an, dass sie in ihrer Kommunikation keine Sicherheit und Vertraulichkeit mehr garantieren kann und diejenigen, die sich an die Gruppe wenden, vor Vergeltungsmaßnahmen fürchten.

Laut einer Studie (FDR Group & PEN American Center (2013): Chilling Effects: NSA Surveillance Drives U.S. Writers to Self-Censor, PEN American Center) vermeiden 24 Prozent der befragten Autorinnen und Autoren, bestimmte Themen in Telefongesprächen oder E-Mails anzusprechen. 16 Prozent vermeiden es, über bestimmte Themen zu schreiben oder öffentlich darüber zu sprechen. Menschen vermeiden es auch, politisch sensible oder eventuell unangenehme Themen zu recherchieren. Laut dem "Pew Reserach Center" haben elf Prozent der Befragten bestimmte Begriffe nicht in Suchmaschinen eingegeben, da sie befürchteten, dass dies negative Konsequenzen nach sich ziehen könnte. Auch eine Studie von Alex

---

<sup>149</sup> Surveillance Chills Speech—As New Studies Show—And Free Association Suffers, Electronic Frontier Foundation, 19. Mai 2016

Marthews und Catherine Tucker kam zu dem Ergebnis, dass nach den Enthüllungen von Snowden die Bereitschaft, bestimmte Begriffe zu suchen, deutlich gesunken ist.<sup>150</sup>

Chilling Effects hat auch auf die Meinungsfreiheit gravierende Auswirkungen, wie eine Studie der "Wayne State University" zeigt. Das Bewusstsein, überwacht zu werden, führte bei einem Großteil der Befragten dazu, dass die Wahrscheinlichkeit, sich zu Themen zu äußern, in denen sie eine gegenteilige Position zu der herrschenden Meinung vertraten, erheblich reduziert wurde.<sup>151</sup>

Allein die Tatsache, dass Überwachungsprogramme existieren und die Bevölkerung darüber Bescheid weiß, kann demnach dazu führen, dass abweichende Meinungen seltener geäußert werden. Daher kann auch niemand den Verlust der damit einhergehenden Freiheit messen.<sup>152</sup> Wie viele Artikel wurden nicht geschrieben, wie viele "likes" wurden nicht gesetzt, wie viele Diskussionen nicht geführt und wie viele Themen nicht öffentlich angesprochen aus Sorge, dass dies negative Konsequenzen nach sich ziehen könne? Wie viele Menschen mit medizinischen oder psychischen Problemen haben nicht nach Hilfe gesucht, wie viele Menschen trauen sich nicht, Begriffe oder Themen zu recherchieren, die ihnen unangenehm oder peinlich sind?

Stephenson Waters beschreibt 2017 in seiner Studie „The Effects Of Mass Surveillance On Journalists’ Relations With Confidential Sources“, wie Journalisten die Arbeit durch Überwachung erschwert wird. Mit Hilfe eines panoptischen Framework und einer konstanten Vergleichsmethode versuchte er in seiner Studie zu untersuchen, wie Journalisten mit vertraulichen Quellen in der digitalen und mobilen Kommunikation sensibler Informationen kommunizieren. Die befragten Journalisten gaben insgesamt an, dass die Massenüberwachung in unterschiedlichem Maße ihre Arbeit erschwert hat.

---

<sup>150</sup> Vgl. FDR Group & PEN American Center (2013): Chilling Effects: NSA Surveillance Drives U.S. Writers to Self-Censor, S.5

<sup>151</sup> The 'chilling effect' of mass surveillance revealed: Study shows how monitoring people online silences minorities, Daily Mail, 28. März 2016

<sup>152</sup> Vgl. Stoycheff, E. (2016): Under Surveillance: Examining Facebook’s Spiral of Silence Effects in the Wake of NSA Internet Monitoring

Sie gaben an, dass beispielsweise zusätzliche Maßnahmen ergriffen und Tools wie VPN Netzwerke nutzen, um bei der Kommunikation ihre Sicherheit zu gewährleisten zu können. Ein gemeinsames Thema war der Chilling Effect, den die Massenüberwachung auf Whistleblowing-Quellen hatte, die sich weigern können, sich zu melden, wenn es eine gibt erhöhtes Potenzial für die Überwachung der Kommunikation besteht. Eine befragte Person gab an, dass wenn Journalisten keine angemessenen Werkzeuge verwenden, um sich zu schützen, ein erhöhtes Risiko besteht, dass abgefangene Nachrichten gegen sie oder ihre Quellen verwendet werden.<sup>153</sup> Ein weiterer befragter Journalist sagte, dass die NSA seiner Meinung nach zwar nur auf der Suche nach „bösen Jungs“ sei, aber Journalisten nun davon ausgehen, dass alles gelesen werden und die Gefahr besteht, dass ein Mitarbeiter seine Position während einer Überwachungsoperation missbrauchen können um sich Zugang zu Informationen zu verschaffen.

Es zeigte sich in der Studie, dass unter den Journalisten ein Bewusstsein besteht, überwacht zu werden. Die Studienteilnehmer, die sich insgesamt mit Überwachung und nationaler Sicherheit befassen, berichteten über negative Auswirkungen oder Änderungen ihrer persönlichen Online-Kommunikation, unabhängig davon, ob sie ein Establishment oder ein kontradiktorischer Journalist sind.<sup>154</sup>

Die Befragten gaben auch an, dass sie sich der potenziellen Überwachungsrisiken in der persönlichen Kommunikation "bewusster" seien, wobei ein Befragter auch ein kleines, aber spürbares Gefühl der Angst berichtete, wenn er mit Freunden und Kollegen online kommunizierte. Dabei argumentierte er, dass eine harmlose Nachricht falsch interpretiert werden und dadurch "irgendwo eine Alarmglocke läuten" könnte.<sup>155</sup>

Außerdem gaben die Befragten an, dass sie vor 2013 keine digitalen Verschlüsselungstools verwendet haben, unabhängig davon, ob sie von der Existenz dieser Tools wussten oder nicht. Nach Snowden berichteten jedoch alle Teilnehmer, dass sie entweder bewusster oder wachsamer wurden, wie sie ihre

---

<sup>153</sup> Vgl. Waters, S. (2017): The Effects Of Mass Surveillance On Journalists' Relations With Confidential Sources, S.1296-1297

<sup>154</sup> Vgl. Waters, S. (2017): The Effects Of Mass Surveillance On Journalists' Relations With Confidential Sources, S.1304

<sup>155</sup> Vgl. Waters, S. (2017): The Effects Of Mass Surveillance On Journalists' Relations With Confidential Sources, S.1305

Kommunikation mit Quellen schützen. Zusätzlich verspüren alle ein Misstrauen bei der Nutzung von Mobiltelefonen, wenn sie mit potenziell sensiblen Quellen kommunizieren und eine Face-to-Face Kommunikation bevorzugen, da jede Art der digitalen Kommunikation Spuren hinterlässt und abgefangen werden kann.<sup>156</sup>

In der Studie „The Impacts of State Surveillance on Political Assembly and Association“ halten die Wissenschaftler fest, dass aktive Teilnehmer eine der wichtigsten Ressourcen einer sozialen Bewegung ist, jüngste Veröffentlichung massiver Überwachungsdatenbanken eine weit verbreitete Angst erzeugt hat, an völlig legalen politischen Ereignissen teilzunehmen.

In den 49 Interviews mit Mitgliedern von unterschiedlichen Organisationen aus vier Regionen der USA zeigte sich, dass Menschen die einst bereitwilliger waren, an solchen Ereignissen teilzunehmen, dem heutzutage völlig neutral gegenüberstehen oder erst gar kein Interesse zeigen.

Die Zurückhaltung bei der Teilnahme wirkt sich wiederum auf Spenden an Organisationen, die Anzahl der Teilnehmer an Veranstaltungen, die Bereitschaft zur Unterzeichnung von Petitionen und öffentlichen Erklärungen, die Freiwilligentätigkeit und den Erhalt von Newslettern und anderen Unterrichtsmaterialien aus, die normalerweise an Mitglieder gesendet werden.

Die Zurückhaltung bei der Teilnahme an Ereignissen wirkt sich auch auf Spenden an Organisationen, der Anzahl von Teilnehmern an Veranstaltungen, die Bereitschaft zur Unterzeichnung von Petitionen und öffentlichen Erklärungen, die Freiwilligentätigkeit und den Erhalt von Newslettern und anderen Unterrichtsmaterialien aus, die normalerweise an Mitglieder gesendet werden.<sup>157</sup>

Auf die Frage, ob bestimmte Personen, die früher aktiv waren und nicht mehr tätig waren, von denen der Befragte entweder weiß oder stark vermutet, ihren Aktivismus aufgrund von Überwachung oder Angst davor eingeschränkt haben, zählte jeder Interviewteilnehmer mindestens zwei Personen; viele nannten fünf bis zehn Personen. Während Einzelpersonen um die Teilnahme besorgt sind, bedroht

---

<sup>156</sup> Vgl. Waters, S. (2017): The Effects Of Mass Surveillance On Journalists' Relations With Confidential Sources, S. 1306-1307

<sup>157</sup> Vgl. Starr, A. ; Fernandez, L. ; Amster, R. ; Wood, L. ; Caro, M. (2008): The Impacts of State Surveillance on Political Assembly and Association: A Socio-Legal Analysis, S.256

die Überwachung auch die Solidarität zwischen Organisationen in Netzwerken, denn überwachte Organisationen werden oft von ihren Verbündeten im Stich gelassen.

In der Studie zeigte sich, dass sobald der Name einer Organisation mit einer anderen Organisation verknüpft ist, die möglicherweise überwacht wird, die Mitglieder davon ausgehen, dass auch sie überwacht werden, weil sie möglicherweise gemeinsam ein Picknick gemacht haben. Laut einem Interviewten sind Organisationen zögerlich, Listendienste zu teilen, und misstrauen sogar, wenn sie versuchen, ein treffen zu können.

Ein Befragter erklärte, dass selbst Bildungsveranstaltungen von Misstrauen betroffen seien. Eine der pazifistischen Gruppen in dieser Studie hatte sich in einem Gemeindesaal getroffen. Nachdem die Medien enthüllten, dass sie überwacht wurden, waren sie nicht mehr willkommen, die Kirche zu nutzen, und ihre Beziehungen zu dieser Gemeinde waren angespannt, weil sie als gefährdet angesehen wurden. Eine große Herausforderung, insbesondere wenn man sich vor Augen hält, dass strategische Kampagnen eine umfangreiche Logistik, Interdependenzen, Koordination und Timing erfordern.

Potenzielle Überwachung stört die Elemente von Beziehungen und Kommunikation, die strategische Planung ermöglichen. Die Angst kreativ zu sein und ein Misstrauen zu entwickeln bzw. sich bewusst zu sein, dass keine Gespräche privat sind, haben Organisationen große Schwierigkeiten bereitet, strategische Pläne zu erstellen.<sup>158</sup>

Der dritte Weg, wie sich die Überwachung auf die Gestaltung auswirkt, besteht darin, dass Gruppen das Gefühl haben, dass sie sich umgestalten müssen und viel Zeit damit verbringen, ihre Worte sehr sorgfältig auszuwählen. Die Annahme, dass alles gelesen wird, setzt die Dinge sorgfältig unter Druck, um sicherzustellen, dass es sauber ist, werden einfache Aussagen überarbeitet und umformuliert. Neue Leute können sich nicht sehr schwer einbringen. Es ist schwer, eine Bewegung auf Gemeinschaft aufzubauen, wenn Geheimhaltung eine wichtige Sache ist.<sup>159</sup>

---

<sup>158</sup> Vgl. Starr, A. ; Fernandez, L. ; Amster, R. ; Wood, L. ; Caro, M. (2008): The Impacts of State Surveillance on Political Assembly and Association: A Socio-Legal Analysis, S.259

<sup>159</sup> Vgl. Starr, A. ; Fernandez, L. ; Amster, R. ; Wood, L. ; Caro, M. (2008): The Impacts of State Surveillance on Political Assembly and Association: A Socio-Legal Analysis, S.261

Viele berichteten, dass sie mit "Codes" sprechen und sich "kryptischer" verhalten und weniger Informationen teilen und zurückhaltender geworden sind.

Ein anderer Aktivist dieser Studie gab zu, dass die Menschen Angst vor den Folgen haben, radikal zu sein und es fast keinen Raum gäbe, den sie für sicher halten und dadurch aufgehört haben, Ansichten vollständig auszudrücken.<sup>160</sup> Die Wissenschaftler fanden heraus, dass nahezu alle Gruppen ihren E-Mail und Telefonverkehr reduziert haben, „komplizierte“ Kommunikationssystem verwendeten oder Meetings nur noch persönlich abhielten.<sup>161</sup>

In einem Artikel für das Berkeley Technology Law Journal hat Jon Penney von der Oxford University die Ergebnisse einer interdisziplinären Studie zum sogenannten Chilling-Effekt veröffentlicht. Dieser beschreibt das veränderte Verhalten von Personen, denen bewusst ist, dass sie überwacht werden, und die darauf in vorauseilendem Gehorsam mit Selbstbeschränkungen reagieren - selbst bei legalen Aktivitäten. Die Studie untersucht, wie sich der Zugriff auf potenziell "verdächtige" Wikipedia-Artikel nach den durch Edward Snowden enthüllten Massenüberwachungen entwickelte. Untersucht wurden die Zugriffe auf Artikel zu Schlüsselbegriffen, die das U.S. Department of Homeland Security, die oberste Behörde für Innere Sicherheit der USA, selbst für seine Social-Media-Analysen verwendet.<sup>162</sup>

Sie sind nach Bereichen wie Gesundheitsbelange, Sicherheitsinfrastruktur oder Terrorismus zusammengefasst. Die beteiligten Forscher registrierten nicht nur einen unmittelbaren Einbruch der Zugriffe auf sicherheits- oder terrorrelevante Themen und Begriffe im Juni 2013, sondern fanden auch Hinweise auf eine längerfristig abschreckende Wirkung.

Zum ersten Mal konnte laut den Forschern somit auf Grundlage von Wikipedia- und allgemeinen Web-Traffic-Daten gezeigt werden, welchen Einfluss staatliche Überwachung auf Online-Aktivitäten inklusive des Zugangs zu Wissen und Informationen über das Internet hat. Die Studie hat zudem gezeigt, dass jene

---

<sup>160</sup> Vgl. Starr, A. ; Fernandez, L. ; Amster, R. ; Wood, L. ; Caro, M. (2008): The Impacts of State Surveillance on Political Assembly and Association: A Socio-Legal Analysis, S.262

<sup>161</sup> Vgl. Starr, A. ; Fernandez, L. ; Amster, R. ; Wood, L. ; Caro, M. (2008): The Impacts of State Surveillance on Political Assembly and Association: A Socio-Legal Analysis, S.265-266

<sup>162</sup> Vgl. Penney, J. (2016): Chilling Effects: Online Surveillance and Wikipedia Use

Personen am zurückhaltendsten sind, welche die Überwachung wegen der Sicherheit befürworten und «nichts zu verbergen haben. Dass Personen, die nichts zu verbergen haben, die Überwachung befürworten und anschliessend nicht mehr willens sind, an öffentlichen Diskussionen teilzunehmen, ist einer Demokratie ein alarmierendes Resultat.<sup>163</sup>

Chilling Effects lassen sich auch im Bereich des Journalismus feststellen.<sup>164</sup> So zeigen Studien, dass Journalisten auf langjährige Quellen verzichten müssen und an Journalisten keine Informationen mehr weitergegeben werden (Stichwort Whistleblower), da diese Quellen fürchten, aufzufliegen, weshalb sie weniger gewillt sind, sich bei Journalisten zu melden.<sup>165</sup>

Weiters lässt sich anhand einer Studie von Madden festhalten, dass viele Menschen „heikle Telefonate“ bzw. Anrufe mit unterschiedlichen Interessenverbänden (u.a. aus den Bereichen Religion, Menschenrechte, Umweltschutz, Waffenbesitz) vermeiden, da sie Konsequenzen befürchten.<sup>166</sup> Das PEN American Center konnte im Jahr 2015 nachweisen, dass Internet- und Social Media Nutzer vermeiden, über bestimmte Themen zu schreiben oder zu sprechen, womit die Social Media Nutzer ihre Aktivitäten bewusst oder unbewusst einschränken oder zur Gänze davon ablassen und Themen auf diese Weise zensurieren. Die Befürchtung, überwacht zu werden betrifft auch die Teilnahme an Demonstrationen, wonach die Angst vor den Folgen einer Teilnahme die Menschen davor abhält protestierten zu gehen.<sup>167</sup>

Auch die US-Regierung unter Präsident Barack Obama hat in einer Umfrage 2015 Beweise dafür aufgedeckt, dass die Amerikaner durch ihre Überwachung ihre Online-Aktivitäten einschränken und zunehmend über Online-Sicherheit und -Datenschutz besorgt sind. Aus den Daten, die im Juli 2015 vom US-amerikanischen Census Bureau bei 41.000 US-amerikanischen Haushalten für NTIA gesammelt wurden geht hervor, dass knapp 30 Prozent über die

---

<sup>163</sup> Befallen vom Überwachungsvirus, Deutschlandfunk, 4. Jänner 2015

<sup>164</sup> Studie: Überwachung von Journalisten in westlichen Demokratien nimmt autokratische Züge an, Netzpolitik, 15. Dezember 2016

<sup>165</sup> Vgl. Marthews, A. ; Tucker, C. E. (2017): Government Surveillance and Internet Search Behavior

<sup>166</sup> Vgl. Madden, M. (2014): Public Perceptions of Privacy and Security in the Post-Snowden Era

<sup>167</sup> Vgl. Rainie, L. ; Madden, M. (2015): Americans' Privacy Strategies Post-Snowden

Datenerhebung durch die Regierung besorgt sind und online keine kontroversielle oder politische Meinung veröffentlichten, aufgrund von Datenschutz- und Sicherheitsgründen und jeder fünfte Internetnutzer die Online-Aktivität aufgrund von Bedenken hinsichtlich der Datenerfassung durch die Regierung vermied.<sup>168 169</sup>

Eine weitere Befragung aus den USA hat aufgezeigt, dass sich nach dem 11. September eine überwiegende Mehrheit US-amerikanischer Muslime observiert fühlte und befürchtete, dass die Regierung ihre Internet-Aktivitäten besonders genau beobachtet. Dies führte dazu, dass viele US-amerikanische Muslime ihr Internet Nutzungsverhalten veränderten, um nicht aufzufallen.<sup>170</sup> Damit bestätigte sich, dass sie nicht nur davon ausgehen, dass die US-Regierung tägliche Routinetätigkeiten überwacht, sondern dass diese Überwachungsmaßnahmen nicht die Aktivitäten von potenziellen Terroristen überwacht auch von Muslimen. Diese Bedenken führten laut Dawinder auch zu Veränderungen des alltäglichen Verhaltens führt und damit gewöhnliche Aspekte des heutigen Lebens durchdringt.<sup>171</sup>

Verfassungsmäßig geschützte Aktivitäten haben einen positiven sozialen Wert, der den öffentlichen Austausch von Ideen und Informationen fördert. Die "Angst vor Bestrafung" entmutigt Aktivitäten, die durch den Ersten Zusatzartikel verfassungsmäßig geschützt werden. Laut Sunny Skye Hughes werden Menschen die während eines Telefongesprächs der Meinung sind, dass alles, was sie sagen, von der Regierung überwacht wird, entmutigt sein, ihre Ideen und Vorstellungen zu erzählen, da sie befürchten, dass sie bei politisch unpopulären oder illegalen Ansichten bestraft werden könnten.<sup>172</sup> Bei dieser Erkenntnis des positiven gesellschaftlichen Wertes der Kommunikation wird der abschreckende Effekt nicht

---

<sup>168</sup> Lack of Trust in Internet Privacy and Security May Deter Economic and Other Online Activities, National Telecommunications and Information Administration, 13. Mai 2016

<sup>169</sup> Vgl. Dinev, T., Hart, P. & Mullen, M.R. (2008): Internet privacy concerns and beliefs about government surveillance. *Journal of Strategic Information Systems*, 17, S.227

<sup>170</sup> Vgl. Sidhu, D. S. (2007): The Chilling Effect of Government Surveillance Programs on the Use of the Internet by Muslim-Americans, S.375-376

<sup>171</sup> Vgl. Sidhu, D. S. (2007): The Chilling Effect of Government Surveillance Programs on the Use of the Internet by Muslim-Americans, S.392

<sup>172</sup> Vgl. Hughes, S.S. (2012): US Domestic Surveillance after 9/11: An Analysis of the Chilling Effect on First Amendment Rights in Cases Filed against the Terrorist Surveillance Program, S.400-401

nur durch die Änderung bestimmter Verhaltensweisen ausgelöst, sondern auch dann, wenn ein Bürger in Betracht zieht, ob sein Ausdruck zu nahe an der verbotenen Rede ist.<sup>173</sup>

Die Angst vor einer Massenüberwachung könnte laut Sunny Skye Hughes durch Unsicherheit über staatliche Aktivitäten, die durch die eingeschränkte staatliche Rechenschaftspflicht geschaffen werden, angetrieben werden. Es könnte aber auch aus Unsicherheit über bestehende staatliche Überwachungstechnologien kultiviert werden. Einerseits wird der abschreckende Effekt durch staatliche Maßnahmen ausgelöst, die die wahrgenommene Freiheit eines Bürgers bei der Ausübung seiner Rechte begrenzen können. Dies kann vage oder übertriebene Gesetze und Programme einschließen, die die Überwachung von Sprache, Ausdruck und assoziativen Aktivitäten zulassen. Die abschreckende Aktion kann das Überwachen, Analysieren und Speichern von Kommunikationsinhalten sowie die relationale Überwachung von Kommunikations- und sozialen Netzwerken umfassen. Der abkühlende Effekt kann auch durch die Verwendung des Staatsgeheimnisses zum Klassifizieren von Informationen, die sich auf die Programme beziehen, ausgelöst oder verstärkt werden. Die staatliche Maßnahme erzeugt Angst vor der Bestrafung der Bürger, die sich durch die Abschreckung von Aktivitäten des Ersten Zusatzes, aber auch durch die Berücksichtigung alternativer Kommunikationsmittel manifestiert.<sup>174</sup>

Zusammenfassend lässt sich anhand zahlreicher Studien feststellen, dass Überwachung bzw. der Gedanke daran, überwacht zu werden dazu führen kann, dass Bürger von der Nutzung ihrer Grundrechte abgeschreckt werden und dadurch ihr Verhalten verändern und Selbstzensur und Konformität betreiben. Die Veränderungen, die Menschen in einer Atmosphäre der Überwachung durchmachen, ist schleichender Natur und findet sich im vorauseilenden Gehorsam und der Selbstbeschränkung wieder um etwaige spätere Konflikte zu vermeiden.<sup>175</sup>

---

<sup>173</sup> Vgl. Hughes, S.S. (2012): US Domestic Surveillance after 9/11: An Analysis of the Chilling Effect on First Amendment Rights in Cases Filed against the Terrorist Surveillance Program, S.402

<sup>174</sup> Vgl. Hughes, S.S. (2012): US Domestic Surveillance after 9/11: An Analysis of the Chilling Effect on First Amendment Rights in Cases Filed against the Terrorist Surveillance Program, S.406

<sup>175</sup> "Charlie Hebdo: Warum wir auch an Chilling Effects denken sollten", telemedicus.info, 9. Januar 2015

### 3. Methode der Forschungsarbeit

Die Datenerhebung dieser Forschungsarbeit erfolgte mithilfe einer quantitativen Online-Befragung. Diese Befragung wurde über per E-Mail, Social Media und sonstigen digitalen Kommunikationskanälen verbreitet. Dabei haben knapp 400 Personen an der Befragung teilgenommen. Die Teilnahmebedingungen schränkten keine Personen ein, sofern diese zumindest ihren Lebensmittelpunkt in Österreich hatten. Der Zeitraum für die Erhebung betrug 30 Tage.

Die Beantwortung der Fragen dauerte im Schnitt nicht länger als 8 Minuten, womit die Rücklaufquote bei der Teilnahme möglichst geringgehalten wurde und die Teilnehmer den Fragebogen gewissenhaft ausfüllen konnten. Mithilfe der Befragung sollten systematisch Faktoren und Eigenschaften in numerischen Werten belegt werden um dadurch komplexe Zusammenhänge hervorzuheben. Die Kehrseite der Befragung liegt zugleich in der Reduktion der Komplexität, was zwangsweise zu einem Verlust von Informationen führte, um die hier die breite Masse erreichen zu können.

Um diesen Informationsverlust auszugleichen, wurde eine breite Literaturrecherche durchgeführt, um die Forschungsergebnisse durch den nötigen Input zu ergänzen und um die eingeschränkte Perspektive einer Befragung um neue Spektren zu erweitern. Damit sollten strukturelle Zusammenhänge erkannt und anhand der bereits bis dahin vorhandenen Erhebungsdaten verdeutlicht werden.

Die Daten aus der Online-Befragung wurden mit SPSS ausgewertet. In Bezug auf die Variablen, die anhand der Literatur ausgewählt wurden, wurden diese anhand einer Faktorenanalyse gefiltert, um die Relevanz der Variablen für die Erhebung und Auswertung festzustellen. Die Daten des Fragebogens wurden gesammelt, neu kodiert und ausgewertet, womit erst die Verknüpfung der Antworten ein ganzes Bild ermöglichen.

Die Fragen wurden im Vorfeld so ausgewählt und indexiert, dass die Personen durch die Beantwortung dieser Frage in unterschiedliche Klassifikationen unterteilt werden konnten: Personen mit einer geringen, mittleren und hohen Überwachungsakzeptanz, Personen mit einem geringen, mittleren und hohen Sicherheitsbedürfnis und Personen mit einer schwachen, mittleren und starken

Einschüchterung durch Überwachungsmaßnahmen. Je nach Grad der Zustimmung bzw. Ablehnung einer Aussage, Frage oder Annahme, erhielten die Antworten der Befragten Punkte, beispielsweise bei 5 Antwortmöglichkeiten, 0-4 Punkte, um den Grad der Zustimmung bzw. Ablehnung zu erfassen. Diese Klassifikationen ermöglichen Vergleiche untereinander und mit einzelnen Fragestellungen der Befragung. Nachdem es für den Begriff „Überwachung“ unterschiedliche Sichtweisen und Vorstellungen gibt, wurde darauf geachtet, dass im Online-Fragebogen alternativ auch einzelne Überwachungsmaßnahmen genutzt wurden, um potenzielle Missverständnissen zuvor zu kommen.

Sofern der Begriff „Überwachung“ verwendet wurde, wurde dies bewusst so gewählt, um bei der Analyse der Antworten mögliche Unterschiede zwischen den einzelnen Überwachungsmaßnahmen und dem allgemeinen Begriff der Überwachung.

## 4. Forschungsfragen und Hypothesen

### 4.1. Forschungsfrage 1

**Inwiefern führt in Österreich die Wahrnehmung von digitaler Überwachung durch den Staat zu „Chilling Effects“ und wie wirkt sich Überwachung auf das soziale Verhalten der österreichischen Bevölkerung aus?**

FF1 versucht in erster Linie das Phänomen „Chilling Effects“ und ihre Wirkung auf den Menschen bzw. in dem Fall auf die österreichische Bevölkerung zu erklären. Hier wird angenommen, dass Teile der Bevölkerung, die eine Atmosphäre der Überwachung wahrnehmen, eingeschüchtert sind und in ihrem Verhalten auf verschiedenste Weise Selbstzensur und Konformität betreiben. Gleichzeitig wird davon ausgegangen, dass Menschen die eine höhere Überwachungsakzeptanz aufweisen, die Überwachungsmaßnahmen positiver betrachten als jene, die eine geringe Akzeptanz aufweisen.

Aus dieser Forschungsfrage leitet sich folgende Hypothese ab:

#### **Hypothese 1:**

„Personen, die sich überwacht fühlen, lassen sich von staatlichen digitalen Überwachungsmaßnahmen einschüchtern und schränken ihr Nutzungsverhalten in der Online-Kommunikation ein. Diese Personen passen sich einer selbstgesetzten Norm an, um Konsequenzen durch staatliche Behörden zu vermeiden.“

### 4.2. Forschungsfrage 2

**Welche Faktoren sind ausschlaggebend, dass die österreichische Bevölkerung die staatliche digitale Überwachung akzeptiert bzw. unterstützt?**

FF2 strebt nach der Antwort, warum die österreichische Bevölkerung die staatlichen Maßnahmen akzeptiert und unterstützt bzw. welche Faktoren hier ausschlaggebend sind. Hier wird davon ausgegangen, dass ein großer Teil der

Bevölkerung der Meinung ist, dass der Faktor Sicherheit eine Rolle spielt bzw. davon ausgegangen wird, dass die Befragten die solche Maßnahmen unterstützen, nicht davon betroffen sind, sondern vielmehr Gruppen und Personen, die aus der Sicht der Befragten für den Staat und die Gesellschaft eine Gefahr darstellen könnten. Hier drängt sich zusätzlich die Frage auf, wo Überwachung akzeptiert, unterstützt bzw. wo sie als unerwünscht wahrgenommen wird. Es wird darüber hinaus davon ausgegangen, dass das Bewusstsein von (großen) Bedrohungen und die Erwartung, dass der Staat sich um die Sicherheitsbelange der Bürger kümmert dazu führt, dass Menschen bereit sind Teile ihrer Freiheit zu opfern. Aus dieser Forschungsfrage leiten sich folgende Hypothesen ab:

### **Hypothese 2:**

„Die Bereitschaft, Verschärfungen der Überwachungsmaßnahmen zu akzeptieren und damit Einschnitte in der Privatsphäre hinzunehmen, ist höher, wenn erwartet wird, dass dadurch das eigene Sicherheitsempfinden gesteigert werden kann.“

### **Hypothese 3:**

„Personen, die staatliche digitale Überwachungsmaßnahmen unterstützen, gehen davon aus, dass nicht sie, sondern Gruppen und Personen überwacht werden, die aus ihrer Sicht eine Gefahr für den Staat oder die öffentliche Sicherheit darstellen.“

#### 4.3. Forschungsfrage 3

### **Sind Personen mit einem vergleichsweise geringeren Bedürfnis nach Sicherheit kritischer gegenüber staatlichen Überwachungsmaßnahmen?**

FF3 beleuchtet den Zusammenhang zwischen dem Bedürfnis nach Sicherheit und der Einstellung gegenüber staatlichen Überwachungsmaßnahmen. Diese Forschungsfrage soll die Antwort darauf geben, ob eine Person die ein geringeres Bedürfnis nach Sicherheit aufweist und damit, so die Annahme, weniger Angst empfindet, auch generell kritischer gegenüber Überwachungsmaßnahmen ist. Daraus lassen sich Schlüsse ziehen, dass Personen die ein geringeres Bedürfnis nach Sicherheit haben eher dazu neigen, Überwachungsmaßnahmen ablehnen.

Daraus lassen sich folgende Schlussfolgerung ziehen, wonach größere Sicherheitsbedürfnisse auch eine größere Bereitschaft für Überwachungsmaßnahmen bedeutet.

Aus dieser Forschungsfrage leitet sich folgende Hypothese ab:

**Hypothese 4:**

„Personen die ein geringes Bedürfnis nach Sicherheit haben, lehnen Überwachungsmaßnahmen ab bzw. haben eine geringere Überwachungsakzeptanz.“

**Hypothese 5:**

Personen die Überwachungsmaßnahmen kritischer bewerten, lassen weisen eine größere Einschüchterung durch diese Maßnahmen auf.“

## 5. Untersuchungsergebnisse

Teilgenommen haben 389 Personen. Davon waren 51,4 Prozent Frauen und 48,6 Prozent Männer. 22,4 Prozent waren zwischen 16 und 25 Jahren, 22,1 Prozent zwischen 26 und 35 Jahren, 20,3 Prozent zwischen 36 und 45 Jahren, 20,1 Prozent zwischen 46 und 55 Jahren und 10,5 Prozent zwischen 56 und 65 Jahren. 4,6 Prozent waren 66 Jahre und älter.

24,7 Prozent verfügen über einen Pflichtabschluss, 30,1 Prozent über einen Maturaabschluss, 18,3 Prozent einen Studienabschluss. 11,6 Prozent verfügen über einen Abschluss an einer Berufsbildende mittleren Schule (BMS), 9,3 haben beim Bildungsabschluss „Sonstiges“ angegeben und 6,2 Prozent haben einen Kollegabschluss. Mit 51,4 Prozent sind knapp die Hälfte der Umfrageteilnehmer Erwerbstätig, 15,4 Prozent haben angegeben, dass sie studieren, 8,7 Prozent sind arbeitssuchend, 7,2 Prozent besuchen noch die Schule und 6,2 Prozent sind in Pension. Die restlichen Teilnehmerinnen und Teilnehmer gaben bei beruflicher Tätigkeit „Sonstiges“ an (3,9 Prozent), in Karenz (2,3), Haushaltsarbeit (1,8 Prozent) und Lehre (1,8 Prozent).

Frage 11 widmete sich dem Thema, ob sich aufgrund der Enthüllungen der letzten Jahre zur staatlichen Online-Überwachung von Internetnutzern das Internetverhalten der Umfrageteilnehmerinnen und –Teilnehmer verändert hat. 42,4 Prozent gaben an, dass sich ihr Verhalten nicht bzw. unverändert blieb, 25,2 Prozent „eher nein“, 23,1 Prozent „eher ja“ und 9,3 Prozent gaben an, dass sich ihr Verhalten sehr wohl geändert hat. Die Mehrheit der Personen, die starke Einschüchterung (82 Prozent) durch staatliche Online-Überwachungsmaßnahmen aufweisen, geben an, dass sich ihr Internetverhalten aufgrund der Enthüllungen der letzten Jahre zur Online-Überwachung von Internetnutzern verändert hat. Bei Personen mit einer schwachausgeprägten Einschüchterung geben 70 Prozent an, dass sie ihr Internetverhalten in den letzten Jahren nicht bzw. eher nicht verändert hat.

95 Prozent der Befragten gehen bei Frage 18 davon aus, dass Menschen aufgrund ihrer religiösen und politischen Überzeugungen bzw. ihrer ethnischen Herkunft vergleichsweise öfter im Fokus von staatlichen Überwachungsmaßnahmen stehen.

Knapp 65 Prozent der Befragten geben an, dass sie im Internet nach bestimmten Begriffen nicht suchen würden, da man sonst die Aufmerksamkeit von österreichischen Behörden auf sich lenken könnte. Die Personen die eine starke Einschüchterung durch Überwachungsmaßnahmen aufweisen, stimmen der Aussage zu 89 Prozent zu, dass man im Internet nach bestimmten Begriffen nicht suchen sollte, da man sonst die Aufmerksamkeit der österreichischen Behörden auf sich lenken könnte. Der Großteil der Personen, die eine schwache Einschüchterung aufweisen, stimmen dieser Aussage eher nicht bzw. überhaupt nicht zu (67 Prozent).

Zur Frage, ob die Befragten die Beratung über heikle Themen von sensiblen Beratungseinrichtungen per Handy, E-Mail oder Social Media in Anspruch nehmen würden, antworteten knapp 40 Prozent mit „eher nein“ und 18,3 Prozent mit „nein“. 84 Prozent der Personen mit einer starken Einschüchterung durch Überwachungsmaßnahmen würden heikle Themen von sensiblen Beratungseinrichtungen nicht per Handy, E-Mail oder Social Media in Anspruch nehmen. Knapp 60 Prozent der Personen mit einer mittleren Einschüchterung würden eine solche die Beratung nicht per Handy, E-Mail oder Social Media in Anspruch nehmen.

Der Aussage „Aufgrund der Verschärfungen der digitalen Überwachungsmaßnahmen durch den Staat bespreche ich heikle Themen nicht am Telefon oder überlege mir genau was ich im Internet suche und teile“ stimmen 23 Prozent teilweise zu, 11,3 Prozent eher und 6,4 Prozent stimmen voll und ganz zu.

70 Prozent der Personen mit einer starken Einschüchterung durch Überwachungsmaßnahmen stimmen zu, dass sie heikle Themen nicht am Telefon besprechen würden und sich genau überlegen, was sie im Internet suchen oder teilen. Hingegen stimmen 94 Prozent der Personen, die eine schwache

Einschüchterung durch Überwachungsmaßnahmen aufweisen der Aussage nicht zu.

Etwa 19 Prozent sorgen sich, dass sie bei der Überwachung von Telekommunikation und Internet durch österreichische Behörden persönlich betroffen sein könnten. 75 Prozent der Personen mit einer starken Einschüchterung durch Überwachungsmaßnahmen geben an, dass sie sich manchmal sorgen, dass sie von der Überwachung von Telekommunikation und Internet durch österreichische Behörden persönlich betroffen sein könnten. 97 Prozent der Gruppe mit einer schwach ausgeprägten Einschüchterung, machen sich keine Sorgen, dass sie von einer Überwachung persönlich betroffen sind.

14 Prozent geben an, dass wenn sie im Internet etwas suchen oder mit anderen kommunizieren das Gefühl haben, dass in einer solchen Situation beobachtet werden. 57 Prozent der Personen die eine starke Einschüchterung durch Überwachungsmaßnahmen aufweisen, geben an, dass sie bei der Suche oder Kommunikation im Internet manchmal das Gefühl der Beobachtung verspüren. Knapp 93 Prozent der Personen mit einer schwachen Einschüchterung stimmen dieser Aussage „eher nicht“ bzw. „überhaupt nicht zu“.

Knapp 73 Prozent gehen davon aus, dass der Staat die Bürgerinnen und Bürger aufgrund der technologischen Entwicklung in Zukunft immer öfter überwachen wird. Alle Personen mit einer starken Einschüchterung durch Überwachungsmaßnahmen sind davon überzeugt, dass der Staat die Bürgerinnen und Bürger in Zukunft öfter überwachen wird. 79 Prozent der Personen mit einer mittleren Einschüchterung geben ebenfalls an, dass sie von einer Steigerung der Überwachung durch den Staat ausgehen.

Knapp 34 Prozent sind der Meinung, dass österreichische Behörden zumindest einmal im Jahr ihre Internet- und Mobilfunkkommunikation angezapft hat und mitgehört bzw. mitgelesen hat. 70 Prozent der Personen mit einem geringen Sicherheitsbedürfnis bzw. 60 Prozent der Personen mit einem mittleren

Sicherheitsbedürfnis geben an, dass sie nicht davon ausgehen, dass ihre Internet- und Mobilfunkkommunikation von einer möglichen Überwachung betroffen war.

Über 50 Prozent der Befragten sind besorgt bzw. sehr besorgt, dass der Staat ihren Websiteverlauf überwacht. 42 Prozent ist besorgt, dass der Staat ihre E-Mail Nachrichten überwacht. Ein ähnliches Muster zeigt sich bei Telefongesprächen (48 Prozent), Details über Ortsdaten (59 Prozent), Whatsapp- und Vibernachrichten (52 Prozent), Social Media Profile (52 Prozent), Anruf- und Kontaktlisten (41 Prozent), Suchergebnisse der Suchmaschinen (52 Prozent), Fotos (46 Prozent).

Auf die Frage, wie sich die Internetnutzung der Befragten in den letzten Jahren verändert hat, gaben die Befragten folgende Antworten an: 71 Prozent achten besser darauf, welche privaten Informationen sie auf unterschiedlichen Onlinediensten veröffentlichen. 58 Prozent passen ihre Einstellungen in den sozialen Netzwerken bessern an als zuvor. 41 haben jetzt kompliziertere Passwörter eingerichtet. 37 Prozent hat gezielt Apps installiert bzw. deinstalliert. 21 Prozent nutzen Tools zur Anonymisierung der eigenen Internetverbindung. 20 Prozent nutzen Suchmaschinen, die die Suchanfragen nicht speichern. 17 Prozent verzichten auf bestimmte Begriffe oder Wörter, die bei österreichischen Behörden Aufsehen erregen könnten. 14 Prozent versucht sich besser darüber zu informieren, wie man sich gegen Überwachung schützen kann. 12 Prozent reduziert die eigene Smartphone-Nutzung. Bei 15 Prozent ist das Verhalten laut eigenen Angaben unverändert geblieben.

Die Befragten wurden zudem in drei Kategorien unterteilt: Schwache Einschüchterung durch Überwachungsmaßnahmen (25,2 Prozent), mittlere (63,5 Prozent) und starke Einschüchterung (11,3 Prozent). Damit weisen etwa 75 Prozent der Befragten eine mittlere bzw. starke Einschüchterung auf.

Die Befragten wurden außerdem vor die Wahl gestellt, welchen Bahnhofseingang sie wählen würden, wenn jeden Tag auf dem Weg zur Arbeit einen dieser Eingänge wählen müssten. Links befindet sich der Eingang ohne Gesichtserkennung und kostenpflichtiger Fahrt. Rechts befindet sich der Eingang mit Gesichtserkennung

und kostenloser Fahrt. 62 Prozent der Befragten wählen den Eingang mit der Gesichtserkennung aus, um eine kostenlose Fahrt zur Arbeit zu erhalten. 38 Prozent würden die kostenpflichtige Fahrt wählen, um nicht von der Gesichtserkennung erfasst zu werden. 92 Prozent der Personen mit einer hohen Überwachungsakzeptanz wählen den Bahnhofseingang mit einer Gesichtserkennung und kostenloser Fahrt. 75 Prozent der Personen mit einer mittleren Überwachungsakzeptanz bevorzugen ebenfalls den Eingang mit einer Gesichtserkennung. Knapp 59 Prozent der Personen mit einer geringen Überwachungsakzeptanz ziehen den Eingang ohne Gesichtserkennung vor und nehmen dafür die kostenpflichtige Fahrt in Anspruch. 47 Prozent der Personen mit einem geringen Sicherheitsbedürfnis, wählen den Eingang ohne Gesichtserkennung, während 76 Prozent derjenigen, die eine mittleres Sicherheitsbedürfnis aufweisen, den Eingang mit einer Gesichtserkennung wählen.

Die Befragten wurden je nach Grad der Akzeptanz für Überwachungsmaßnahmen in drei Gruppen unterteilt: geringe, mittlere und hohe Überwachungsakzeptanz. Knapp 46 Prozent der weisen eine geringe, etwa 41 Prozent eine mittlere und eine 13 Prozent weisen eine hohe Überwachungsakzeptanz vor.

Bei Frage 10 zeigte sich, dass 9,8 Prozent bereit wären, eine Verschärfung der Überwachungsmaßnahmen zu akzeptieren, wenn diese zu mehr Sicherheit im Land führen könnte, auch wenn das bedeuten würde, dass dadurch Ihre Freiheitsrechte eingeschränkt werden. 31,4 Prozent würden dies nicht akzeptieren, 39,1 Prozent würden dies „eher nicht“ akzeptieren, und 19,8 Prozent beantworteten die Frage mit „eher ja“.

Knapp 97 Prozent derjenigen, die eine geringe Überwachungsakzeptanz aufweisen, sind nicht bereit, eine Verschärfung der Überwachungsmaßnahmen zu akzeptieren, auch wenn diese zu mehr Sicherheit im Land führen könnten, wenn dadurch die Freiheitsrechte eingeschränkt werden. 98 Prozent der Personen, die über eine hohe Überwachungsakzeptanz verfügen, gaben an, dass sie solchen Verschärfungen der Überwachungsmaßnahmen zustimmen würden. Eine Person die eine hohe Überwachungsakzeptanz aufweist, würde einer solchen Überwachungsmaßnahmen nicht zustimmen.

36,5 Prozent stimmen bei Frage 12 „teilweise zu“, dass die Speicherung von personenbezogenen Daten und Verbindungsdaten ein wirksames Mittel der Verbrechensbekämpfung bzw. im Kampf gegen den Terrorismus ist. 23,1 Prozent stimmen „eher nicht zu“, knapp 20 Prozent stimmen „eher zu“, 11,8 Prozent stimmen „überhaupt nicht zu“ und 8,2 Prozent stimmen „voll und ganz zu“.

64 Prozent der Personen, die eine geringe Überwachungsakzeptanz verfügen, betrachten die Speicherung von personenbezogenen Daten und Verbindungsdaten ein wirksames Mittel der Verbrechensbekämpfung bzw. im Kampf gegen den Terrorismus. 86 Prozent der Personen, die eine hohe Überwachungsakzeptanz aufweisen, sehen die Speicherung dieser Daten sehr wohl als wirksames Mittel gegen die Verbrechensbekämpfung bzw. im Kampf gegen den Terrorismus. Aus der Gruppe derjenigen, die eine geringe Überwachungsakzeptanz aufweisen, stimmen 6 Personen eher zu bzw. keine einzige Person vollkommen zu. Keine einzige Person, die eine hohe Überwachungsakzeptanz aufweist, stimmt lehnt die Speicherung dieser Daten ab.

Frage 13 setzt geht von einer Annahme aus, dass sich Menschen vor der Einreise nach Österreich aus Sicherheitsgründen einer mehrfachen Sicherheitsüberprüfung unterziehen sollen. 30,8 stimmen dieser Annahme „teilweise zu“, 22,1 Prozent stimmen „eher zu“, 21,6 Prozent stimmen „eher nicht zu“, 13,4 Prozent stimmen „voll und ganz zu“, und 12,1 Prozent stimmen „überhaupt nicht zu“. 94 Prozent der Personen mit einer hohen Überwachungsakzeptanz sind der Meinung, dass sich Menschen aus Sicherheitsgründen einer mehrfachen Sicherheitsüberprüfung unterziehen sollen, wenn sie nach Österreich einreisen. Keine einzige Person aus dieser Gruppe lehnt eine solche Sicherheitsüberprüfung ab. 60 Prozent der Personen, die eine geringe Überwachungsakzeptanz aufweisen, lehnen eine solche Überprüfung ab. 9 Prozent aus dieser Gruppe der geringen Überwachungsakzeptanz stimmen dieser Überprüfung eher bzw. voll und ganz zu.

(Frage 19): 28,5 Prozent stimmen teilweise zu, dass Personen oder Gruppen, die der Staat als Sicherheitsbedrohung betrachtet, bei akutem Verdacht nicht durch die Rechtsstaatlichkeit geschützt sein sollten und einer permanenten Überwachung

unterstehen sollen. 21 Prozent stimmen eher nicht zu, 20 Prozent stimmen überhaupt nicht zu, knapp 20 Prozent stimmen eher zu und 11,3 Prozent stimmen dieser Aussage voll und ganz zu. 96 Prozent der Personen mit einer hohen Überwachungsakzeptanz sind der Meinung, dass Personen oder Gruppen die eine Sicherheitsbedrohung darstellen, bei akutem Verdacht nicht durch die Rechtsstaatlichkeit geschützt sein sollten. Keine einzige Person aus dieser Gruppe der hohen Überwachungsbefürworter lehnt eine solche Maßnahme ab. 71 Prozent der Überwachungs skeptiker lehnen es ab, dass Sicherheitsbedrohungen bei akutem Verdacht nicht unter dem Schutz der Rechtsstaatlichkeit stehen sollten bzw. permanent überwacht werden sollen.

Mehr Überwachung durch den Staat bedeutet auch mehr Sicherheit, stimmten 36 Prozent teilweise zu, etwa 26 Prozent eher nicht zu, 20,6 Prozent überhaupt nicht zu, 11 Prozent stimmten eher zu und 6,2 voll und ganz zu. Hier zeigt sich, dass 90 Prozent der Überwachungsbefürworter der Meinung sind, dass mehr Überwachung auch mehr Sicherheit für den Staat bedeutet. 2 Prozent der Personen mit einer hohen Überwachungsakzeptanz, sind nicht dieser Meinung. 81 Prozent der Überwachungskritiker sind lehnen diese Aussage ab. Keine einzige Person aus der Gruppe derjenigen, die eine hohe Überwachungsakzeptanz aufweisen, findet, dass mehr Überwachung durch den Staat auch mehr Sicherheit bedeutet.

Gleichzeitig stimmen 38,6 Prozent der Aussage überhaupt nicht zu, dass staatliche Behörden die Bürger präventiv überwachen sollten, um die Sicherheit und Ordnung in Österreich zu gewährleisten. Weitere 26 Prozent stimmen eher nicht zu. Demgegenüber stehen 22,4 Prozent, die dieser Aussage teilweise zustimmen, während 8,5 eher zustimmen und 4,6 Prozent voll und ganz zustimmen. Personen mit einer geringen Überwachungsakzeptanz lehnen diese präventive Überwachung der Bürger ab (97 Prozent). 57 Prozent der Personen mit einer hohen Überwachungsakzeptanz befürworten eine präventive Überwachung der Bürger um Sicherheit im Land zu gewährleisten.

Bei der Aussage, wonach einige Bevölkerungsgruppen mehr überwacht werden sollten, zeigt sich, dass 52 Prozent der Befragten solche Maßnahmen bei links- und

rechtsradikalen unterstützen, 11 Prozent bei Migranten, 8,5 Prozent bei Muslimen und bei Gewalttätern, Kriminellen und Rechtsbrechern haben sich 69 Prozent der Befragten dafür entschieden.

58 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass staatliche Behörden in Österreich ausreichend Befugnisse haben, um Bürgerinnen und Bürger zu überwachen. 32 Prozent sind der Meinung, dass sie zu viele Befugnisse haben. 11 Prozent findet, dass staatliche Behörden weitere Befugnisse benötigen und die aktuellen nicht ausreichen. Bei den Personen mit einer hohen Überwachungsakzeptanz sind 41 Prozent der Meinung, dass die österreichischen Behörden ausreichend bzw. 57 Prozent, dass sie nicht ausreichend Befugnisse hat, ihre Bürger zu überwachen. 2 Personen der Überwachungsbefürworter gehen davon aus, dass die österreichischen Behörden zu viele Befugnisse haben. 56 Prozent der Personen mit einer niedrigen Überwachungsakzeptanz sind der Ansicht, dass die Behörden zu viele Befugnisse haben, um die Bürger zu überwachen. 2 Prozent der Überwachungskritiker gehen davon aus, dass die Behörden nicht ausreichend Befugnisse haben.

70,5 Prozent der Befragten stimmen einer Sammlung und Speicherung personenbezogener Daten und Verbindungsdaten ohne konkreten Verdacht auf strafbare Handlungen nicht zu. Etwa 15 stimmen einer solchen Sammlung und Speicherung zu, 15 Prozent stimmen nur teilweise zu. 75 Prozent der Gruppe der Personen die eine hohe Überwachungsakzeptanz vorweisen, stimmen einer solchen Sammlung und Speicherung dieser Daten ohne konkreten Verdacht auf eine strafbare Handlung zu. 97 Prozent der Überwachungskritiker lehnen eine solche ab.

Gegen eine Überwachung von Kommunikationsdiensten wie Whatsapp, Viber oder ähnliches zur frühzeitigen Verhinderung von kriminellen Handlungen sprechen sich 60 Prozent aus. Knapp 14 Prozent stimmen eher bzw. voll und ganz zu. 26,5 stimmen teilweise zu. 76 Prozent der Personen die eine hohe Überwachungsakzeptanz verfügen unterstützen Maßnahmen um Kommunikationsprogramme wie Whatsapp, Viber etc. vom Staat überwachen zu lassen, um dadurch kriminelle Handlungen frühzeitig zu vermeiden. Weniger als 1

Prozent der Personen aus dieser Gruppe lehnen eine solche Maßnahme ab. 91 Prozent der Personen, die eine geringe Überwachungsakzeptanz aufweisen, lehnen Maßnahmen zur Überwachung von Kommunikationsdiensten wie Whatsapp und Viber ab. 1 Prozent der Personen aus dieser Gruppen befürworten diese Maßnahmen.

86 Prozent der Personen, die eine geringe Überwachungsakzeptanz aufweisen, zählen zu der Gruppe derjenigen mit einem geringen Sicherheitsbedürfnis. Keine einzige Person mit einer geringen Überwachungsakzeptanz verfügt über ein hohes Sicherheitsbedürfnis, bzw. 14 Prozent mit einer geringen Überwachungsakzeptanz über ein mittleres Sicherheitsbedürfnis. Knapp 75 Prozent der Personen mit einer hohen Überwachungsakzeptanz verfügen über ein mittleres Sicherheitsbedürfnis.

Bei der Frage 5, gaben 13,4 Prozent an, dass Österreich in den letzten Jahren „sicherer geworden“ geworden ist, 27,2 Prozent, dass Österreich „unsicherer geworden ist“ und 59,4 Prozent, dass es in den letzten fünf Jahren keine Veränderung gab. 59 Prozent der Personen mit einer hohen Überwachungsakzeptanz, gehen davon aus, dass Österreich in den letzten Jahren unsicherer geworden ist, während 10 Prozent davon ausgehen, dass Österreich sicherer geworden ist. Während 25 Personen mit einer geringen bzw. 22 Personen mit einer mittleren Überwachungsakzeptanz davon ausgehen, dass Österreich in den letzten Jahren sicherer geworden ist, gehen zum Vergleich nur 5 Personen mit einer hohen Überwachungsakzeptanz davon aus, dass Österreich sicherer geworden ist. 71 Prozent (geringe Überwachungsakzeptanz bzw. 51 Prozent (mittlere Überwachungsakzeptanz) sind der Meinung, dass sich in Österreich diesbezüglich nichts verändert hat, also weder sicher noch unsicherer geworden ist.

Die Befragten die ein geringes Sicherheitsbedürfnis aufweisen zeigen im Vergleich zu Personen mit einem hohen Sicherheitsbedürfnis eine größere Einschüchterung in Bezug auf Überwachungsmaßnahmen. 63 Prozent derjenigen mit einem geringen Sicherheitsbedürfnis weisen eine mittlere Einschüchterung auf. Ähnliche Ergebnisse zeigen auch Personen mit einem mittleren Sicherheitsbedürfnis.

Personen mit einem hohen Sicherheitsbedürfnis weisen keine starke Einschüchterung auf.

49,6 Prozent gaben beispielsweise bei Frage 17 an, dass nach Meinung der Befragten ihre Internet- und Telekommunikation überwacht wird. 47 Prozent der Personen mit einem geringen Sicherheitsbedürfnis bzw. 56 Prozent mit einem mittleren Sicherheitsbedürfnis gehen davon aus, dass ihre Internet- und Telefonkommunikation überwacht wird. 80 Prozent der Personen mit einem starken Sicherheitsbedürfnis gehen nicht davon aus, dass ihre Internet- und Telefonkommunikation überwacht wird.

## 6. Interpretation und Diskussion der Ergebnisse

### 6.1. Forschungsfrage 1

**FF1: Inwiefern führt in Österreich die Wahrnehmung von digitaler Überwachung durch den Staat zu „Chilling Effects“ und wie wirkt sich Überwachung auf das soziale Verhalten der österreichischen Bevölkerung aus?**

#### **Hypothese 1:**

„Personen, die sich überwacht fühlen, lassen sich von staatlichen digitalen Überwachungsmaßnahmen einschüchtern und schränken ihr Nutzungsverhalten in der Online-Kommunikation ein. Diese Personen passen sich einer selbstgesetzten Norm an, um Konsequenzen durch staatliche Behörden zu vermeiden.“

Nachdem anhand den zahlreichen internationalen Studienergebnissen gezeigt werden konnte, dass „Chilling Effects“ nachgewiesen wurde, zeigt diese Forschungsarbeit, dass „Chilling Effects“ auch in Österreich existiert ein äußerst relevantes Thema ist, dem in Zukunft Beachtung geschenkt werden sollte, denn anhand der Ergebnisse lässt sich klar feststellen, dass Hypothese 1 belegt werden konnte da immerhin 75 Prozent der Befragten eine mittlere oder starke Einschüchterung aufweisen. Sie fühlen sich nicht nur von unterschiedlichen Überwachungsmaßnahmen abgeschreckt und beobachtet, sondern ergreifen Maßnahmen, um sich vor staatlicher digitaler Überwachung zu schützen bzw. betreiben auf verschiedenste Weise Selbstzensur und Konformität.

Vor allem zeigte sich, dass „Chilling Effects“ besonders bei Personen am stärksten ausgeprägt ist, die einen höheren Grad der Einschüchterung aufweisen und eher eine Atmosphäre der Überwachung empfinden, als Personen die einen niedrigeren

Grad der Einschüchterung verspüren. Problematisch ist auch die Tatsache, dass Menschen in Österreich davon ausgehen, dass nach bestimmten Begriffen nicht gesucht werden darf und sich hiermit eine abschreckende Wirkung auf die Ausübung eines Freiheitsgrundrechts kristallisiert.

Damit schränken sich Menschen beim Informationsrecht, das Grundrecht, sich informieren zu können bzw. das Recht, Auskunft über bestimmte Vorgänge von öffentlichen Stellen verlangen zu können ein, aus der Befürchtung, dass sie für den „Wächter“ eine Normverletzung begehen und damit auffallen und für ihre Informationsfragen bestraft werden. Die Ergebnisse spiegeln die Ergebnisse von Jon Penney wider, der nachweisen konnte, dass Menschen unmittelbar nach den Snowden-Enthüllungen mit der Suche von Informationen äußerst zögerlich waren. Dies ist insbesondere bei Personen eine bemerkenswerte Erkenntnis, die sich mit der Aufdeckung von Misstständen in der Gesellschaft auseinandersetzen, wie z.B. Journalisten, Aufdecker oder Quellen für Journalisten.<sup>176</sup>

Im Umkehrschluss ist daher davon auszugehen, dass diese Personen auch beim Grundrecht der freien Meinungsäußerung grundsätzlich vorsichtig sind, was sie im Internet von sich Preis geben. Damit zeigt sich, dass das Machtverhältnis zwischen Bürgern und dem Staat zunehmend in ein Ungleichgewicht gerät, bei dem der Bürger aus Mangel an Information (durch die Einschüchterung auf die Suche zu gehen) immer weniger über die Regierung und den Staat wissen wird, während die Regierung durch die allgegenwärtige Überwachung Wissen über die eigene Bevölkerung sammelt und ihre Intentionen im Verborgenen lässt. Konformes Verhalten wird begünstigt, während Verhalten entgegen der öffentlichen Meinung versteckt oder gar nicht erst ausgeführt wird. Damit entsteht eine Unterdrückung von Meinungen, Bürgerrechten, individueller Autonomie und intellektueller Freiheit, die für eine Demokratie, in dem jeder teilhaben kann und soll, äußerst schädlich ist. Vielmehr wird freie Meinungs- und Ideenäußerung erschwert und bestimmte soziale Gruppen werden diskriminiert.

Nachdem der Fragebogen die Befragten zu Beginn darauf hingewiesen hat, dass lediglich von der staatlichen digitalen Überwachung gesprochen wird, zeigt sich,

---

<sup>176</sup> Journalists suffer violence, intimidation and self-censorship in Europe, says a Council of Europe study, Council of Europe, 20. April 2017

dass die einzelnen Personen abgehalten werden bestimmte Verhaltensweisen auszuführen, die sie als Normverletzend betrachten und Repressalien von einer übergeordneten Instanz, in dem Fall dem Staat, fürchten. Hinzu kommt, dass insbesondere die Gruppe, die eine besondere Einschüchterung verspürt, befürchtet, dass diese Überwachung in den nächsten Jahren verstärkt wird, womit auch davon auszugehen ist, dass sich auch die Einschüchterung und damit die Maßnahmen der Selbstregulierung steigern wird.

Diese Personen fühlen sich auch bei der Internetkommunikation überwacht, was dazu führt, dass das menschliche Zusammenleben nicht von den sozialen Folgen ausbleibt und jeglichen Austausch bereits im Vorhinein unterbindet. Für den demokratischen Aushandlungsprozess könnte das in Zukunft eine Herausforderung sein, da Personen, die bereits eingeschüchtert sind, weniger bereit sein werden, an Veranstaltungen teilzunehmen, sich im Internet auszutauschen und ihre Meinungen seltener äußern, insbesondere, wenn sie davon ausgehen, dass diese Kontrovers sind und sie mit Repressalien rechnen müssen.

Eine Beteiligung in Vereinen und Organisationen wäre für die Mehrheit der bereits eingeschüchterten Personen damit ausgeschlossen, insbesondere, wenn man damit gegen die Linie eines „übermächtigen Gegners“ – Regierung, staatliche Institutionen oder Politiker – protestieren möchte. Auch für die Organisationen wird es schwierig, die Mitgliederzahl zu halten bzw. zu steigern, wenn durch „Chilling Effects“ immer mehr Menschen entscheiden, diesen fernzubleiben. die Zudem muss zwischen unterschiedlichen Gesellschaftsgruppen unterschieden werden, da Menschen davon ausgehen, dass bestimmte Gruppen besonders von Überwachung betroffen sind als andere.

Eine weitere Problematik die sich anhand der Ergebnisse zeigt ist, dass Personen die einen höheren Grad der Einschüchterung verspüren, Themen die für sie als heikel eingestuft werden, weder am Telefon noch im Internet besprechen möchten und auch die Beratung von sensiblen Beratungseinrichtungen per Handy, E-Mail oder sozialen Medien nicht mehr in Anspruch nehmen. Bedenkt man, dass diese Arten der Kommunikation mitunter die wohl am weitverbreitetsten Kommunikationsmittel unserer Zeit sind mit denen sich Menschen in Verbindung

zu setzen (die nicht am selben Ort sind), folgt daraus, dass Personen der Austausch von persönlichen Anliegen erschwert wird. Damit werden sich Menschen die Hilfe und Unterstützung bei Themen wie Alkoholkrankheit, Sucht, psychischen Problemen oder sonstigen persönlichen Fragen die man ungern persönlich bespricht, seltener an Beratungseinrichtungen wenden. Die psychologischen Folgen für die Individuen sind hier noch nicht abschätzen, weshalb es eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit diesem Thema bedarf.

## 6.2. Forschungsfrage 2

**FF2: Welche Faktoren sind ausschlaggebend, dass die österreichische Bevölkerung die staatliche digitale Überwachung akzeptiert bzw. unterstützt?**

### **Hypothese 2:**

„Die Bereitschaft, Verschärfungen der Überwachungsmaßnahmen zu akzeptieren und damit Einschnitte in der Privatsphäre hinzunehmen, ist höher, wenn erwartet wird, dass dadurch das eigene Sicherheitsempfinden gesteigert werden kann.“

### **Hypothese 3:**

„Personen, die staatliche digitale Überwachungsmaßnahmen unterstützen, gehen davon aus, dass nicht sie, sondern Gruppen und Personen überwacht werden, die aus ihrer Sicht eine Gefahr für den Staat oder die öffentliche Sicherheit darstellen.“

Die Forschungsergebnisse haben gezeigt, dass Menschen, die ein höheres Bedürfnis nach Sicherheit aufweisen, eine weitaus größere Bereitschaft haben, Überwachungsmaßnahmen zu akzeptieren bzw. auch befürworten, wenn dadurch mehr Sicherheit ermöglicht wird. Die Annahme ist hier, dass für die Befragten das Thema Sicherheit eine zentrale Rolle spielt, hat sich damit bestätigt. Insbesondere die Personen, die eine größere Akzeptanz für Überwachungsmaßnahmen haben, zeigen einerseits, dass sie sich bei diesen

Fragen an ihrem Sicherheitsempfinden orientieren. Das bedeutet, dass davon ausgegangen wird, dass bei ihnen ein Bewusstsein für Bedrohungen besteht und erwartet wird, dass der Staat sich um die Sicherheitsbelange der Bürger kümmert. Sie sind bereit, Teile ihrer Freiheit zu opfern und an staatliche Institutionen abzugeben, um für die Sicherheit vor Bedrohungen zu gewährleisten. Damit ist der Staat befugt, das Zusammenleben, die Wahrung der Sicherheit und Freiheit auch mit Überwachungsmaßnahmen herzustellen und gegebenenfalls Verstöße gegen diese Regeln zu sanktionieren.

Diese umfassend Handlungsfreiheits- und damit Grundrechte einschränkende Form der Machtausübung ist in diesem Fall legitimiert. Im Gegenzug muss der Staat also dafür sorgen, dass das Leben der Bevölkerung in Sicherheit. Welche Maßnahmen notwendig sind liegt bzw. wann diese verhältnismäßig sind, liegt im Ermessen des Staates. Eine Herausforderung liegt darin, dass der Staat darauf achten muss, die Privatsphäre zu schützen und den schmalen Grat zwischen Privatsphäre und Überwachung wahren muss, selbst wenn das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung wächst. Es kommt also darauf an, zwischen Bedrohung und Beeinträchtigung die goldene Mitte zu finden.<sup>177</sup>

Eine besondere Herausforderung, wenn man bedenkt, dass das Sicherheitsbedürfnis seit den 1990er Jahren im Steigen ist. Die potenziellen Auswirkungen dieser Entwicklung sollten daher hinterfragt, insbesondere wenn der Staat ab einem gewissen Zeitpunkt nicht mehr in der Lage ist, die Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung zu stillen. Durch einen Ausbau der Überwachungsmaßnahmen wird lediglich die Hoffnung auf die Kontrollierbarkeit unwägbarer gesellschaftlicher Entwicklungen erweckt, wie etwa Kriminalität oder sonstiges abweichendes Verhalten.

Es handelt sich hierbei um einen Glaubensaspekt auf das man vertrauen kann, gleichzeitig aber nie sicher sein, ob sie tatsächlich dazu führt, dass Verbrechen verhindert bzw. aufgeklärt werden. Die Annahme ist, dass was unter Kontrolle steht, nicht mehr gefährlich werden kann. Diese Kontrolle, die damit gerechtfertigt wird, dass sie der Präventivwirkung und Gefahrenabwendung diene und somit die Sicherheit erhöhe, geht von einer permanenten Überwachung von potenziellem

---

<sup>177</sup> Bedrohliches Gefühl, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. April 2012

Abweichungsverhalten von Individuen aus, das kontrolliert werden muss, wodurch diese geschürte Angst das Bedürfnis nach Sicherheit hervorruft und Kontrolle im Umkehrschluss die Kontrolle wieder gerechtfertigt wird. Die Bevölkerung ist wie in dieser Forschungsarbeit bereits erwähnt, durch ausgeweitete Präventionsmaßnahmen einem ständigen Vorbehalt von „Allgemeingefährlichkeit“ ausgesetzt, wodurch sämtliche Personen unter „Generalverdacht“ gestellt werden stehen.

Es wird davon ausgegangen, dass Menschen aufgrund der Entwicklungen im Bereich der Überwachungstechnologie darauf hoffen, dass diese Verbrechen unterbinden können und dadurch mehr Sicherheit für die Bevölkerung schaffen. Die Überwachung nimmt hier eine Position als „Schutzmechanismus“ ein, der für Prävention sorgen soll und Rechtsverletzer identifizieren und stoppen soll. Unabhängig davon, dass auch sie Teil der Überwachung sein könnten, steht die Sicherheit an erster Stelle, wobei gleichzeitig davon ausgegangen wird, dass ein Teil der Befürworter davon ausgeht, dass sie nicht in das Raster der staatlichen digitalen Überwachung passen. Da lediglich Handlungen versprochen werden können, diese aber als Resultat nicht bedingt zu einer Minderung von Verbrechen führen müssen, ist hier offensichtlich zweitrangig, da anscheinend die Empfindung im Mittelpunkt steht. Problematisch erscheint hier, dass das Sicherheitsempfinden nicht unbedingt mit der effektiven Verbrechensbekämpfung zusammenhängen muss.<sup>178</sup> Gleichzeitig zeigte sich, dass Personen die ein geringes Bedürfnis nach Sicherheit haben, eine geringere Überwachungsakzeptanz haben und solche auch ablehnen, womit bestätigt wird, dass die Sicherheit eine zentrale Rolle.

Hypothese 3 hat sich zum Teil anhand der Ergebnisse und der Studien unterschiedlicher Wissenschaftler bestätigt, da Menschen zum einem großen Teil davon ausgehen, dass bestimmte Gruppen und Personen mehr überwacht werden als andere. Das bedeutet gleichzeitig, dass sie zwischen sich und anderen Gruppen unterscheiden, da sie der Ansicht sind, dass andere Gruppen in den Augen staatlicher Behörden eine größere Bedrohung darstellen können. Dies

---

<sup>178</sup> Cayford, M. ; Pieters W. (2018): The effectiveness of surveillance technology: What intelligence officials are saying, S.91

bestätigt auch die Studie aus den USA von Dawinder Sidhu, wonach sich US-amerikanische Muslime observiert fühlten und befürchteten, dass die Regierung ihre Internet-Aktivitäten besonders genau beobachtet, was schlussendlich dazu führte, dass viele US-amerikanische Muslime ihr Internet-Nutzungsverhalten veränderten, um nicht aufzufallen. Die Befürchtung lag darin, dass die täglichen Überwachungs-Routinetätigkeiten der US-Regierung nun nicht mehr die Aktivitäten von potenziellen Terroristen, sondern auch von Muslimen überwacht werden, was laut Dawinder Sidhu schließlich auch zu Veränderungen des alltäglichen Verhaltens führte und damit gewöhnliche Aspekte des heutigen Lebens durchdringt. Ein ähnlicher Ansatz wird auch hier verfolgt, wonach Menschen sich und andere Bevölkerungsgruppen in Gruppen unterteilen und demnach unterscheiden, ob sie eher in den Verdacht von Behörden gelangen können als andere.

### 6.3. Forschungsfrage 3

**FF3: Sind Personen mit einem vergleichsweise geringeren Bedürfnis nach Sicherheit kritischer gegenüber staatlichen Überwachungsmaßnahmen?**

**Hypothese 4:**

„Personen die ein geringes Bedürfnis nach Sicherheit haben, lehnen Überwachungsmaßnahmen ab bzw. haben eine geringere Überwachungsakzeptanz.“

**Hypothese 5:**

Personen die Überwachungsmaßnahmen kritischer bewerten, lassen weisen eine größere Einschüchterung durch diese Maßnahmen auf.“

Diese Forschungsfrage beleuchtet den Zusammenhang zwischen dem Bedürfnis nach Sicherheit und der Einstellung gegenüber staatlichen Überwachungsmaßnahmen. Diese Forschungsfrage beantwortet die Frage, ob eine Person die ein geringeres Bedürfnis nach Sicherheit aufweist und damit, so die Annahme, weniger Angst empfindet, auch generell kritischer gegenüber Überwachungsmaßnahmen ist. Diese Annahme kann anhand der Ergebnisse

bestätigt werden. Personen die ein geringes Bedürfnis nach Sicherheit haben, weisen eine deutlich geringere Akzeptanz der Überwachungsmaßnahmen auf und stehen diesen generell kritisch gegenüber. Es zeigt sich, dass diese Personen sowohl kritischer sind als auch eher dazu neigen, von Überwachung eingeschüchtert zu sein, womit ein Zusammenhang zwischen einer überdurchschnittlich hohen Einschüchterung, einem geringen Bedürfnis nach Sicherheit und einer hohen Ablehnung von Überwachungsmaßnahmen ausgegangen werden kann. Dies deckt sich auch mit den Ergebnissen zur Forschungsfrage 2, wonach auch hier der Grad des Sicherheitsbedürfnisses für die Überwachungsakzeptanz maßgeblich ist. Daraus lassen sich folgende Schlussfolgerung ziehen, wonach größere Sicherheitsbedürfnisse auch eine größere Bereitschaft für Überwachungsmaßnahmen bedeutet.

## 7. Fazit

Die staatliche digitale Überwachung wird zunehmend durch die technischen Möglichkeiten des Internets optimiert und ausgebaut. Doch die Überwachungsmaßnahmen können angesichts ihrer Komplexität und der zu geringen Auseinandersetzung mit dem Thema bedenkliche Auswirkungen haben, wenn in dieser Thematik kein Umdenken stattfindet. Insbesondere dann, wenn Effekte wie Abschreckung und Einschüchterung bzw. „Chilling Effects“ die Folge sind. Dieser Einschüchterungseffekt, bedingt durch das Gefühl des Beobachtetwerdens und die Folgen für die österreichische Bevölkerung konnten in dieser Forschungsarbeit nachgewiesen. Dabei zeigte sich, inwiefern Menschen die durch Überwachungsmaßnahmen eingeschüchtert sind, Selbstzensur und Konformität betreiben. Menschen fühlen sich nicht nur von unterschiedlichen Überwachungsmaßnahmen abgeschreckt und beobachtet, sondern ergreifen Maßnahmen, um sich vor staatlicher digitaler Überwachung zu schützen. Für den demokratischen Aushandlungsprozess ist das eine besondere Herausforderung, da Personen weniger bereit sind, an Veranstaltungen teilzunehmen, sich im Internet auszutauschen und dadurch auch ihre Meinungen seltener äußern, insbesondere, wenn sie davon ausgehen, dass diese Kontrovers ist und mit Repressalien rechnen müssen. Im Umkehrschluss ist daher davon auszugehen, dass diese Personen auch beim Grundrecht der freien Meinungsäußerung grundsätzlich vorsichtig sind und genau darauf achten, was sie von sich Preis geben und wonach sie im Internet recherchieren. Damit ist auch davon auszugehen, dass das Machtverhältnis zwischen Bürgern und dem Staat zunehmend in ein Ungleichgewicht gerät, bei dem Bürgerinnen und Bürger aus einem Mangel an Informationsbeschaffung immer weniger über die Regierung und den Staat wissen, während die Regierung durch die allgegenwärtige Überwachung Wissen über die eigene Bevölkerung sammelt und ihre Intentionen der Überwachung im Verborgenen lässt.

„Chilling Effects“ so konnte nachgewiesen werden, sind dabei vor allem bei den Personen am stärksten ausgeprägt, die bereits einen höheren Grad der Einschüchterung durch Überwachung aufweisen und eher eine Atmosphäre der Überwachung empfinden, als bei Personen die einen niedrigeren Grad der

Einschüchterung verspüren und aufgrund ihres Sicherheitsbedürfnisses eher dazu neigen, Überwachungsmaßnahmen zu akzeptieren. Konformes Verhalten wird dadurch begünstigt, was zu einer Unterdrückung von Meinungen, Bürgerrechten, individueller Autonomie und intellektueller Freiheit führt, was für die Demokratie in Österreich äußerst schädlich ist.

## 8. Literaturverzeichnis

### 8.1 Literatur

Allmer, T. (2010): The Internet & Surveillance - Research Paper Series, Unified Theory of Information Research Group. Online verfügbar unter: <http://www.sns3.uti.at/wp-content/uploads/2010/10/The-Internet-Surveillance-Research-Paper-Series-4-Thomas-Allmer-Critical-Internet-Surveillance-Studies-and-Economic-Surveillance.pdf> [Letzter Zugriff am 31.08.2019].

Amiradakis, M. J. (2016) Social networking services: A digital extension of the surveillance state?, South African Journal of Philosophy, Vol. 35, Nr. 3, S.281-292. Online verfügbar unter: <http://dx.doi.org/10.1080/02580136.2016.1206393> [Letzter Zugriff am 31.08.2019].

Arendt, H. (1970): Macht und Gewalt, München.

Beck, E. N. (2015): The Invisible Digital Identity: Assemblages in Digital Networks, Computers and Composition, Vol. 35, S.125-140.

Becker, J. (2016): Medien im Krieg - Krieg in den Medien, Springer VS.

Bung, J. (2014): Grundlagenprobleme der Privatisierung von Sanktions- und Präventionsaufgaben, Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft, Vol. 125, Nr. 3, S.536–550.

Canataci, J. A. ; Zhao, B. ; Monteleone, S. ; Bonnici, J. P. M. ; Moyakine, E. (2016): Privacy, Free Expression and Transparency: Redefining Their New Boundaries in the Digital Age, UNESCO Series on Internet Freedom. Online verfügbar unter: <http://unesdoc.unesco.org/images/0024/002466/246610E.pdf> [Letzter Zugriff am 31.08.2019].

Cayford, M. ; Pieters W. (2018): The effectiveness of surveillance technology: What intelligence officials are saying, The Information Society, Routledge Taylor & Francis Online, Vol. 34, Nr. 2, S.88–103, Online verfügbar unter: [https://pure.tudelft.nl/portal/files/41902006/The\\_effectiveness\\_of\\_surveillance\\_technology\\_What\\_intelligence\\_officials\\_are\\_saying.pdf](https://pure.tudelft.nl/portal/files/41902006/The_effectiveness_of_surveillance_technology_What_intelligence_officials_are_saying.pdf) [Letzter Zugriff am 31.08.2019].

Chorherr, C. (2015): Die Angstspirale: Wie Fundamentalismus und Überwachungsstaat unsere Demokratie bedrohen, Residenz Verlag.

Dinev, T. ; Hart, P. ; Mullen, M.R. (2008): Internet privacy concerns and beliefs about government surveillance. Journal of Strategic Information Systems, S.214–233.

Doty, P. (2014): U.S. homeland security and risk assessment, Government Information Quarterly, Volume 32, Issue 3, July 2015, S.342-352.

FDR Group & PEN American Center (2013): Chilling Effects: NSA Surveillance Drives U.S. Writers to Self-Censor, PEN American Center. Online verfügbar unter: [https://pen.org/sites/default/files/Chilling%20Effects\\_PEN%20American.pdf](https://pen.org/sites/default/files/Chilling%20Effects_PEN%20American.pdf) [Letzter Zugriff am 31.08.2019].

Foucault, Michel (1994): Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses, Frankfurt am Main, Suhrkamp.

Frischling, Barbara (2014): Alltag im digitalen Panopticon: Facebook-Praktiken zwischen Gestaltung und Kontrolle, Jonas Verlag.

Galič, M. ; Timan, T. ; Koops, B.-J.(2017): Bentham, Deleuze and Beyond: An Overview of Surveillance Theories from the Panopticon to Participation, Philosophy & Technology, Vol. 30, Nr. 1, S.9–37.

Greenwald, G. (2014): No place to hide: Edward Snowden, the NSA and the US surveillance state, New York, Metropolitan Books.

Groenemeyer, A. (2010): Wege der Sicherheitsgesellschaft: Gesellschaftliche Transformationen der Konstruktion und Regulierung innerer Unsicherheiten, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

Hamdi, M. (2017): Im digitalen Panopticon leben, Forum für Politik, Gesellschaft, Kultur, Nr. 369, S. 5-6. Online verfügbar unter: [https://www.forum.lu/wp-content/uploads/2017/01/369\\_Hamdi1.pdf](https://www.forum.lu/wp-content/uploads/2017/01/369_Hamdi1.pdf), [Letzter Zugriff am 31.08.2019].

Harper, D. (2011, May): Paranoia and public responses to cyber-surveillance. Paper presented at Cyber-Surveillance in Everyday Life: An International Workshop, University of Toronto.

Hughes, S.S. (2012): US Domestic Surveillance after 9/11: An Analysis of the Chilling Effect on First Amendment Rights in Cases Filed against the Terrorist Surveillance Program, Canadian Journal of Law and Society / La Revue Canadienne Droit et Société, Vol. 27, Nr. 3, S.399-425.

Jespersen, J. L. ; Albrechtslund, A. ; Øhrstrøm, P. ; Hasle, P. ; Albretsen, J. (2007): Surveillance, Persuasion, and Panopticon, Persuasive 2007, Persuasive Technology, LNCS 4744, S.109–120. Online verfügbar unter: [https://www.researchgate.net/profile/Peter\\_Ohrstrom/publication/229031001\\_Surveillance\\_Persuasion\\_and\\_Panopticon/links/00b7d518bbcfcb40000000/Surveillance-Persuasion-and-Panopticon.pdf](https://www.researchgate.net/profile/Peter_Ohrstrom/publication/229031001_Surveillance_Persuasion_and_Panopticon/links/00b7d518bbcfcb40000000/Surveillance-Persuasion-and-Panopticon.pdf) [Letzter Zugriff am 31.08.2019].

Jones R. ; Raab C. ; Székely I. (2018): Surveillance and resilience: Relationships, dynamics, and consequences, Democracy and Security.

Keller, W. W. (2017): Democracy Betrayed: The Rise of the Surveillance Security State, Counterpoint.

Kuehs, S. (2010) Überwachung und Mündigkeit, Diplomarbeit, Universität Wien.

Kühne, S.; Schlepper, C. (2017): Zur Politik der Sicherheitsversprechen, Die biometrische Verheißung. In Puschke. J., Singelstein T. (Hrsg.) Der Staat in der Sicherheitsgesellschaft, Wiesbaden, S.79-99.

Kreissl, R. (2017): Bringing the State back in, oder: Was hat der Staat in der Sicherheitsgesellschaft verloren? In Puschke. J., Singelstein T. (Hrsg.) Der Staat in der Sicherheitsgesellschaft, Wiesbaden, S.3-32.

Lyon, D. (1994): The Electronic Eye: The Rise of Surveillance Society, University of Minnesota Press, Minneapolis.

Lyon, D. (2007): Surveillance studies: An overview. Cambridge, Polity Press.

Lyon, D. (2006): Theorizing Surveillance: The Panopticon and Beyond, Willan Publishing.

Lyon, D. (2015): Surveillance after Snowden, Polity, Cambridge.

Madden, M. (2014): Public Perceptions of Privacy and Security in the Post-Snowden Era, Pew Research Center. Online verfügbar unter: [http://assets.pewresearch.org/wp-content/uploads/sites/14/2014/11/PI\\_PublicPerceptionsofPrivacy\\_111214.pdf](http://assets.pewresearch.org/wp-content/uploads/sites/14/2014/11/PI_PublicPerceptionsofPrivacy_111214.pdf) [Letzter Zugriff am 31.08.2019].

Marthews, A. ; Tucker, C. E. (2017): Government Surveillance and Internet Search Behavior, Massachusetts Institute of Technology. Online verfügbar unter: <https://ssrn.com/abstract=2412564> [Letzter Zugriff am 31.08.2019]

Marx, G.T. (2015): Surveillance Studies, Massachusetts Institute of Technology, Encyclopedia of the Social and Behavioral Sciences, 2nd Edition, S.733–741.

Online verfügbar unter: [http://web.mit.edu/gtmarx/www/surv\\_studies.pdf](http://web.mit.edu/gtmarx/www/surv_studies.pdf) [Letzter Zugriff am 31.08.2019].

Marx, G. T. (2016): *Windows into the Soul, Surveillance and Society in the Age of High Technology*, The University of Chicago Press.

Moser-Knierim, A. (2014): *Vorratsdatenspeicherung: Zwischen Überwachungsstaat und Terrorabwehr*, Springer Fachmedien, Wiesbaden.

Ndahinda, M. F. (2014): *The Panopticon, Data Protection and the Surveillance Society*, Tilburg University, Masterarbeit. Online verfügbar unter: <http://arno.uvt.nl/show.cgi?fid=134915> [Letzter Zugriff am 31.08.2019].

Norris, C. (2005): *Vom Persönlichen zum Digitalen. Videoüberwachung, das Panopticon und die technologische Verbindung von Verdacht und gesellschaftlicher Kontrolle*. In: Hempel, Leon/Metelmann, Jörg (Hg.): *Bild – Raum – Kontrolle. Videoüberwachung als Zeichen gesellschaftlichen Wandels.* Frankfurt am Main, Suhrkamp. S.360-401.

Ortner, H. ; Pfurtscheller, D. ; Rizzolli, M. ; Wiesinger, A. (2014): *Datenflut und Informationskanäle*, Innsbruck University press. PEN American Center (2015): *Global Chilling: The Impact of Mass Surveillance on International Writers*, PEN's International Survey of Writers. Online verfügbar unter: [http://www.pen-international.org/wp-content/uploads/2015/01/Global-Chilling\\_01-05-15\\_FINAL.pdf](http://www.pen-international.org/wp-content/uploads/2015/01/Global-Chilling_01-05-15_FINAL.pdf) [Letzter Zugriff am 31.08.2019]

Penney, J. (2016): *Chilling Effects: Online Surveillance and Wikipedia Use*, Berkeley Technology Law Journal, Vol. 31. Nr. 1, S.116-182. Online verfügbar unter: <https://scholarship.law.berkeley.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=2104&context=btj> [Letzter Zugriff am 31.08.2019].

Penney, J. (2017): Internet surveillance, regulation, and chilling effects online: a comparative case study, Internet Policy Review, Volume 6, Issue 2.

Pfafferott, C. (2015): Der panoptische Blick. Macht und Ohnmacht in der forensischen Psychiatrie. Künstlerische Forschung in einer anderen Welt, transcript.

Poster, M. (1990) The Mode of Information. Polity Press, Cambridge.

Rainie, L. ; Madden, M. (2015): Americans' Privacy Strategies Post-Snowden, Pew Research Center. Online verfügbar unter:  
[http://www.pewinternet.org/files/2015/03/PI\\_AmericansPrivacyStrategies\\_031615\\_1.pdf](http://www.pewinternet.org/files/2015/03/PI_AmericansPrivacyStrategies_031615_1.pdf) [Letzter Zugriff am 31.08.2019]

Rehm, M. ; Ludwig, B. (2012): John Locke: Zwei Abhandlungen über die Regierung, Akademie Verlag.

Rousseau, Jean-Jacques (2006): Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundsätze des Staatsrechts.- Stuttgart: Reclam.

Schauer, F. (1978): Fear, Risk and the First Amendment: Unraveling the Chilling Effect, Boston University Law Review, Vol. 58, Nr. 5, 685-732.

Sewell, G. ; Wilkinson, B. (1992): Someone to watch over me: surveillance, discipline and the just-in-time labour process. Sociology, Vol. 26, Nr. 2, S.279–282.

Sheridan, C. (2016): Foucault, Power and the Modern Panopticon, Trinity College Digital Repository, Hartford, Online verfügbar unter:  
<http://digitalrepository.trincoll.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1564&context=theses> [Letzter Zugriff am 31.08.2019]

Sidhu, S. D. (2007): The Chilling Effect of Government Surveillance Programs on the Use of the Internet By Muslim-Americans, University of Maryland Law Journal of Race, Religion, Gender and Vol. 7, Nr. 2, Article 10, Online verfügbar unter: <http://digitalcommons.law.umaryland.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1134&context=rrgc> [Letzter Zugriff am 31.08.2019].

Solove, D. J (2005): A Taxonomy of Privacy, University of Pennsylvania Law Review, Vol. 154, Nr. 3., S.477-560.

Staben, J. (2016): Der Abschreckungseffekt auf die Grundrechtsausübung, Mohr Siebeck.

Starr, A. ; Fernandez, L. ; Amster, R. ; Wood, L. ; Caro, M. (2008): The Impacts of State Surveillance on Political Assembly and Association: A Socio-Legal, Journal Qualitative Sociology, Vol. 31, Nr. 3, S.251–270.

Stern, Dikla (2008): Überwachen und Strafen - Das Geschäft mit der Angst - Von der Marter bis zur biopolitischen Gesellschaft, VDM Verlag Dr. Müller.

Stoycheff, E. (2016): Under Surveillance: Examining Facebook's Spiral of Silence Effects in the Wake of NSA Internet Monitoring, Vol.93, Nr. 2, S.296-311.

Trojanow, I. ; Zeh, J. (2010): Angriff auf die Freiheit : Sicherheitswahn, Überwachungsstaat und der Abbau bürgerlicher Rechte, München, Dt. Taschenbuch-Verlag.

Trojanow, I. ; Zeh, J. ; Alvizu; J. ; Petersdorff; M. (2015): Attack on Freedom: The Surveillance State, Security Obsession, and the Dismantling of Civil Rights, German Studies Review, Vol. 38, Nr. 2, S.271-284.

Wagner, B. ; Bronowicka, J. ; Berger, C ; Behrndt; T. (2015): Surveillance and Censorship: The Impact of Technologies on Human Rights, Centre for Internet and Human Rights, European Parliament Subcommittee on Human Rights

(DROI). Online verfügbar unter:

[http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2015/549034/EXPO\\_STU\(2015\)549034\\_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2015/549034/EXPO_STU(2015)549034_EN.pdf) [Letzter Zugriff am 31.08.2019]

Waters, S. (2018): The Effects Of Mass Surveillance On Journalists' Relations With Confidential Sources, Digital Journalism, Vol. 6, Nr. 10, S.1294-1313.

White, G. L ; Zimbardo, P. G. (1975): The Chilling Effects of Surveillance: Deindividuation and Reactance, ONR Technical Report Z-15, S.1-26.

York, J. (2014): Global Information Society Watch 2014: Communications surveillance in the digital age, Electronic Frontier Foundation. Online verfügbar unter: [https://www.giswatch.org/sites/default/files/the\\_harms\\_of\\_surveillance.pdf](https://www.giswatch.org/sites/default/files/the_harms_of_surveillance.pdf) [Letzter Zugriff am 31.08.2019]

Zabel, B. (2017): Das Paradox der Prävention, Über ein Versprechen des Rechts und seine Folgen. In Puschke. J., Singelstein T. (Hrsg.) Der Staat in der Sicherheitsgesellschaft, Wiesbaden, S.55-75.

## 8.2 Journalistische Quellen

Abschreckungseffekte im digitalen Raum und wie sie die Grundrechtsausübung beeinflussen, Institut für Internet und Gesellschaft, 18. April 2017

Alles Wichtige zum NSA-Skandal, Zeit Online, 28.Oktober 2013

Bedrohliches Gefühl, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. April 2012

Befallen vom Überwachungsvirus, Deutschlandfunk, 4. Jänner 2015

"Charlie Hebdo: Warum wir auch an Chilling Effects denken sollten", telemedicus.info, 9. Januar 2015

Der "Chilling Effect", paroli-magazin.at, 14. Mai 2014

Die Vorratsdatenspeicherung und das Panoptikum, Netzpolitik, 19. Mai 2015

Edward Snowden – Held oder Verräter?, Der Standard, 17. Oktober 2018

Fliegende Kameras: Neue Regierung baut Überwachung aus, Futurezone, 16. Dezember 2017

Frankreich: Scharfes Anti-Terror-Paket ersetzt Ausnahmezustand, Netzpolitik, 3. November 2017

Fünf Jahre später ist die NSA-Affäre vom Tisch, Der Standard, 25. Mai 2018  
Gesichtsscan, Chats mitlesen: Massives Überwachungspaket, Der Standard, 16. Dezember 2017

Government Requests for User Data,  
<https://transparency.facebook.com/government-data-requests>  
Kritiker warnen wegen Überwachungsplänen vor Polizeistaat, Der Standard, 18. Dezember 2017

Journalists suffer violence, intimidation and self-censorship in Europe, says a Council of Europe study, Council of Europe, 20. April 2017

Lack of Trust in Internet Privacy and Security May Deter Economic and Other Online Activities, National Telecommunications and Information Administration, 13. Mai 2016

Lauschangriff und Videoüberwachung: Was der Staat schon alles weiß, Kurier, 17. März 2019

Lauschen wie noch nie: Österreich beschließt Überwachungspaket, Netzpolitik, 20. April 2018

Massive Kritik: EU-Verordnung weitet Überwachung durch USA aus, Der Standard, 11. Juli 2019

NSA program stopped no terror attacks, says White House panel member, NBCNews, 20. Dezember 2013

Österreichs Bevölkerung unter Generalverdacht, Der Standard, 14. April 2019

Regierung bringt geplantes Sicherheitspaket auf den Weg, Kurier, 21. Februar 2018

Surveillance Chills Speech—As New Studies Show—And Free Association Suffers, Electronic Frontier Foundation, 19. Mai 2016

Technische Überwachung durch den Staat nimmt zu, Der Standard, 19. April 2019

Textbesprechung: Michel Foucault – „Der Panoptismus“, Blog-Universität-Siegen, 9. Mai 2014

The 'chilling effect' of mass surveillance revealed: Study shows how monitoring people online silences minorities, Daily Mail, 28. März 2016

USA zapfen Rechner von Internet-Firmen an, Der Standard, 7. Juni 2013

Überwachung führt zu Einschüchterung, Süddeutsche Zeitung, 15. August 2013

Überwachen und strafen und beglücken, Neue Züricher Zeitung, 31. Juli 2013

Über die innere (Un)sicherheitspolitik der neuen Regierung, Der Standard, 21. Dezember 2017

Studie: Überwachung von Journalisten in westlichen Demokratien nimmt autokratische Züge an, Netzpolitik, 15. Dezember 2016

„Warum protestieren, ich habe nichts zu verbergen“, Netzpolitik, 19. Dezember 2014

What does the panopticon mean in the age of digital surveillance?, The Guardian, 23. Juli 2015

With Liberty to Monitor All, Human Rights Watch, 28. Juli 2014

Why Privacy Matters Even if You Have 'Nothing to Hide', The Chronicle of Higher Education, 15. Mai 2011

Zwei Schritte vor, keinen zurück – Überwachungsausbau in der Großen Koalition, Netzpolitik.org, 5. November 2017

## 9. Anhang

### 9.1. Abstract

Digitale staatliche Überwachung setzt zunehmend auf die technischen Möglichkeiten des Internets. Maßnahmen können angesichts ihrer Komplexität und der geringen Auseinandersetzung mit dem Thema zu negativen Wirkungen für die Menschen führen. Insbesondere dann, wenn verheerende Effekte wie Abschreckung und Einschüchterung, auch „Chilling Effects“ genannt, die Folge sind. Dieser Einschüchterungseffekt, bedingt durch das Gefühl des Beobachtetwerdens und die Folgen für die österreichische Bevölkerung sind zentrale Themen dieser Forschungsarbeit. Dabei wird mithilfe einer Online-Befragung festgestellt, inwiefern sich Überwachungsmaßnahmen auf das soziale Verhalten der österreichischen Bevölkerung auswirken, welche Faktoren ausschlaggebend sind, dass die österreichische Bevölkerung die staatliche digitale Überwachung akzeptiert und ob Personen mit einem vergleichsweise geringeren Bedürfnis nach Sicherheit kritischer gegenüber staatlichen Überwachungsmaßnahmen sind. Dabei lässt sich feststellen, dass Überwachung bzw. der Gedanke daran überwacht zu werden, dazu führen kann, dass Bürgerinnen und Bürger von der Nutzung ihrer Grundrechte abgeschreckt werden und ihr Verhalten verändern und Selbstbeschränkung, Selbstzensur und Konformität betreiben.

## 9.2. Fragebogen

### 1. Nennen Sie ihr Geschlecht?

Männlich	Weiblich	Anderes
<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

### 2. Wie alt sind Sie?

16 – 25 Jahre	26 – 35 Jahre	36 – 45 Jahre	46 – 55 Jahre	56 – 65 Jahre	66 Jahre und älter
<input type="radio"/>					

### 3. Was ist Ihr höchster Bildungsabschluss?

- Pflichtschule
- Berufsbildende mittlere Schule
- Matura / Abitur
- Studienabschluss (Universität / Hochschule)
- Studienabschluss
- Kolleg
- Sonstiges

### Welcher (beruflichen) Tätigkeit gehen Sie derzeit hauptsächlich nach?

- Erwerbstätigkeit (Vollzeit / Teilzeit)
- Studium
- Schule
- Lehre
- Haushaltsarbeit
- Pension
- Karenz
- Arbeitssuchend
- Arbeitsunfähig
- Sonstiges

**5. Österreich ist in den letzten 5 Jahren...**

<b>Sicherer geworden</b>	<b>Keine Veränderung</b>	<b>Unsicherer geworden</b>
<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

**6. Wie sicher fühlen Sie sich in Österreich?**

<b>Sehr sicher</b>	<b>Sicher</b>	<b>Unsicher</b>	<b>Sehr unsicher</b>
<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

**7. Für wie wahrscheinlich halten Sie es, dass Österreich in Zukunft Ziel von Terroranschlägen sein wird?**

<b>sehr unwahrscheinlich</b>	<b>eher unwahrscheinlich</b>	<b>ungefähr 50 zu 50</b>	<b>eher wahrscheinlich</b>	<b>sehr wahrscheinlich</b>
<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

**8. Wie besorgt sind Sie, dass der Staat folgende Bereiche ihres alltäglichen Lebens überwachen kann?**

	<b>Gar nicht besorgt</b>	<b>Wenig besorgt</b>	<b>Teilweise</b>	<b>Besorgt</b>	<b>Sehr besorgt</b>
<b>E-Mail Nachrichten</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Telefongespräche</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Textnachrichten (SMS, Whatsapp, Viber etc.)</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Anrufliste und Kontaktliste</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Websiteverlauf</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Social Media Profile</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Installierte Apps und Programme</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Fotos</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Details über Ortsdaten</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Suchergebnisse in Suchmaschinen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

**9. Haben Sie den Eindruck, dass die österreichische Bundesregierung insgesamt genug für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger unternimmt?**

Ich bin sehr zufrieden	Ich bin einigermaßen zufrieden	Ich bin eher unzufrieden	Ich bin sehr unzufrieden
<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

**10. Sind Sie bereit eine Verschärfung der Überwachungsmaßnahmen zu akzeptieren, wenn diese zu mehr Sicherheit im Land führen könnte, auch wenn das bedeutet, dass dadurch Ihre Freiheitsrechte eingeschränkt werden?**

Ja	Eher Ja	Eher Nein	Nein
<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

**11. Hat sich aufgrund der Enthüllungen der letzten Jahre zur staatlichen Online-Überwachung von Internetnutzern Ihr Internetverhalten verändert?**

Ja	Eher Ja	Unverändert	Eher Nein	Nein
<input type="radio"/>				

**12. Betrachten Sie die Speicherung von personenbezogenen Daten und Verbindungsdaten als wirksames Mittel der Verbrechensbekämpfung bzw. im Kampf gegen den Terrorismus?**

Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Stimme teilweise zu	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu
<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

**12. Betrachten Sie die Speicherung von personenbezogenen Daten und Verbindungsdaten als wirksames Mittel der Verbrechensbekämpfung bzw. im Kampf gegen den Terrorismus?**

Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Stimme teilweise zu	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu
<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

**13. Aus Sicherheitsgründen sollten sich Menschen vor der Einreise nach Österreich einer mehrfachen Sicherheitsüberprüfung unterziehen.**

Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Stimme teilweise zu	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu
<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

**14. Am 20. April 2018 wurde von der Bundesregierung ein sogenanntes "Sicherheitspaket" im Nationalrat beschlossen. Im Juni 2018 sind die ersten Maßnahmen in Kraft getreten. Würden Sie von sich behaupten, dass Sie über dieses Thema ausreichend informiert sind?**

Sehr gut informiert	Teilweise informiert	Nicht gut informiert
<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

**15. Kennen Sie aktuelle Überwachungstechnologien?**

Ja	Nein
<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

**16. Haben Sie davon gehört, dass österreichische Behörden im Rahmen der Überwachung von potenziellen terroristischen Aktivitäten Ihre Mobil- und Internetkommunikation speichern und sammeln können?**

Ja	Nein
<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

**17. Denken Sie, dass Ihre Internet- und Telefonkommunikation überwacht wird?**

Ja	Nein
<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

**18. Denken Sie, dass Menschen aufgrund ihrer religiösen oder politischen Überzeugungen bzw. ihrer ethnischen Herkunft vergleichsweise öfter im Fokus von staatlichen Überwachungsmaßnahmen stehen?**

Ja	Nein
<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

**19. Personen oder Gruppen die der Staat als Sicherheitsbedrohung betrachtet, sollten bei akutem Verdacht nicht durch die Rechtsstaatlichkeit geschützt sein und vom Staat permanent überwacht werden.**

Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Stimme teilweise zu	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu
<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

**20. Gibt es Begriffe nach denen Sie im Internet nicht suchen würden?**

Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Stimme teilweise zu	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu
<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

**21. Sind Sie der Meinung, dass man im Internet nach bestimmten Begriffen nicht suchen sollte, da man sonst die Aufmerksamkeit von österreichischen Behörden auf sich lenken könnte?**

Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Stimme teilweise zu	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu
<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

**22. Würden Sie die Beratung über heikle Themen von sensiblen Beratungseinrichtungen per Handy, E-Mail oder Social Media in Anspruch nehmen?**

Ja	Eher Ja	Eher Nein	Nein
<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

**23. Inwiefern hat sich Ihre Internetnutzung in den letzten Jahren verändert?  
(mehrfaches anklicken erlaubt)**

- Ich habe gezielt einige Apps installiert bzw. deinstalliert
- Ich nutze Tools zur Anonymisierung meiner Internetverbindung
- Ich habe kompliziertere Passwörter eingerichtet
- Ich nutze soziale Netzwerke weniger, dafür mehr direkte Kommunikation
- Ich achte besser darauf, welche privaten Informationen ich auf unterschiedlichen Onlinediensten veröffentliche
- Ich versuche mich besser zu informieren, wie man sich gegen Überwachung schützen kann
- Ich nutze manchmal Suchmaschinen, die Suchanfragen nicht speichern
- Ich reduziere meine Smartphonennutzung
- Ich passe die Einstellungen in den sozialen Netzwerken besser an
- Ich verzichte im Internet manchmal auf bestimmte Begriffe und Wörter, die bei Behörden Aufsehen erregen könnten
- Sonstige
- Mein Verhalten blieb unverändert

**24. Mehr Überwachung durch den Staat bedeutet auch mehr Sicherheit.**

Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Stimme teilweise zu	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu
<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

**25. Einige Bevölkerungsgruppen sollten mehr überwacht werden als andere, da diese ein höheres Sicherheitsrisiko darstellen.**

	Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Stimme teilweise zu	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu
<b>Gewalttäter, Kriminelle und Rechtsbrecher</b>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
<b>Links- bzw. Rechtsradikale</b>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
<b>Flüchtlinge</b>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
<b>Migranten</b>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
<b>Muslime</b>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

**26. Staatliche Behörden sollten die Bürger präventiv überwachen, um die Sicherheit und Ordnung im Land zu gewährleisten.**

Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Stimme teilweise zu	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu
<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

**27. In der Öffentlichkeit achte ich verstärkt auf verdächtig aussehende Personen und Gegenstände.**

Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Stimme teilweise zu	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu
<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

**28. Aufgrund der Verschärfung der digitalen Überwachungsmaßnahmen durch den Staat bespreche ich heikle Themen nicht am Telefon oder überlege mir genau was ich im Internet suche oder teile.**

Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Stimme teilweise zu	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu
<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

**29. Sorgen Sie sich manchmal, dass Sie bei der Überwachung von Telekommunikation und Internet durch österreichische Behörden persönlich betroffen sein könnten?**

Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Stimme teilweise zu	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu
<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

**30. Wenn ich im Internet etwas suche oder mit jemandem kommuniziere, habe ich manchmal das Gefühl, dass mich jemand beobachtet.**

Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Stimme teilweise zu	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu
<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

**31. Aufgrund der technischen Entwicklungen ist davon auszugehen, dass der Staat die Bürgerinnen und Bürger in Zukunft immer öfter überwachen wird.**

Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Stimme teilweise zu	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu
<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

**32. Gehen Sie davon aus, dass österreichische Behörden zumindest einmal im Jahr Ihre Internet- und Mobilfunkkommunikation angezapft und bei Ihnen mitgehört bzw. mitgelesen haben?**

Ja	Nein
<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

**33. Sind Sie der Ansicht, dass die staatlichen Behörden in Österreich zu viele bzw. zu wenige Befugnisse haben die Bürger zu überwachen?**

Nicht genug Befugnisse	Ausreichend Befugnisse	Zu viele Befugnisse
<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

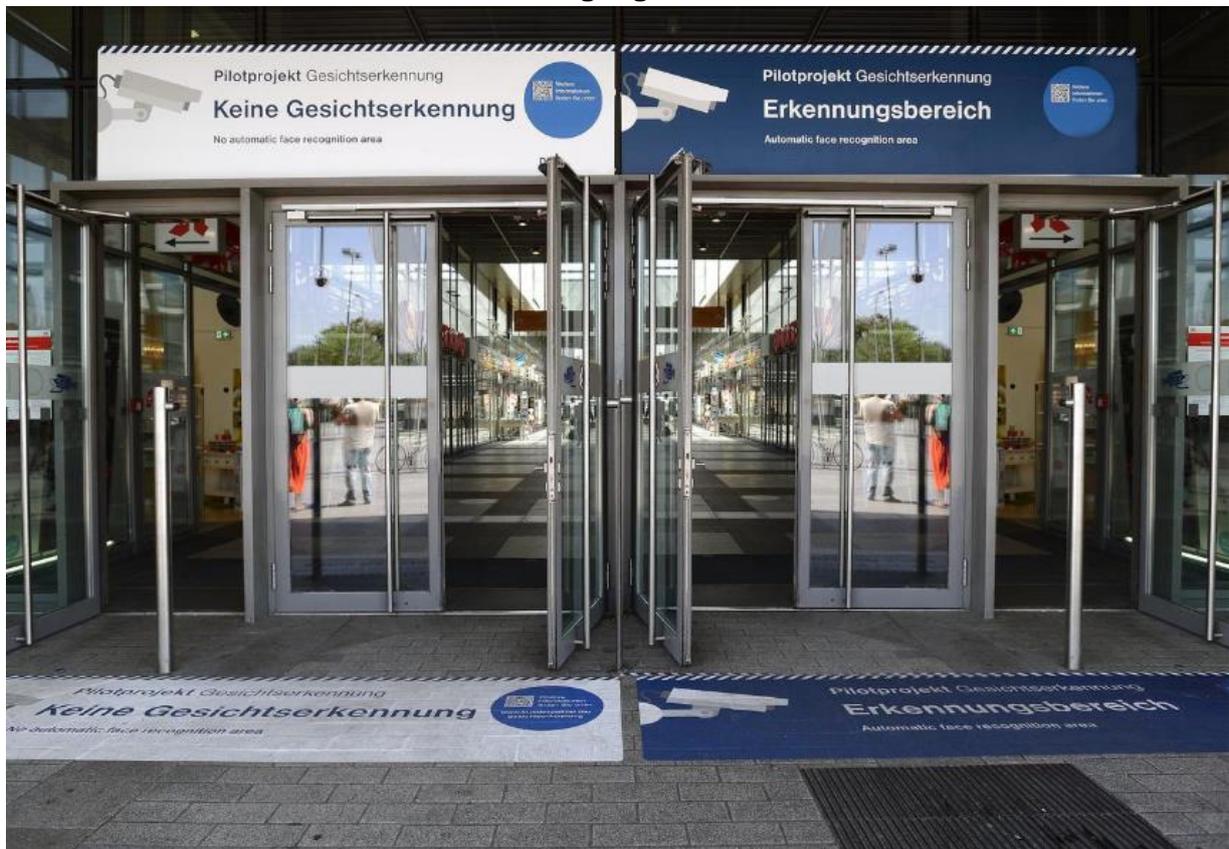
**34. Befürworten Sie das Sammeln und Speichern personenbezogener Daten und Verbindungsdaten, ohne einen konkreten Verdacht auf strafbare Handlungen? („Vorratsdatenspeicherung“)**

Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Stimme teilweise zu	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu
<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

**35. Kommunikationsprogramme wie Whatsapp, Viber (oder ähnliches) sollten vom Staat überwacht werden können, da dadurch kriminelle Handlungen frühzeitig vermieden werden können.**

Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Stimme teilweise zu	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu
<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

**36. Stellen Sie sich vor, Sie fahren jeden Tag zu Arbeit und müssen durch diese Bahnhofseingänge. Links befindet sich der Eingang ohne Gesichtserkennung und kostenpflichtiger Fahrt. Rechts befindet sich der Eingang mit Gesichtserkennung und kostenloser Fahrt. Welchen Bahnhofseingang wählen Sie?**

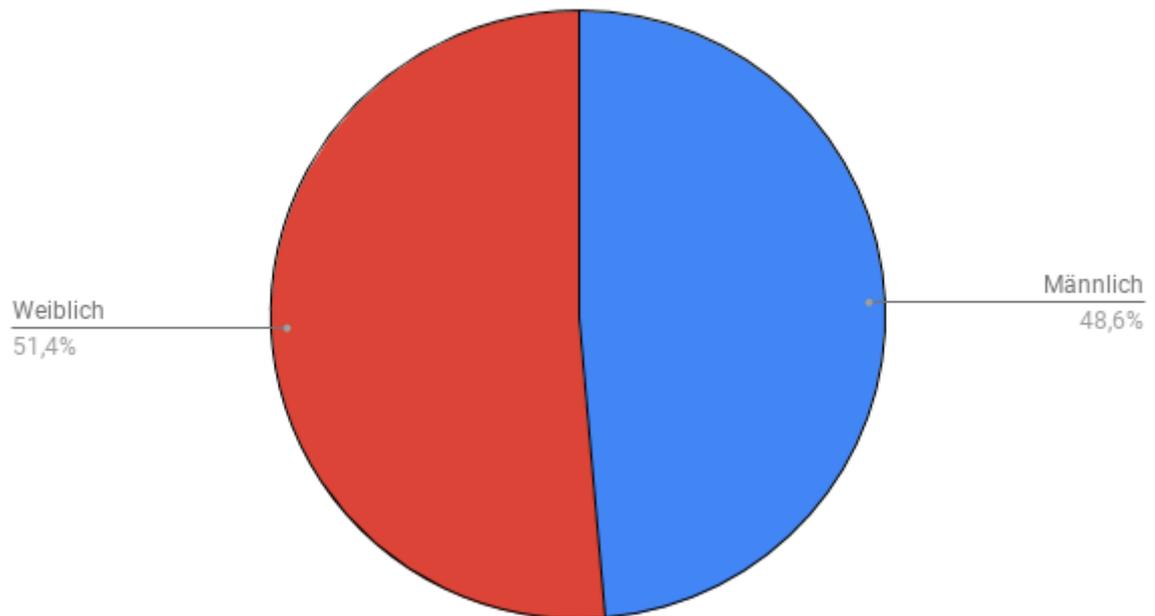


179

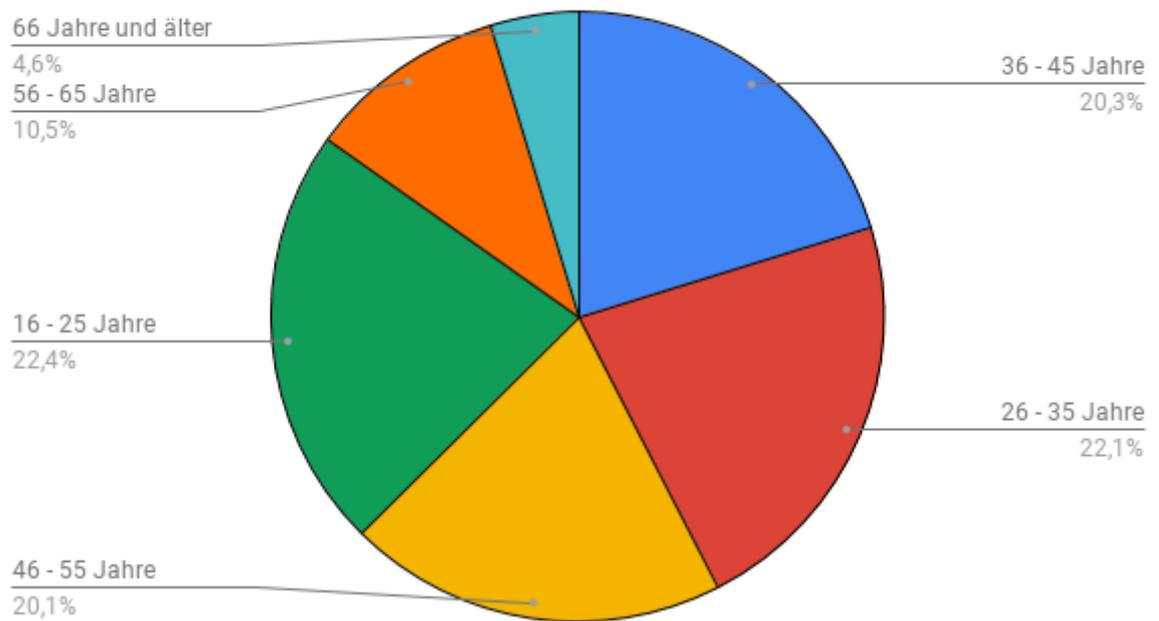
<b>Links: Keine Gesichtserkennung mit kostenpflichtiger Fahrt</b>	<b>Rechts: Gesichtserkennung mit kostenloser Fahrt</b>
<b>0</b>	<b>0</b>

## 9.3 Diagramme

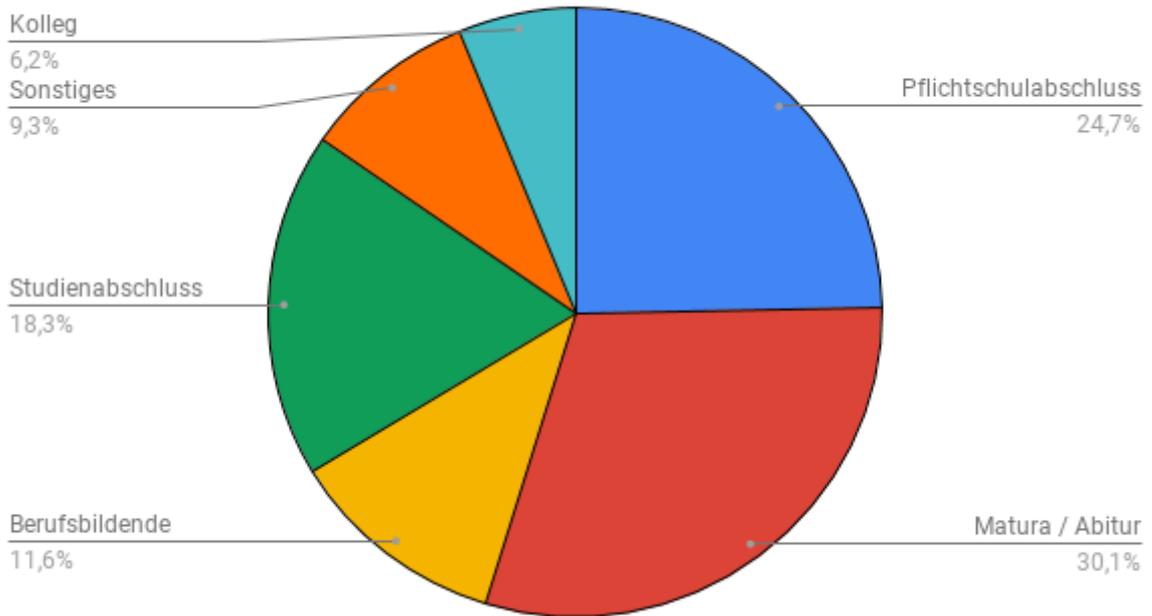
1. Nennen Sie ihr Geschlecht?



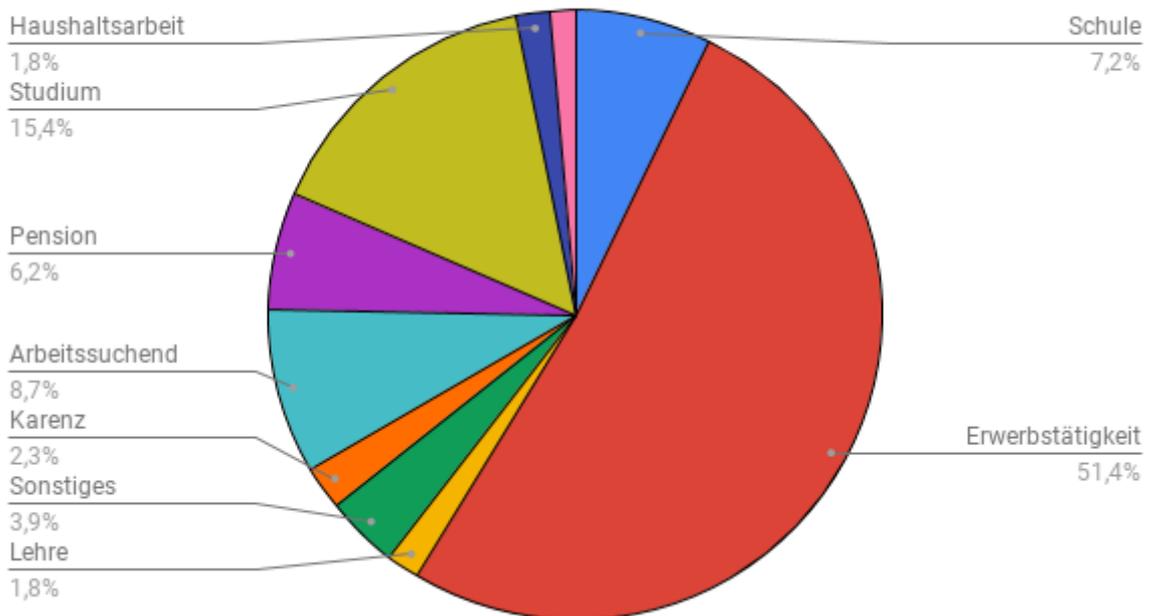
2. Wie alt sind Sie?



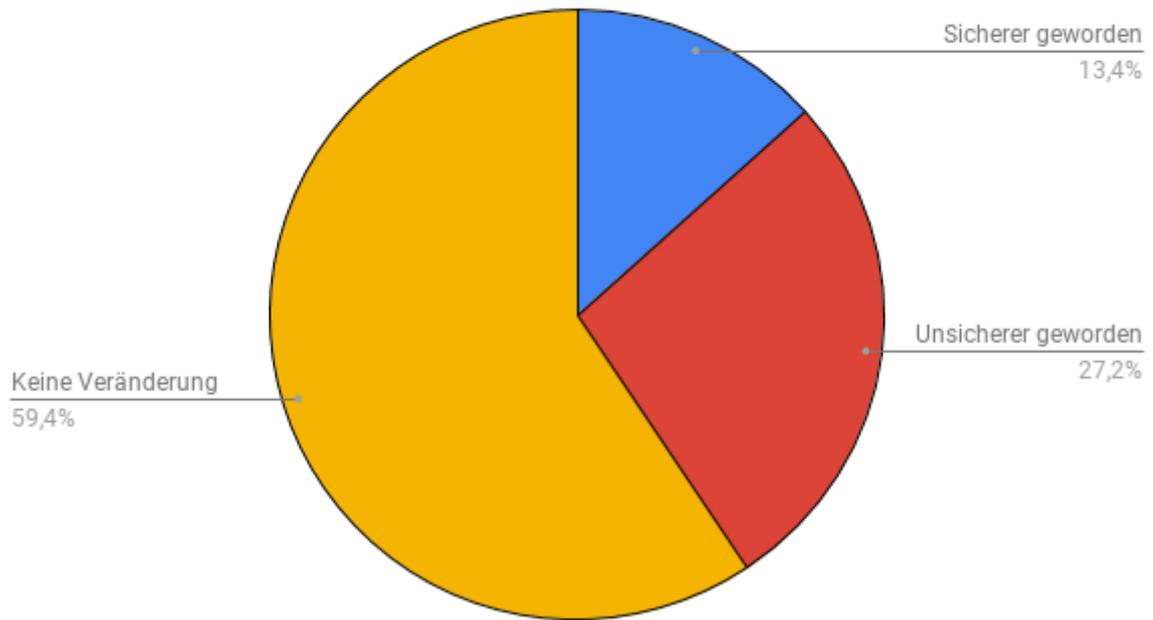
### 3. Was ist Ihr höchster Bildungsabschluss?



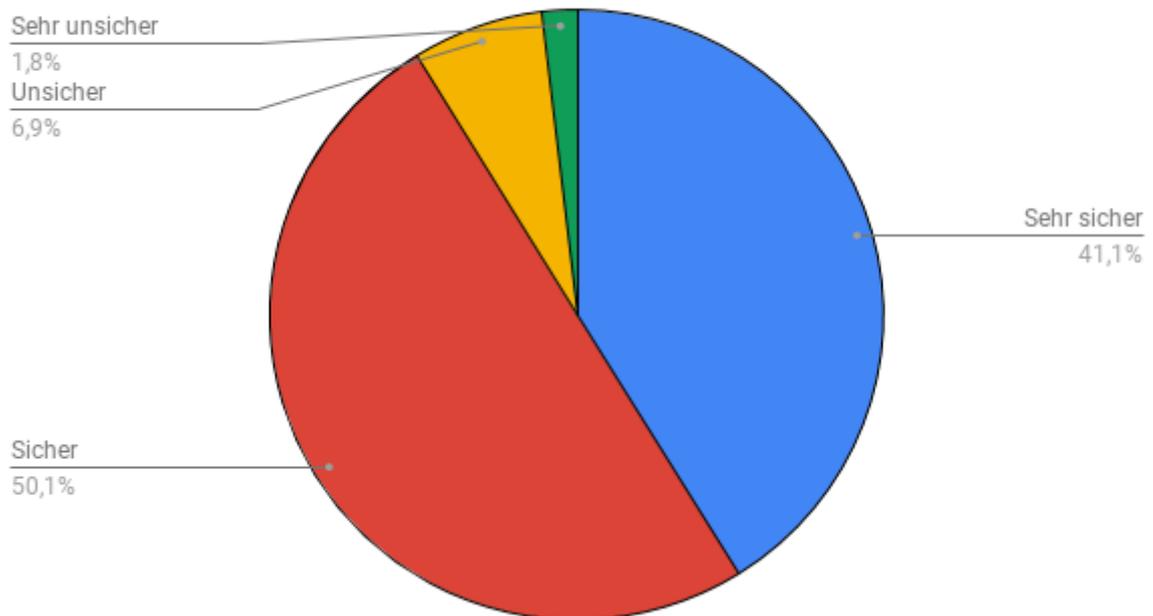
### 4. Welcher (beruflichen) Tätigkeit gehen Sie derzeit hauptsächlich nach?



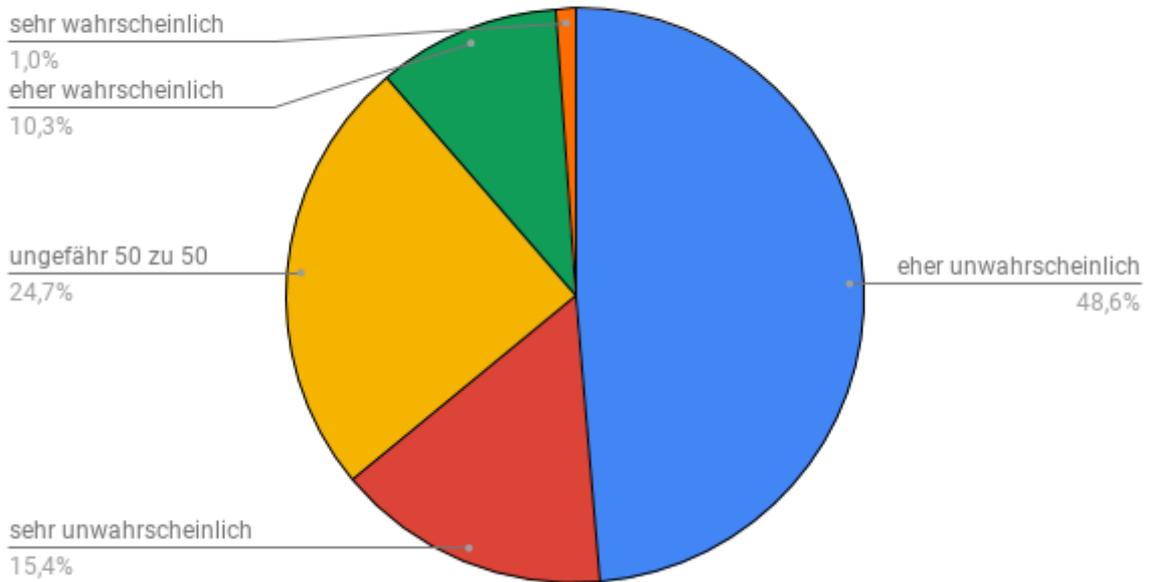
5. Österreich ist in den letzten 5 Jahren...



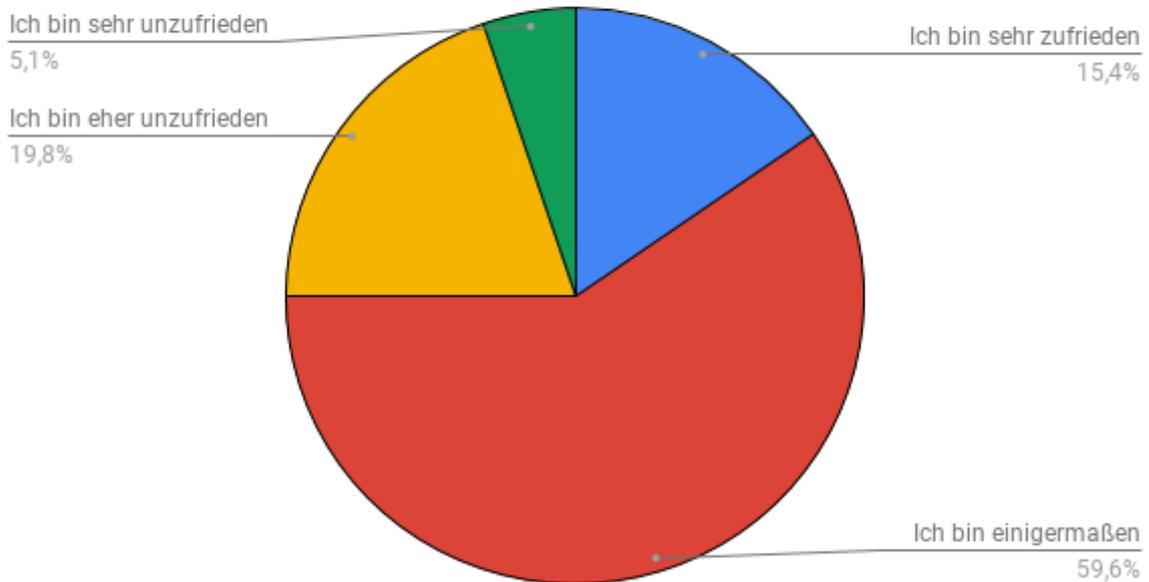
6. Wie sicher fühlen Sie sich in Österreich?



7. Für wie wahrscheinlich halten Sie es, dass Österreich in Zukunft Ziel von Terroranschlägen sein wird?



9. Haben Sie den Eindruck, dass die österreichische Bundesregierung insgesamt genug für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger unternimmt?



**8. Wie besorgt sind Sie, dass der Staat folgende Bereiche ihres alltäglichen Lebens überwachen kann? [E-Mail Nachrichten]**

		Frequency	Percent	Valid Percent	Cumulative Percent
Valid	Besorgt	91	23,4	23,4	23,4
	Gar nicht besorgt	49	12,6	12,6	36,0
	Sehr besorgt	72	18,5	18,5	54,5
	Teilweise	85	21,9	21,9	76,3
	Wenig besorgt	92	23,7	23,7	100,0
	Total	389	100,0	100,0	

**8. Wie besorgt sind Sie, dass der Staat folgende Bereiche ihres alltäglichen Lebens überwachen kann? [Websiteverlauf]**

		Frequency	Percent	Valid Percent	Cumulative Percent
Valid	Besorgt	95	24,4	24,4	24,4
	Gar nicht besorgt	46	11,8	11,8	36,2
	Sehr besorgt	100	25,7	25,7	62,0
	Teilweise	84	21,6	21,6	83,5
	Wenig besorgt	64	16,5	16,5	100,0
	Total	389	100,0	100,0	

**8. Wie besorgt sind Sie, dass der Staat folgende Bereiche ihres alltäglichen Lebens überwachen kann? [Telefongespräche]**

		Frequency	Percent	Valid Percent	Cumulative Percent
Valid	Besorgt	91	23,4	23,4	23,4
	Gar nicht besorgt	41	10,5	10,5	33,9
	Sehr besorgt	96	24,7	24,7	58,6
	Teilweise	76	19,5	19,5	78,1
	Wenig besorgt	85	21,9	21,9	100,0
	Total	389	100,0	100,0	

**8. Wie besorgt sind Sie, dass der Staat folgende Bereiche ihres alltäglichen Lebens überwachen kann? [Details über Ortsdaten]**

		Frequency	Percent	Valid Percent	Cumulative Percent
Valid	Besorgt	99	25,4	25,4	25,4
	Gar nicht besorgt	38	9,8	9,8	35,2
	Sehr besorgt	131	33,7	33,7	68,9
	Teilweise	67	17,2	17,2	86,1
	Wenig besorgt	54	13,9	13,9	100,0
	Total	389	100,0	100,0	

**8. Wie besorgt sind Sie, dass der Staat folgende Bereiche ihres alltäglichen Lebens überwachen kann? [Textnachrichten (SMS, Whatsapp, Viber etc.)]**

		Frequency	Percent	Valid Percent	Cumulative Percent
Valid	Besorgt	93	23,9	23,9	23,9
	Gar nicht besorgt	37	9,5	9,5	33,4
	Sehr besorgt	118	30,3	30,3	63,8
	Teilweise	87	22,4	22,4	86,1
	Wenig besorgt	54	13,9	13,9	100,0
	Total	389	100,0	100,0	

**8. Wie besorgt sind Sie, dass der Staat folgende Bereiche ihres alltäglichen Lebens überwachen kann? [Social Media Profile]**

		Frequency	Percent	Valid Percent	Cumulative Percent
Valid	Besorgt	98	25,2	25,2	25,2
	Gar nicht besorgt	46	11,8	11,8	37,0
	Sehr besorgt	104	26,7	26,7	63,8
	Teilweise	79	20,3	20,3	84,1
	Wenig besorgt	62	15,9	15,9	100,0
	Total	389	100,0	100,0	

**8. Wie besorgt sind Sie, dass der Staat folgende Bereiche ihres alltäglichen Lebens überwachen kann? [Anrufliste und Kontaktliste]**

		Frequency	Percent	Valid Percent	Cumulative Percent
Valid	Besorgt	79	20,3	20,3	20,3
	Gar nicht besorgt	55	14,1	14,1	34,4
	Sehr besorgt	79	20,3	20,3	54,8
	Teilweise	83	21,3	21,3	76,1
	Wenig besorgt	93	23,9	23,9	100,0
	Total	389	100,0	100,0	

**8. Wie besorgt sind Sie, dass der Staat folgende Bereiche ihres alltäglichen Lebens überwachen kann? [Suchergebnisse in Suchmaschinen]**

		Frequency	Percent	Valid Percent	Cumulative Percent
Valid	Besorgt	94	24,2	24,2	24,2
	Gar nicht besorgt	46	11,8	11,8	36,0
	Sehr besorgt	107	27,5	27,5	63,5
	Teilweise	77	19,8	19,8	83,3
	Wenig besorgt	65	16,7	16,7	100,0
	Total	389	100,0	100,0	

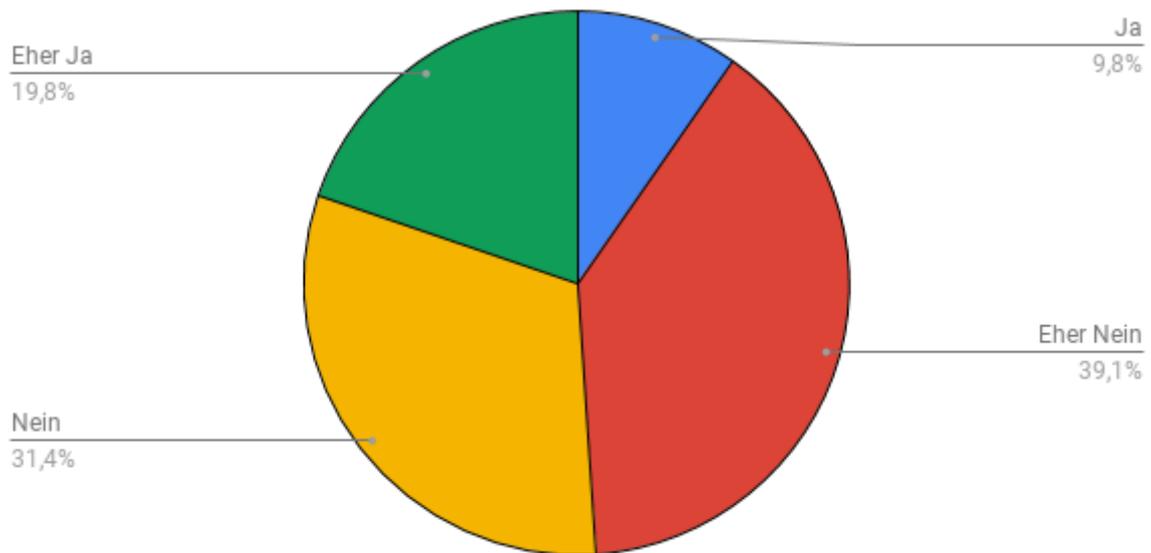
**8. Wie besorgt sind Sie, dass der Staat folgende Bereiche ihres alltäglichen Lebens überwachen kann? [Installierte Apps und Programme]**

		Frequency	Percent	Valid Percent	Cumulative Percent
Valid	Besorgt	69	17,7	17,7	17,7
	Gar nicht besorgt	60	15,4	15,4	33,2
	Sehr besorgt	84	21,6	21,6	54,8
	Teilweise	80	20,6	20,6	75,3
	Wenig besorgt	96	24,7	24,7	100,0
	Total	389	100,0	100,0	

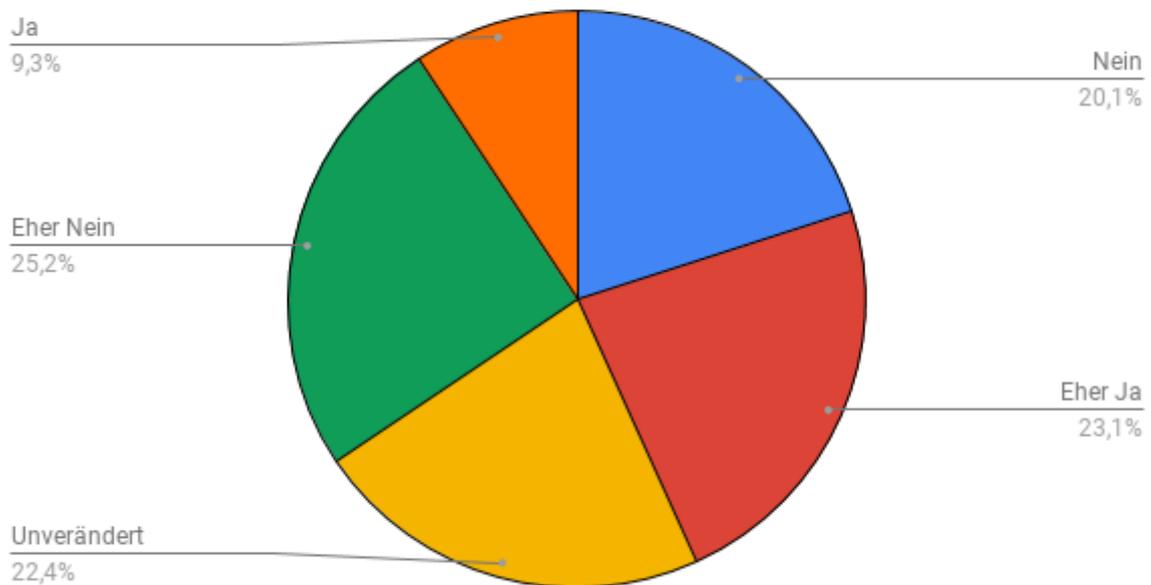
**8. Wie besorgt sind Sie, dass der Staat folgende Bereiche ihres alltäglichen Lebens überwachen kann? [Fotos]**

		Frequency	Percent	Valid Percent	Cumulative Percent
Valid	Besorgt	83	21,3	21,3	21,3
	Gar nicht besorgt	42	10,8	10,8	32,1
	Sehr besorgt	98	25,2	25,2	57,3
	Teilweise	79	20,3	20,3	77,6
	Wenig besorgt	87	22,4	22,4	100,0
	Total	389	100,0	100,0	

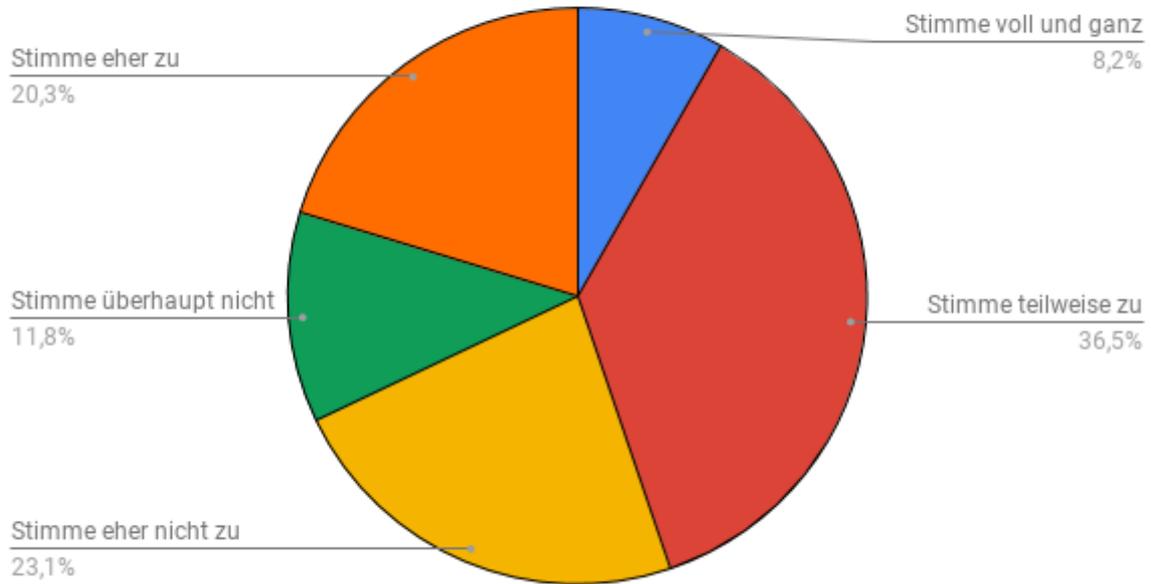
10. Sind Sie bereit eine Verschärfung der Überwachungsmaßnahmen zu akzeptieren, wenn diese zu mehr Sicherheit im Land führen könnte, auch wenn das bedeutet, dass dadurch Ihre Freiheitsrechte eingeschränkt werden?



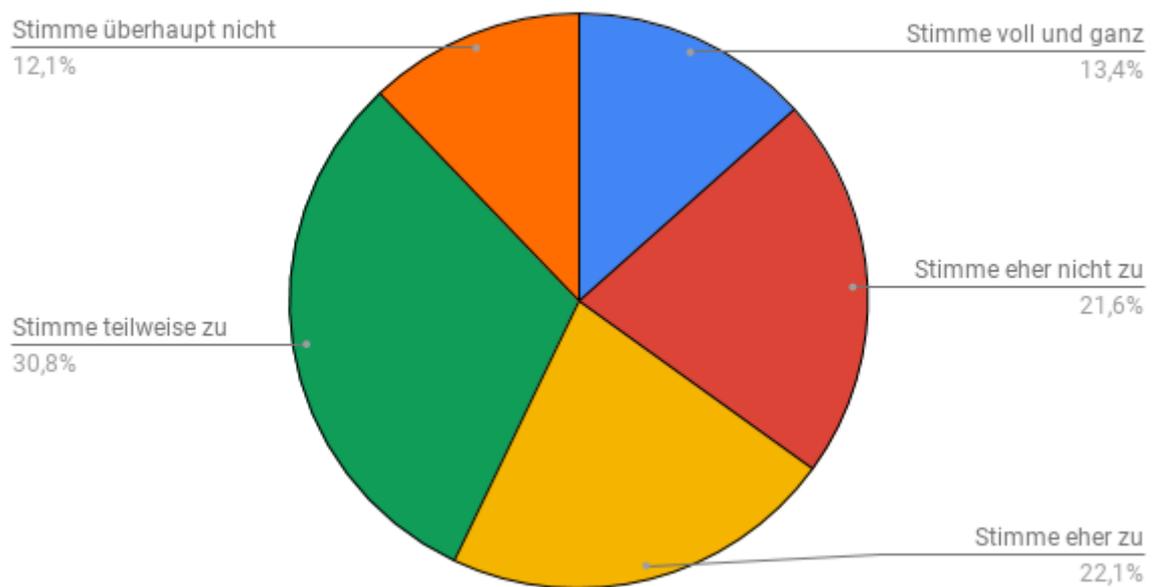
11. Hat sich aufgrund der Enthüllungen der letzten Jahre zur staatlichen Online-Überwachung von Internetnutzern Ihr Internetverhalten verändert?



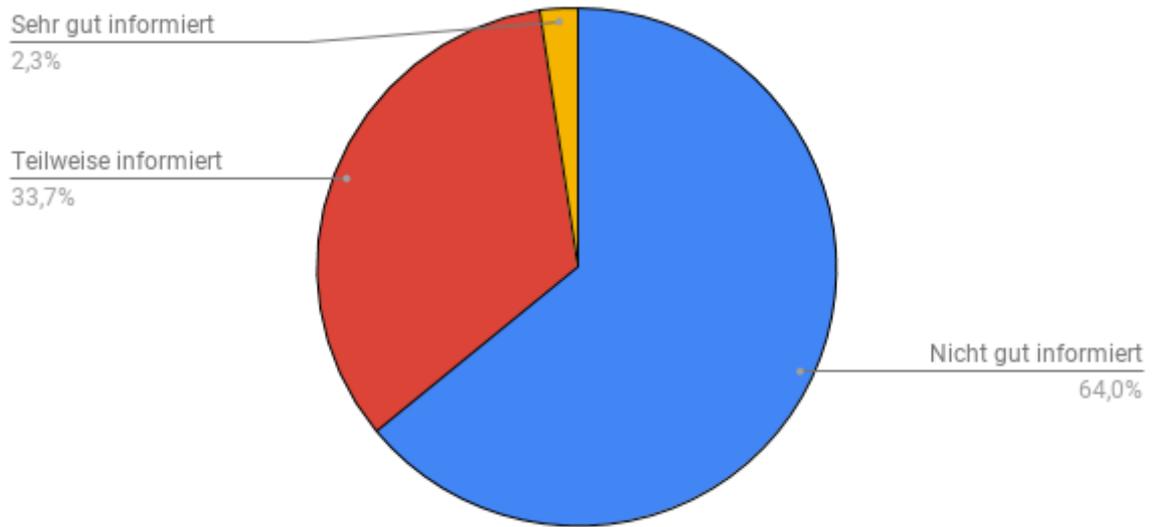
12. Betrachten Sie die Speicherung von personenbezogenen Daten und Verbindungsdaten als wirksames Mittel der Verbrechensbekämpfung bzw. im Kampf gegen den Terrorismus?



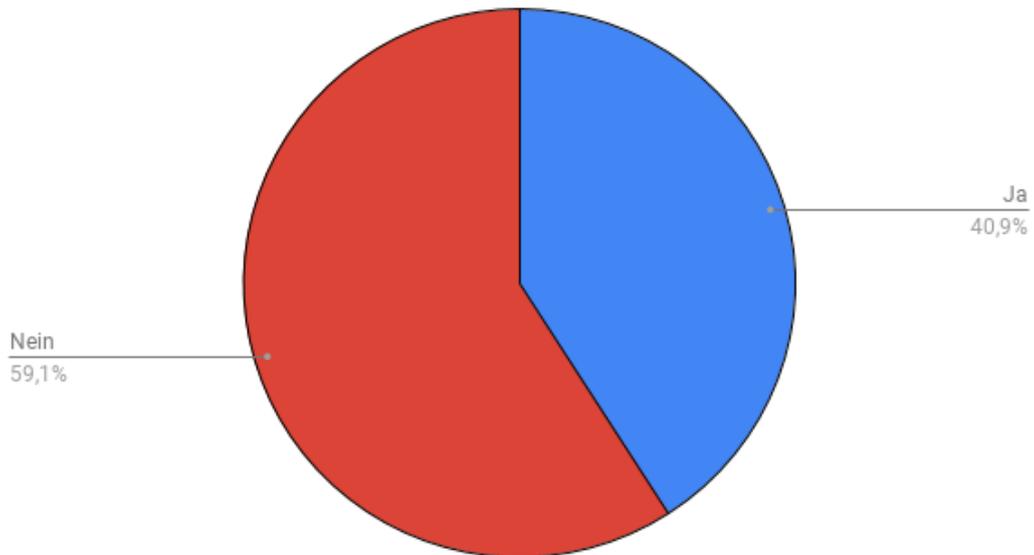
13. Aus Sicherheitsgründen sollten sich Menschen vor der Einreise nach Österreich einer mehrfachen Sicherheitsüberprüfung unterziehen.



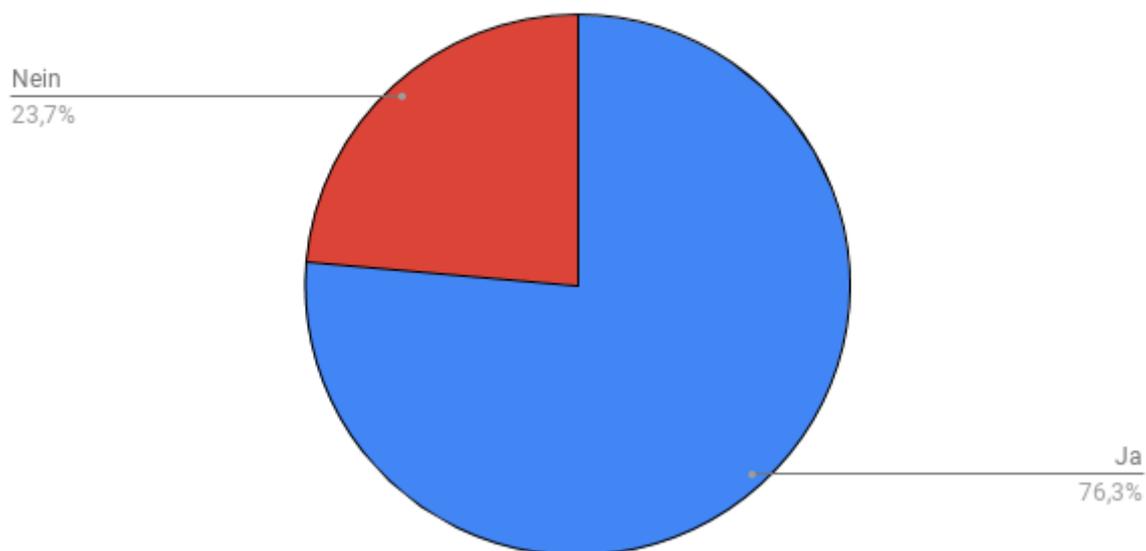
14. Am 20. April 2018 wurde von der Bundesregierung ein sogenanntes "Sicherheitspaket" im Nationalrat beschlossen. Im Juni 2018 sind die ersten Maßnahmen in Kraft getreten. Würden Sie von sich behaupten, dass Sie über dieses Thema ausreichend informiert sind?



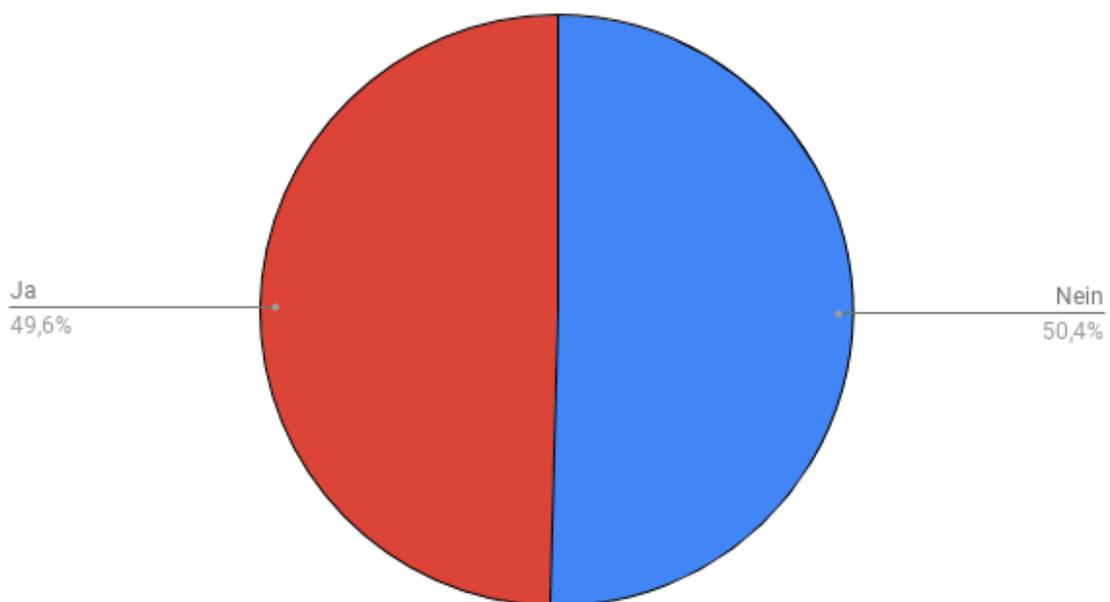
15. Kennen Sie aktuelle Überwachungstechnologien?



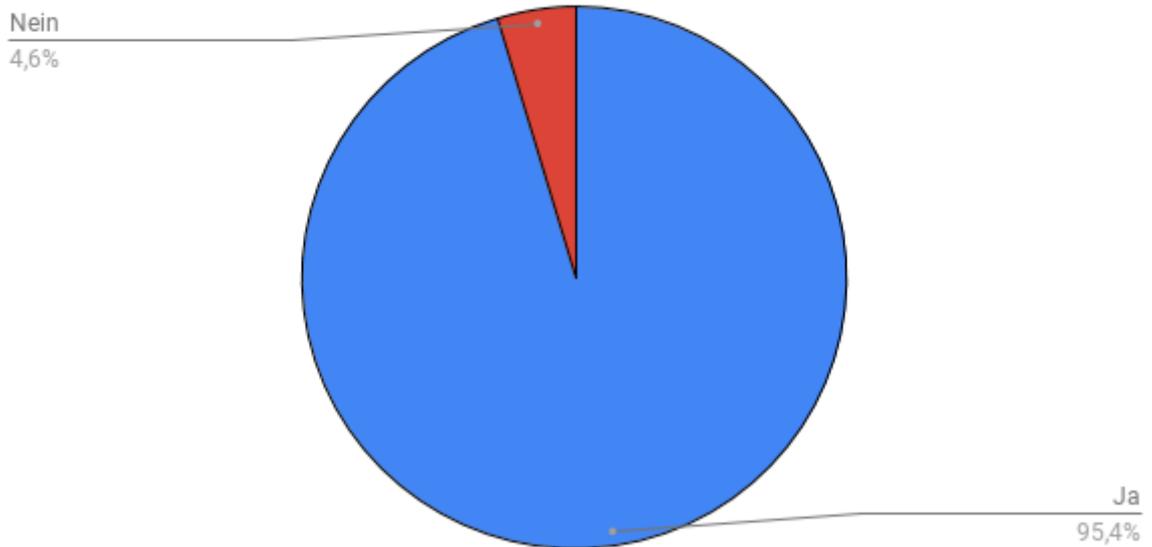
16. Haben Sie davon gehört, dass österreichische Behörden im Rahmen der Überwachung von potenziellen terroristischen Aktivitäten Ihre Mobil- und Internetkommunikation speichern und sammeln können?



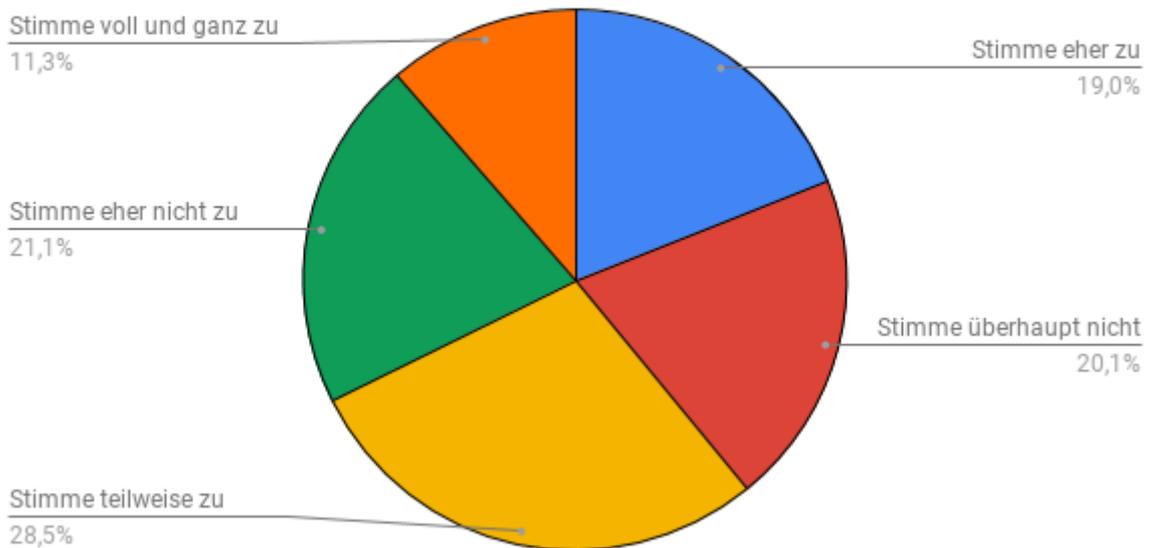
17. Denken Sie, dass Ihre Internet- und Telefonkommunikation überwacht wird?



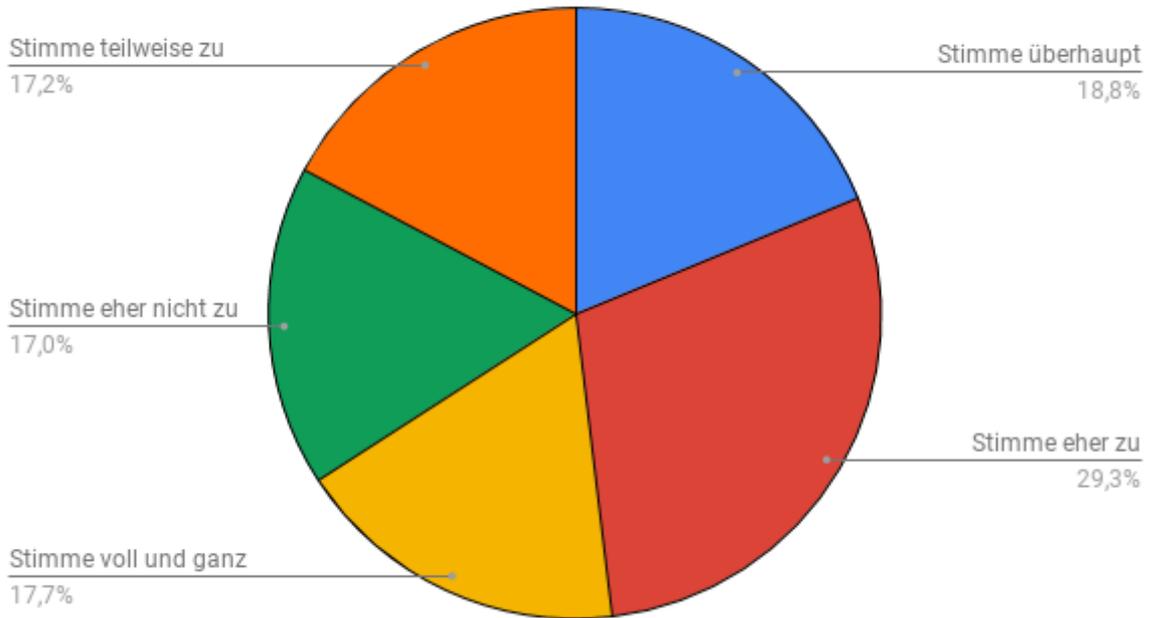
18. Denken Sie, dass Menschen aufgrund ihrer religiösen oder politischen Überzeugungen bzw. ihrer ethnischen Herkunft vergleichsweise öfter im Fokus von staatlichen Überwachungsmaßnahmen stehen?



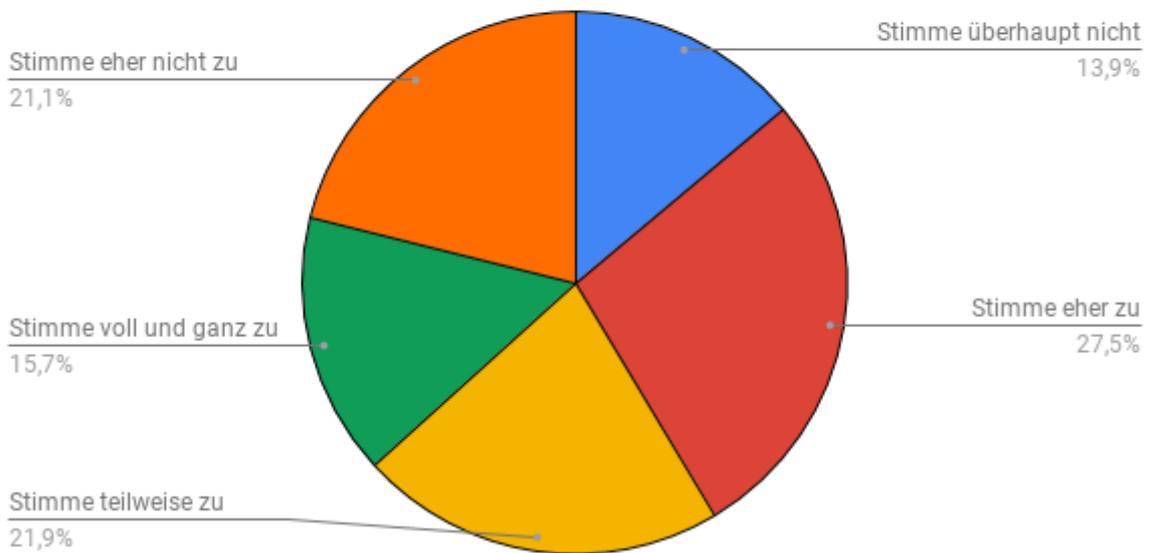
19. Personen oder Gruppen die der Staat als Sicherheitsbedrohung betrachtet, sollten bei akutem Verdacht nicht durch die Rechtsstaatlichkeit geschützt sein und vom Staat permanent überwacht werden.



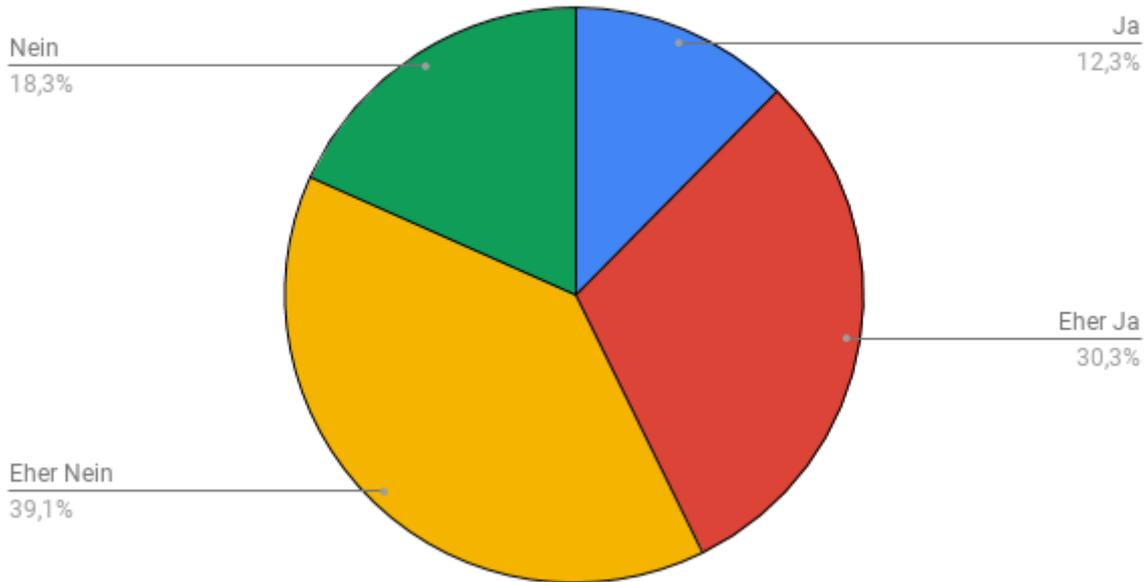
20. Gibt es Begriffe nach denen Sie im Internet nicht suchen würden?



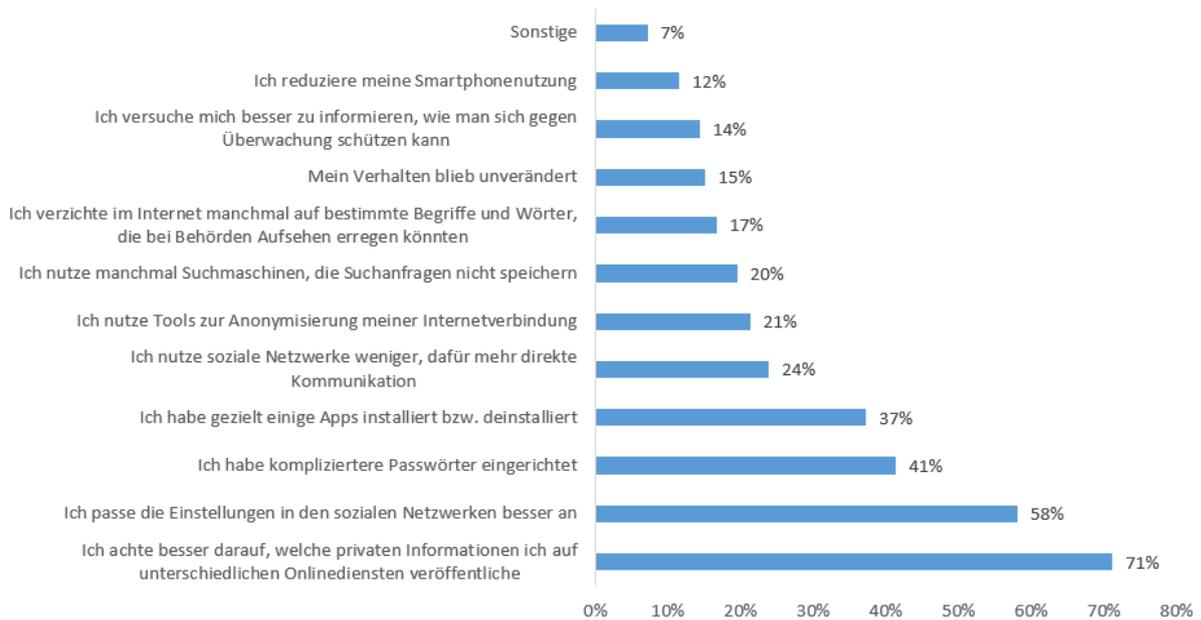
21. Sind Sie der Meinung, dass man im Internet nach bestimmten Begriffen nicht suchen sollte, da man sonst die Aufmerksamkeit von österreichischen Behörden auf sich lenken könnte?



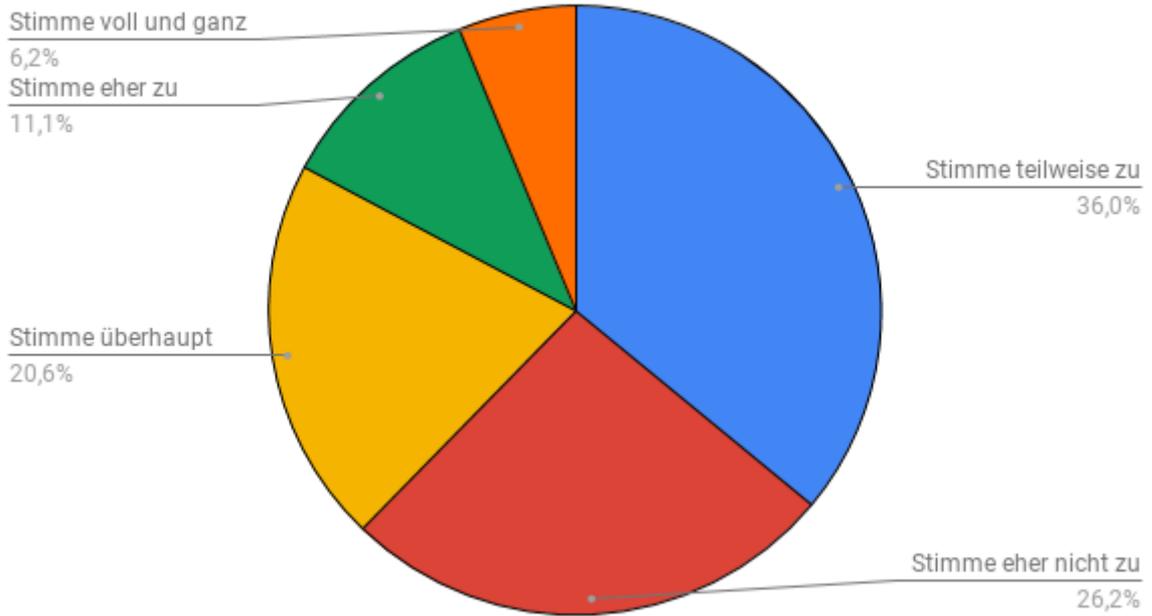
22. Würden Sie die Beratung über heikle Themen von sensiblen Beratungseinrichtungen per Handy, E-Mail oder Social Media in Anspruch nehmen?



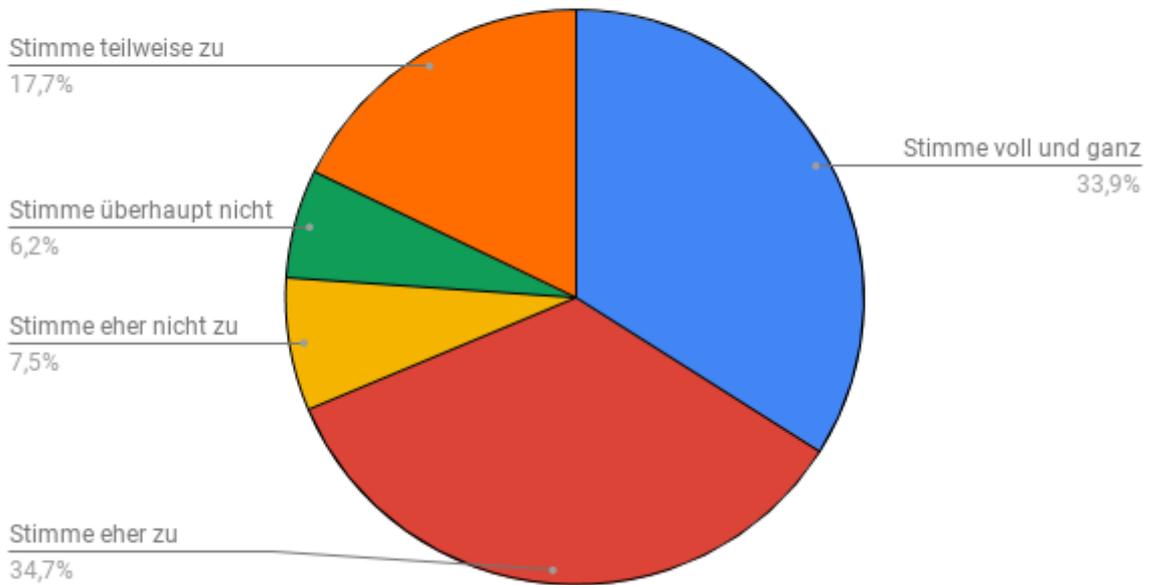
23. Inwiefern hat sich Ihre Internetnutzung in den letzten Jahren verändert?



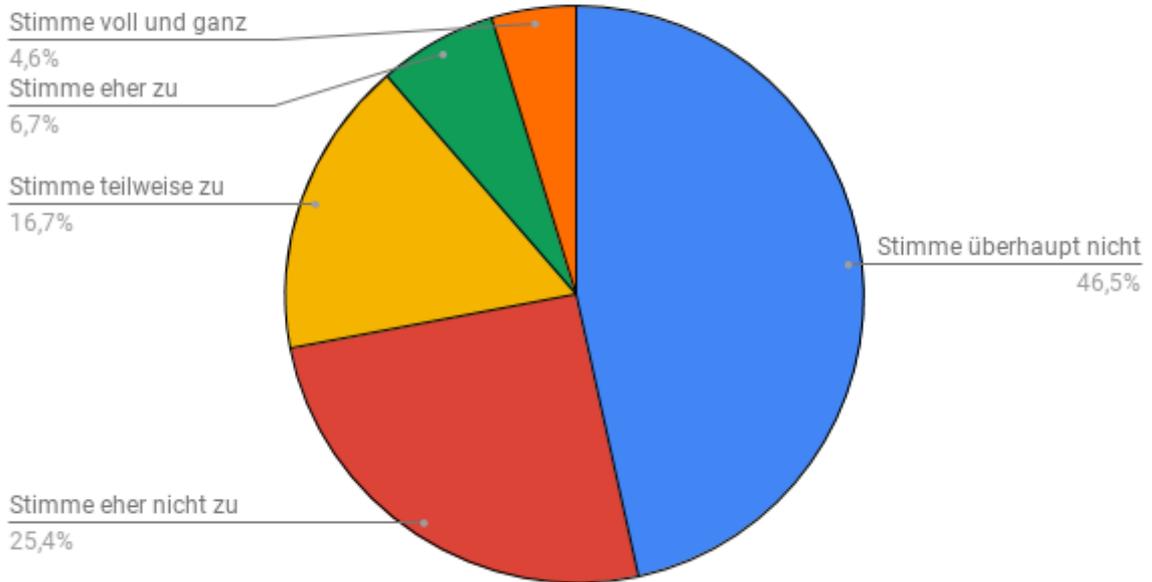
24. Mehr Überwachung durch den Staat bedeutet auch mehr Sicherheit.



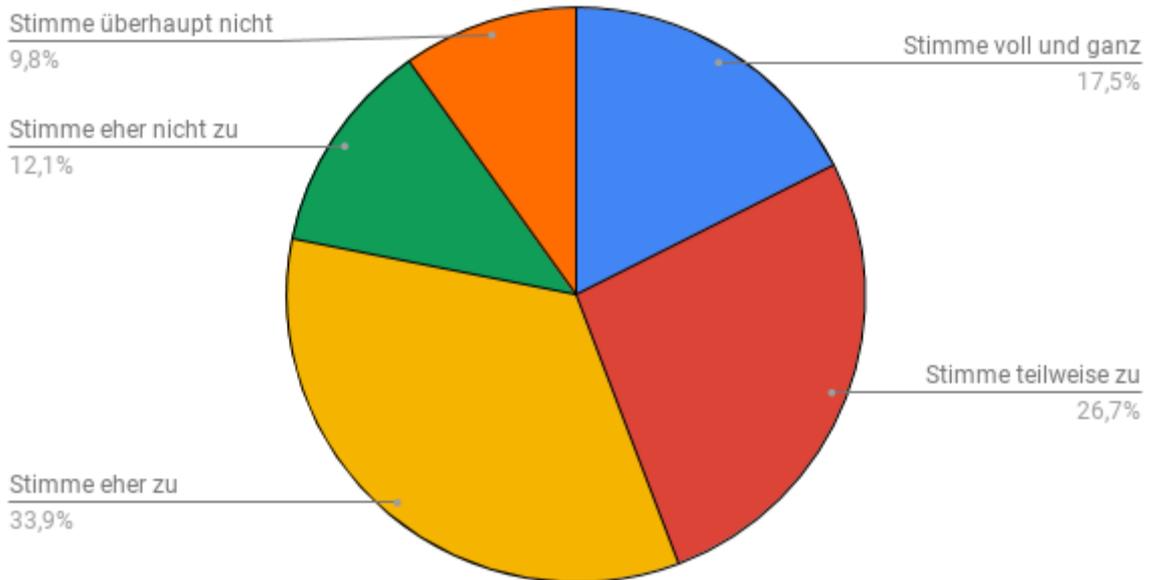
25. Einige Bevölkerungsgruppen sollten mehr überwacht werden als andere, da diese ein höheres Sicherheitsrisiko darstellen. [Gewalttäter, Kriminelle und Rechtsbrecher]



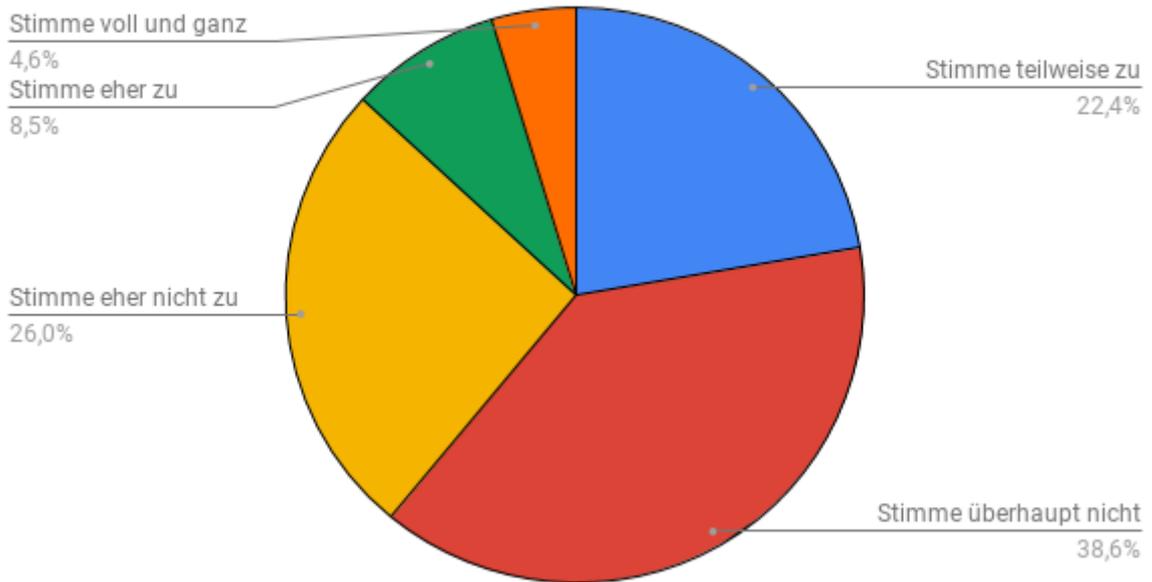
25. Einige Bevölkerungsgruppen sollten mehr überwacht werden als andere, da diese ein höheres Sicherheitsrisiko darstellen. [Migranten]



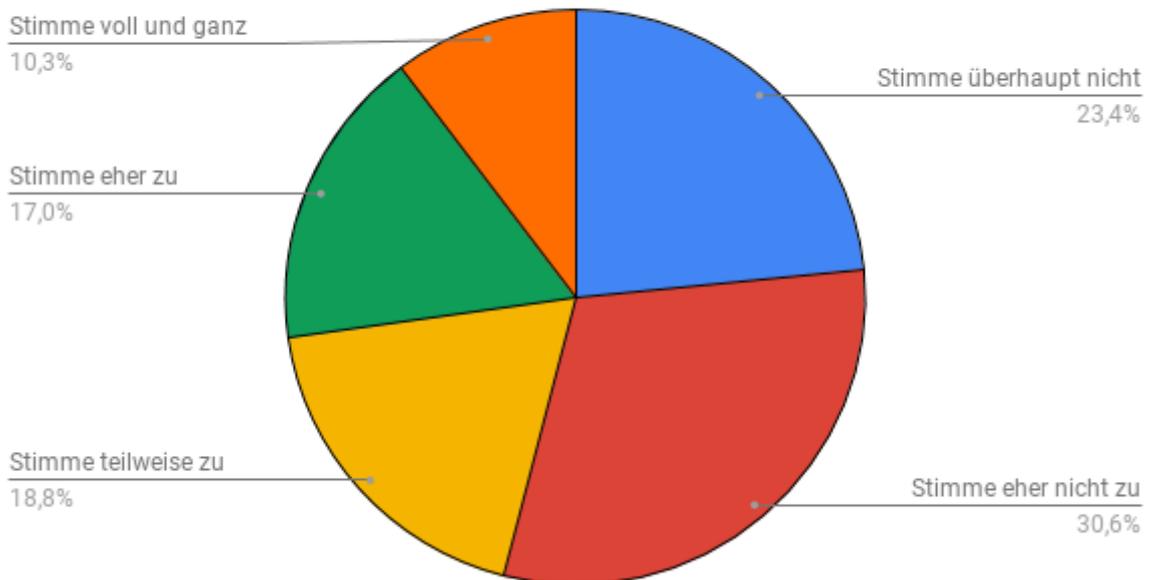
25. Einige Bevölkerungsgruppen sollten mehr überwacht werden als andere, da diese ein höheres Sicherheitsrisiko darstellen. [Links- bzw. Rechtsradikale]



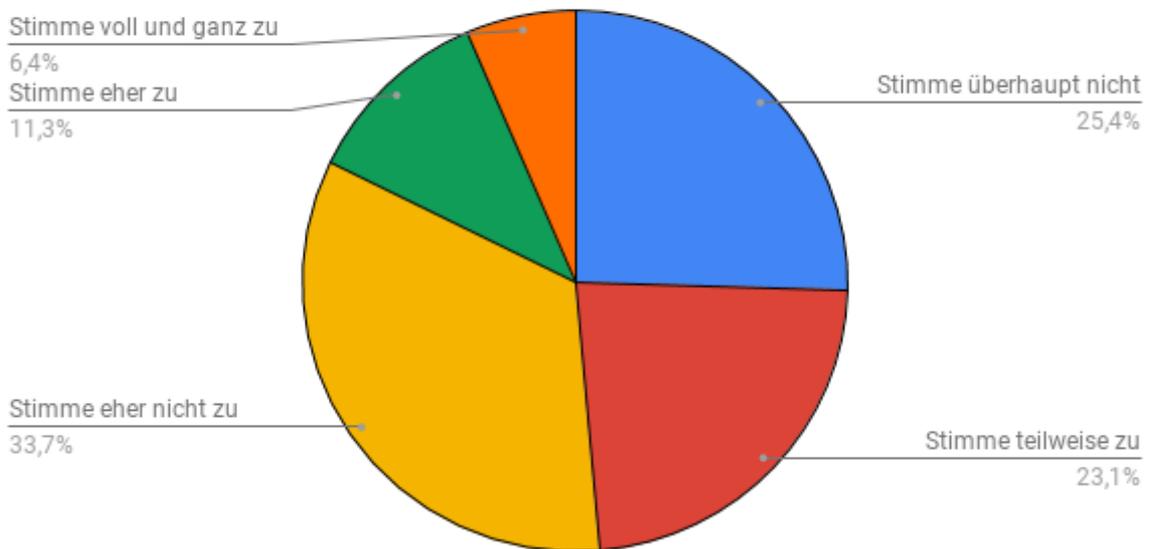
26. Staatliche Behörden sollten die Bürger präventiv überwachen, um die Sicherheit und Ordnung im Land zu gewährleisten.



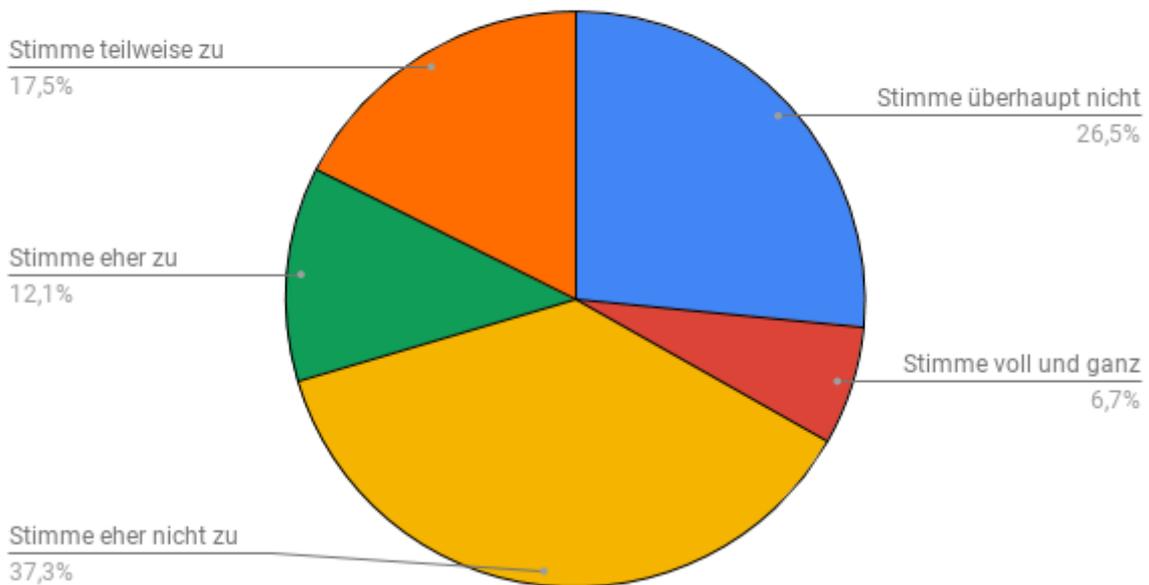
27. In der Öffentlichkeit achte ich verstärkt auf verdächtig aussehende Personen und Gegenstände.



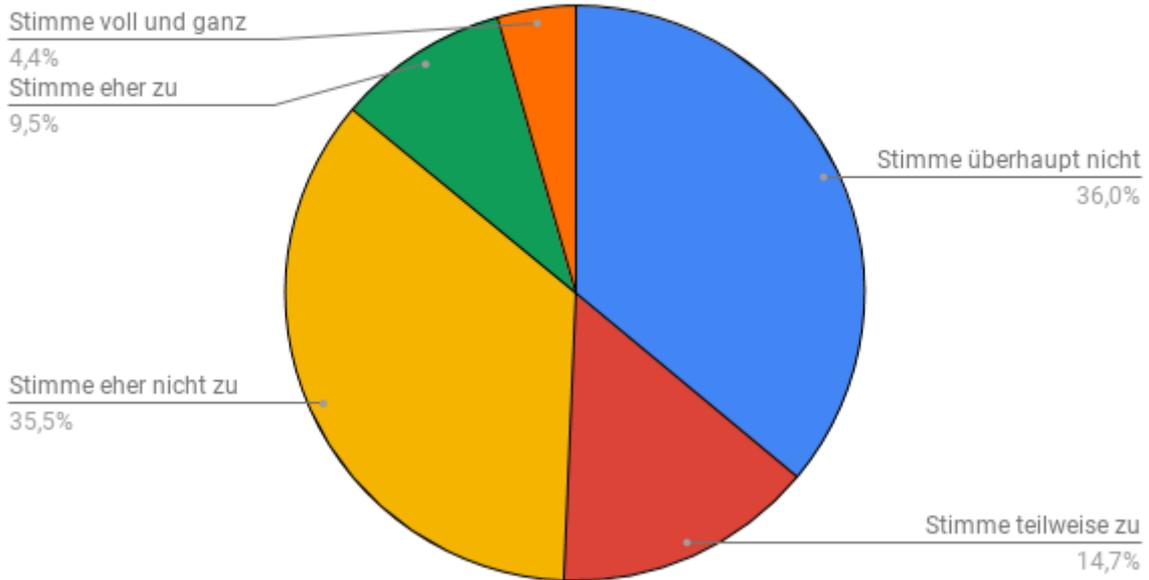
28. Aufgrund der Verschärfung der digitalen Überwachungsmaßnahmen durch den Staat bespreche ich heikle Themen nicht am Telefon oder überlege mir genau was ich im Internet suche oder teile.



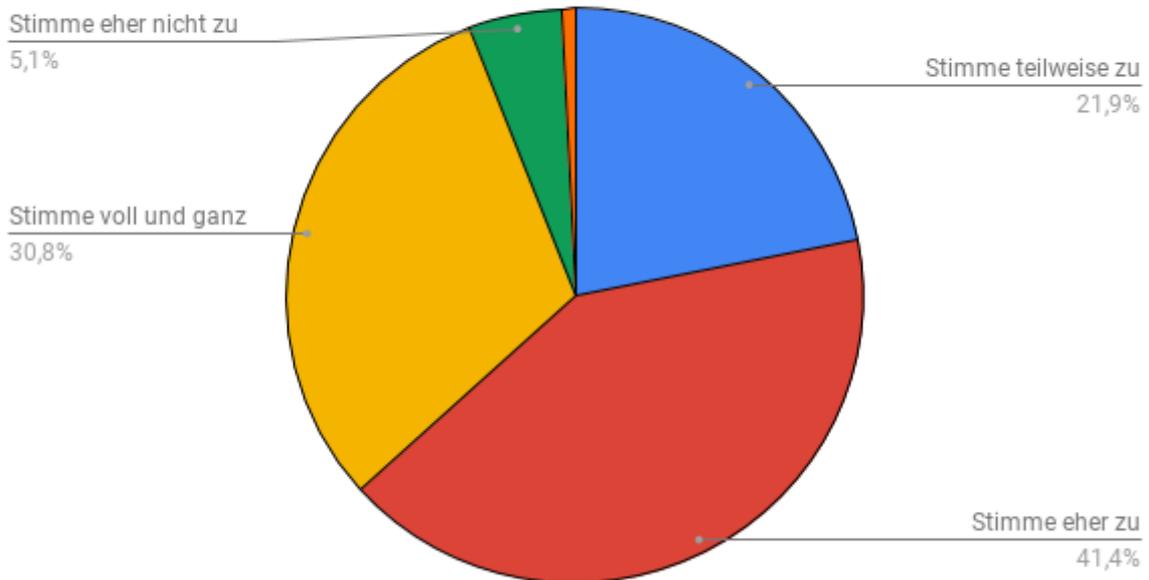
29. Sorgen Sie sich manchmal, dass Sie bei der Überwachung von Telekommunikation und Internet durch österreichische Behörden persönlich betroffen sein könnten?



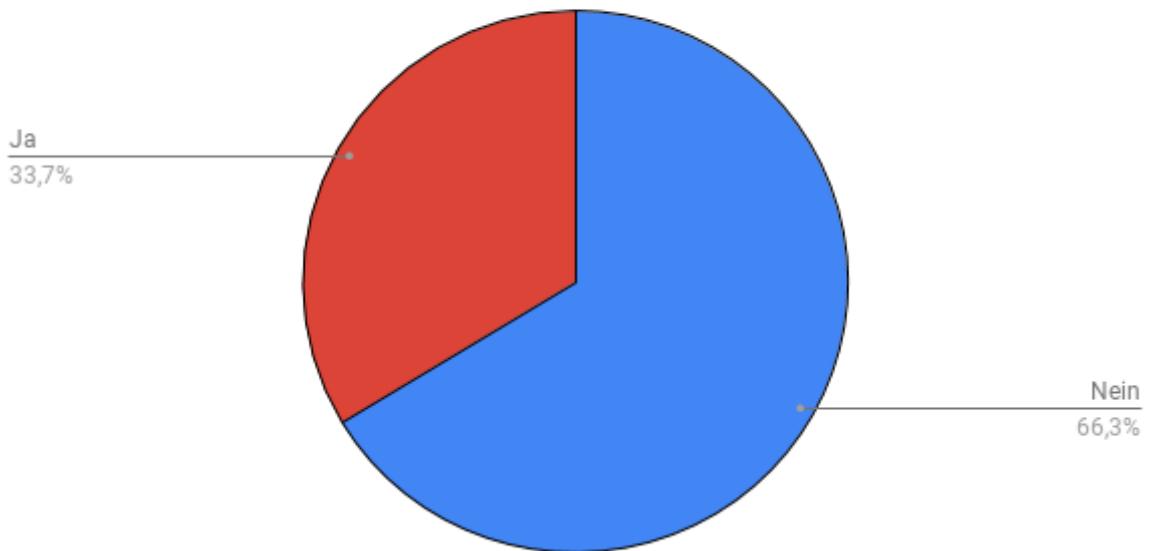
30. Wenn ich im Internet etwas suche oder mit jemandem kommuniziere, habe ich manchmal das Gefühl, dass mich jemand beobachtet.



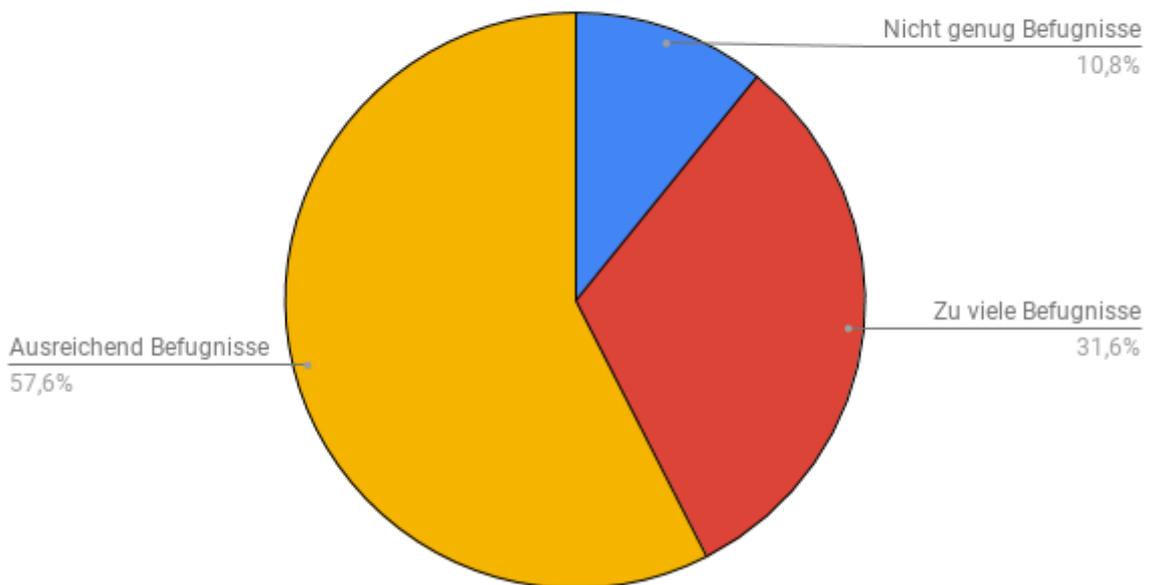
31. Aufgrund der technischen Entwicklungen ist davon auszugehen, dass der Staat die Bürgerinnen und Bürger in Zukunft immer öfter überwachen wird.



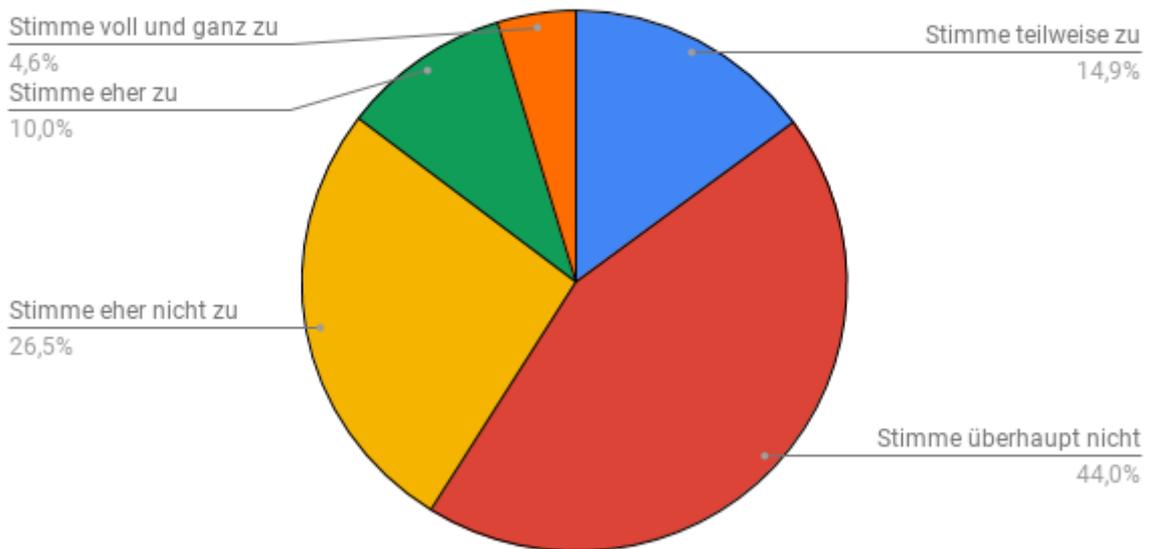
32. Gehen Sie davon aus, dass österreichische Behörden zumindest einmal im Jahr Ihre Internet- und Mobilfunkkommunikation angezapft und bei Ihnen mitgehört bzw. mitgelesen haben?



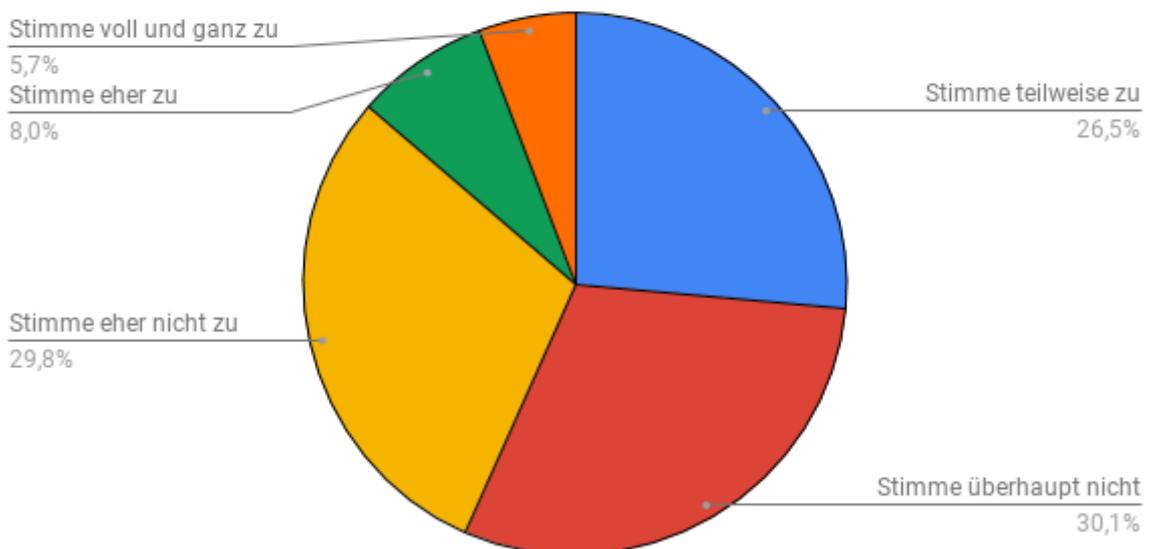
33. Sind Sie der Ansicht, dass die staatlichen Behörden in Österreich zu viele bzw. zu wenige Befugnisse haben die Bürger zu überwachen?



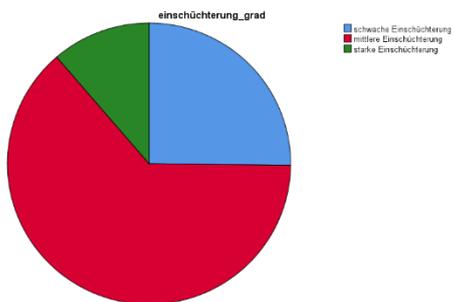
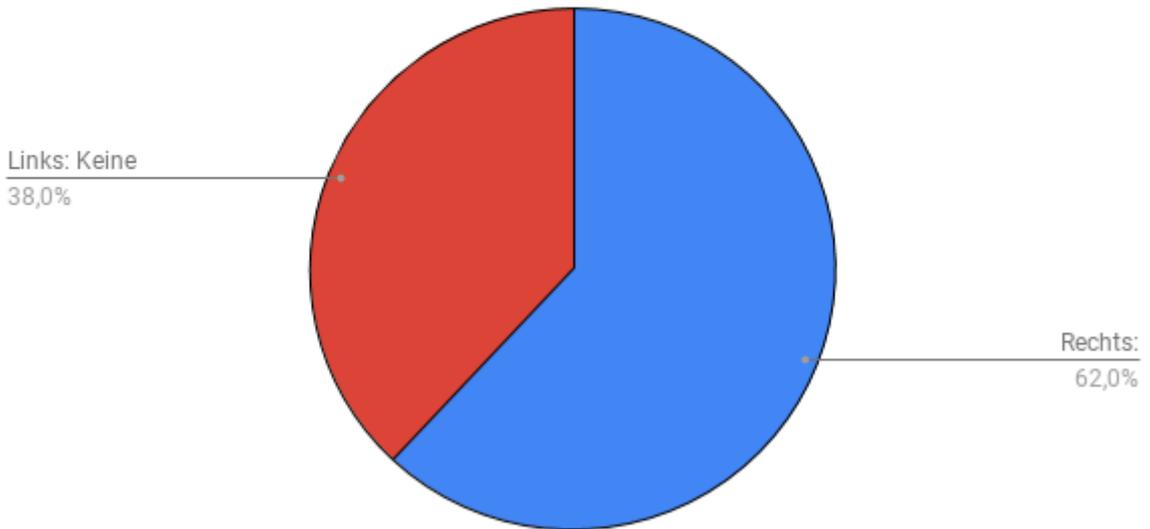
34. Befürworten Sie das Sammeln und Speichern personenbezogener Daten und Verbindungsdaten, ohne einen konkreten Verdacht auf strafbare Handlungen? („Vorratsdatenspeicherung“)



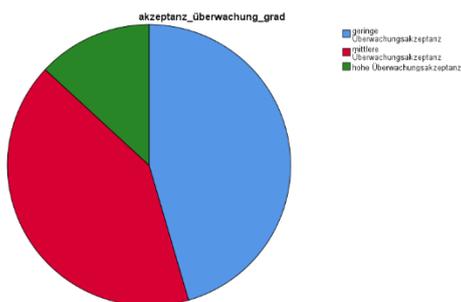
35. Kommunikationsprogramme wie Whatsapp, Viber (oder ähnliches) sollten vom Staat überwacht werden können, da dadurch kriminelle Handlungen frühzeitig vermieden werden können.



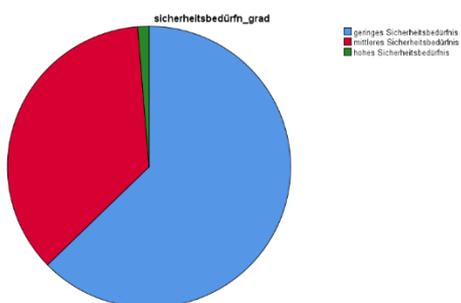
36. Stellen Sie sich vor, Sie fahren jeden Tag zu Arbeit und müssen durch diese Bahnhofseingänge. Links befindet sich der Eingang ohne Gesichtserkennung und kostenpflichtiger Fahrt. Rechts befindet sich der Eingang mit Gesichtserkennung und kostenloser Fahrt. Welchen Bahnhofseingang wählen Sie?



einschüchterung_grad				
		Frequency	Percent	Cumulative Percent
Valid	schwache Einschüchterung	98	25,2	25,2
	mittlere Einschüchterung	247	63,5	88,7
	starke Einschüchterung	44	11,3	100,0
	Total	389	100,0	100,0

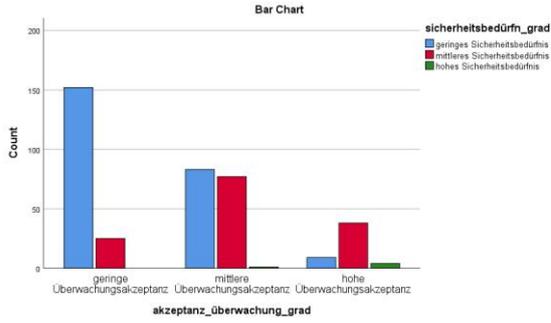


akzeptanz_überwachung_grad				
		Frequency	Percent	Cumulative Percent
Valid	geringe Überwachungsakzeptanz	177	45,5	45,5
	mittlere Überwachungsakzeptanz	161	41,4	86,9
	hohe Überwachungsakzeptanz	51	13,1	100,0
	Total	389	100,0	100,0



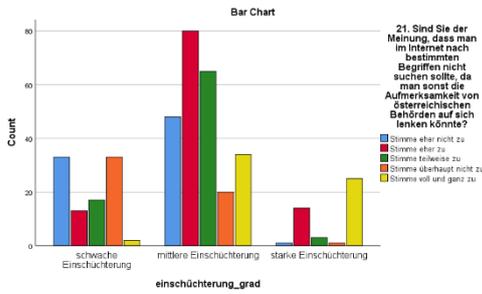
sicherheitsbedürfn_grad				
		Frequency	Percent	Cumulative Percent
Valid	geringes Sicherheitsbedürfnis	244	62,7	62,7
	mittleres Sicherheitsbedürfnis	140	36,0	98,7
	hohes Sicherheitsbedürfnis	5	1,3	100,0
	Total	389	100,0	100,0

9



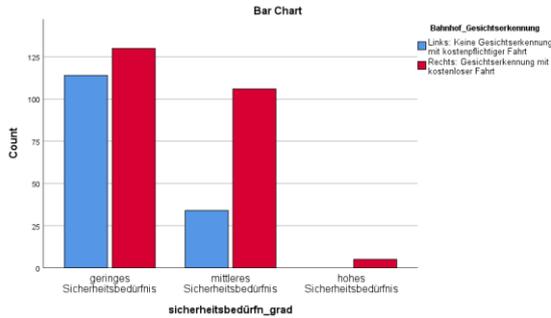
**akzeptanz\_überwachung\_grad \* sicherheitsbedürfnis\_grad Crosstabulation**

		sicherheitsbedürfnis_grad			Total	
		geringes Sicherheitsbedürfnis	mittleres Sicherheitsbedürfnis	hohes Sicherheitsbedürfnis		
akzeptanz_überwachung_grad	geringe Überwachungsakzeptanz	Count	152	25	0	177
		% of Total	39,1%	6,4%	0,0%	45,5%
	mittlere Überwachungsakzeptanz	Count	83	77	1	161
	% of Total	21,3%	19,8%	0,3%	41,4%	
hohe Überwachungsakzeptanz	Count	9	38	4	51	
	% of Total	2,3%	9,8%	1,0%	13,1%	
Total	Count	244	140	5	389	
	% of Total	62,7%	36,0%	1,3%	100,0%	



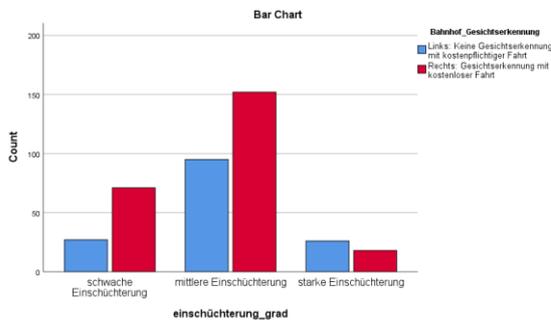
**einschüchterung\_grad \* 21. Sind Sie der Meinung, dass man im Internet nach bestimmten Begriffen nicht suchen sollte, da man sonst die Aufmerksamkeit von österreichischen Behörden auf sich lenken könnte? Crosstabulation**

		21. Sind Sie der Meinung, dass man im Internet nach bestimmten Begriffen nicht suchen sollte, da man sonst die Aufmerksamkeit von österreichischen Behörden auf sich lenken könnte?					Total	
		Stimme eher nicht zu	Stimme eher zu	Stimme teilweise zu	Stimme überhaupt nicht zu	Stimme voll und ganz zu		
einschüchterung_grad	schwache Einschüchterung	Count	33	13	17	33	2	99
		% of Total	6,5%	3,3%	4,4%	8,5%	0,5%	25,2%
	mittlere Einschüchterung	Count	48	80	65	20	34	247
	% of Total	12,3%	20,8%	16,7%	5,1%	8,7%	63,5%	
starke Einschüchterung	Count	1	14	3	1	25	44	
	% of Total	0,3%	3,6%	0,8%	0,3%	6,4%	11,3%	
Total	Count	82	107	85	54	61	389	
	% of Total	21,1%	27,5%	21,9%	13,9%	15,7%	100,0%	



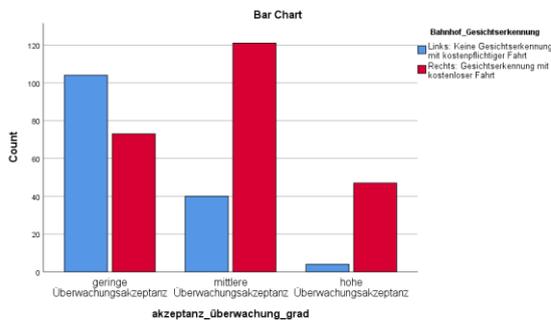
**sicherheitsbedürfnis\_grad \* Bahnhof\_Gesichtserkennung Crosstabulation**

		Bahnhof_Gesichtserkennung		Total	
		Links: Keine Gesichtserkennung mit kostenpflichtiger Fahrt	Rechts: Gesichtserkennung mit kostenloser Fahrt		
sicherheitsbedürfnis_grad	geringes Sicherheitsbedürfnis	Count	114	130	244
		% of Total	29,3%	33,4%	62,7%
	mittleres Sicherheitsbedürfnis	Count	34	106	140
	% of Total	8,7%	27,2%	36,0%	
hohes Sicherheitsbedürfnis	Count	0	5	5	
	% of Total	0,0%	1,3%	1,3%	
Total	Count	148	241	389	
	% of Total	38,0%	62,0%	100,0%	



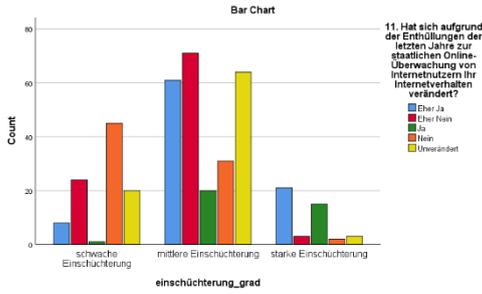
**einschüchterung\_grad \* Bahnhof\_Gesichtserkennung Crosstabulation**

		Bahnhof_Gesichtserkennung		Total	
		Links: Keine Gesichtserkennung mit kostenpflichtiger Fahrt	Rechts: Gesichtserkennung mit kostenloser Fahrt		
einschüchterung_grad	schwache Einschüchterung	Count	27	71	98
		% of Total	6,9%	18,3%	25,2%
	mittlere Einschüchterung	Count	95	152	247
	% of Total	24,4%	39,1%	63,5%	
starke Einschüchterung	Count	26	18	44	
	% of Total	6,7%	4,6%	11,3%	
Total	Count	148	241	389	
	% of Total	38,0%	62,0%	100,0%	



**akzeptanz\_überwachung\_grad \* Bahnhof\_Gesichtserkennung Crosstabulation**

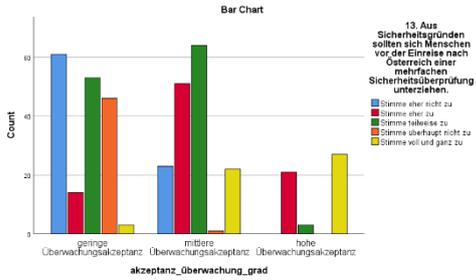
		Bahnhof_Gesichtserkennung		Total	
		Links: Keine Gesichtserkennung mit kostenpflichtiger Fahrt	Rechts: Gesichtserkennung mit kostenloser Fahrt		
akzeptanz_überwachung_grad	geringe Überwachungsakzeptanz	Count	104	73	177
		% of Total	26,7%	18,8%	45,5%
	mittlere Überwachungsakzeptanz	Count	40	121	161
	% of Total	10,3%	31,1%	41,4%	
hohe Überwachungsakzeptanz	Count	4	47	51	
	% of Total	1,0%	12,1%	13,1%	
Total	Count	148	241	389	
	% of Total	38,0%	62,0%	100,0%	



**einschüchterung\_grad \* 11. Hat sich aufgrund der Enthüllungen der letzten Jahre zur staatlichen Online-Überwachung von Internetnutzern ihr Internetverhalten verändert? Crosstabulation**

11. Hat sich aufgrund der Enthüllungen der letzten Jahre zur staatlichen Online-Überwachung von Internetnutzern ihr Internetverhalten verändert?

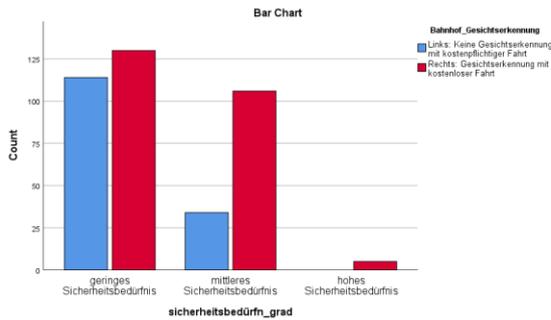
		Eher Ja	Eher Nein	Ja	Nein	Unverändert	Total	
einschüchterung_grad	schwache Einschüchterung	Count	8	24	1	45	20	98
	% of Total	2,1%	6,2%	0,3%	11,6%	5,1%	25,2%	
mittlere Einschüchterung	Count	61	71	20	31	64	247	
	% of Total	15,7%	18,3%	5,1%	8,0%	16,5%	63,5%	
starke Einschüchterung	Count	21	3	15	2	3	44	
	% of Total	5,4%	0,8%	3,9%	0,5%	0,6%	11,3%	
Total		Count	90	98	36	78	87	389
		% of Total	23,1%	25,2%	9,3%	20,1%	22,4%	100,0%



**akzeptanz\_überwachung\_grad \* 13. Aus Sicherheitsgründen sollten sich Menschen vor der Einreise nach Österreich einer mehrfachen Sicherheitsüberprüfung unterziehen. Crosstabulation**

13. Aus Sicherheitsgründen sollten sich Menschen vor der Einreise nach Österreich einer mehrfachen Sicherheitsüberprüfung unterziehen.

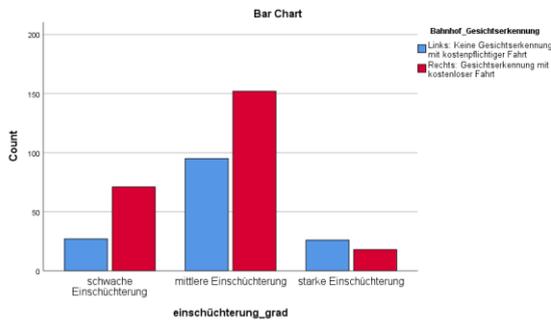
		Stimme eher nicht zu	Stimme eher zu	Stimme teilweise zu	Stimme überhaupt nicht zu	Stimme voll und ganz zu	Total	
akzeptanz_überwachung_grad	geringe Überwachungsakzeptanz	Count	61	14	53	46	3	177
	% of Total	15,7%	3,6%	13,6%	11,8%	0,8%	45,5%	
mittlere Überwachungsakzeptanz	Count	23	51	64	1	22	161	
	% of Total	5,9%	13,1%	16,5%	0,3%	5,7%	41,4%	
hohe Überwachungsakzeptanz	Count	0	21	3	0	27	51	
	% of Total	0,0%	5,4%	0,8%	0,0%	6,9%	13,1%	
Total		Count	84	86	120	47	52	389
		% of Total	21,6%	22,1%	30,8%	12,1%	13,4%	100,0%



**sicherheitsbedürfn\_grad \* Bahnhof\_Gesichtserkennung Crosstabulation**

Bahnhof\_Gesichtserkennung

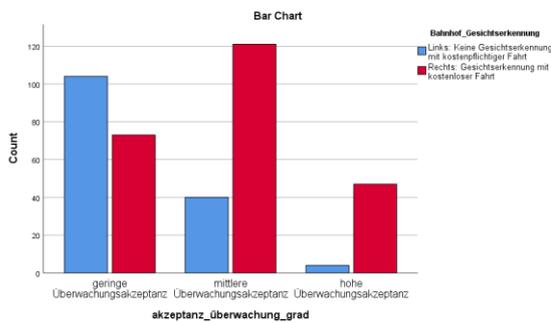
		Links: Keine Gesichtserkennung mit kostenpflichtiger Fahrt	Rechts: Gesichtserkennung mit kostenloser Fahrt	Total	
sicherheitsbedürfn_grad	geringes Sicherheitsbedürfnis	Count	114	130	244
	% of Total	29,3%	33,4%	62,7%	
mittleres Sicherheitsbedürfnis	Count	34	106	140	
	% of Total	8,7%	27,2%	36,0%	
hohes Sicherheitsbedürfnis	Count	0	5	5	
	% of Total	0,0%	1,3%	1,3%	
Total		Count	148	241	389
		% of Total	38,0%	62,0%	100,0%



**einschüchterung\_grad \* Bahnhof\_Gesichtserkennung Crosstabulation**

Bahnhof\_Gesichtserkennung

		Links: Keine Gesichtserkennung mit kostenpflichtiger Fahrt	Rechts: Gesichtserkennung mit kostenloser Fahrt	Total	
einschüchterung_grad	schwache Einschüchterung	Count	27	71	98
	% of Total	6,9%	18,3%	25,2%	
mittlere Einschüchterung	Count	95	152	247	
	% of Total	24,4%	39,1%	63,5%	
starke Einschüchterung	Count	26	18	44	
	% of Total	6,7%	4,6%	11,3%	
Total		Count	148	241	389
		% of Total	38,0%	62,0%	100,0%

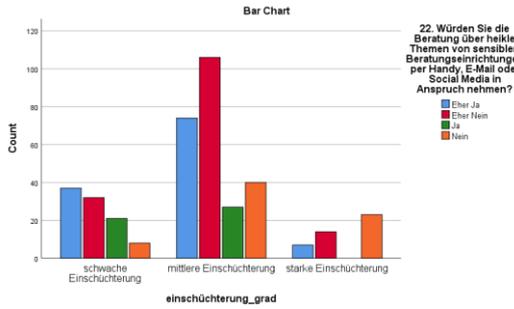


**akzeptanz\_überwachung\_grad \* Bahnhof\_Gesichtserkennung Crosstabulation**

Bahnhof\_Gesichtserkennung

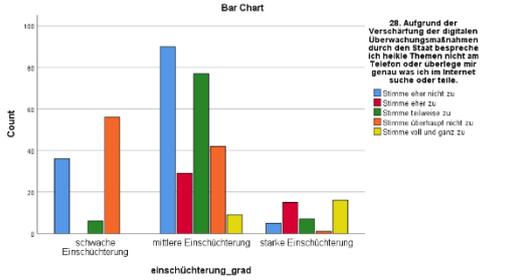
		Links: Keine Gesichtserkennung mit kostenpflichtiger Fahrt	Rechts: Gesichtserkennung mit kostenloser Fahrt	Total	
akzeptanz_überwachung_grad	geringe Überwachungsakzeptanz	Count	104	73	177
	% of Total	26,7%	18,8%	45,5%	
mittlere Überwachungsakzeptanz	Count	40	121	161	
	% of Total	10,3%	31,1%	41,4%	
hohe Überwachungsakzeptanz	Count	4	47	51	
	% of Total	1,0%	12,1%	13,1%	
Total		Count	148	241	389
		% of Total	38,0%	62,0%	100,0%

10



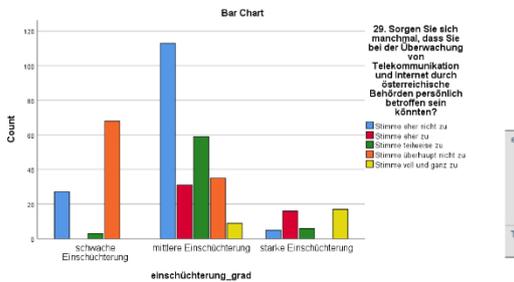
**einschüchterung\_grad \* 22. Würden Sie die Beratung über heikle Themen von sensiblen Beratungseinrichtungen per Handy, E-Mail oder Social Media in Anspruch nehmen? Crosstabulation**

		22. Würden Sie die Beratung über heikle Themen von sensiblen Beratungseinrichtungen per Handy, E-Mail oder Social Media in Anspruch nehmen?					
		Eher Ja	Eher Nein	Ja	Nein	Total	
einschüchterung_grad	schwache Einschüchterung	Count	37	32	21	8	98
		% of Total	9,5%	8,2%	5,4%	2,1%	25,2%
mittlere Einschüchterung	Count	74	108	27	40	247	
	% of Total	19,0%	27,2%	6,9%	10,3%	63,5%	
starke Einschüchterung	Count	7	14	0	23	44	
	% of Total	1,8%	3,6%	0,0%	5,9%	11,3%	
Total		Count	118	152	48	71	389
		% of Total	30,3%	39,1%	12,3%	18,3%	100,0%



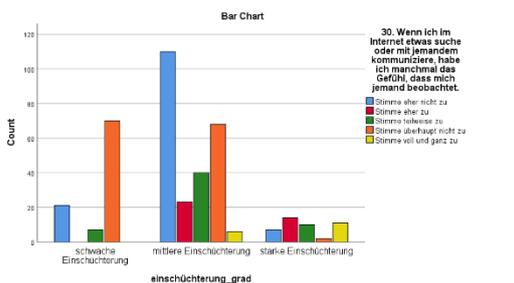
**einschüchterung\_grad \* 28. Aufgrund der Verschärfung der digitalen Überwachungsmaßnahmen durch den Staat bespreche ich heikle Themen nicht am Telefon oder überlege mir genau was ich im Internet suche oder teile. Crosstabulation**

		28. Aufgrund der Verschärfung der digitalen Überwachungsmaßnahmen durch den Staat bespreche ich heikle Themen nicht am Telefon oder überlege mir genau was ich im Internet suche oder teile.					Total	
		Stimme eher nicht zu	Stimme eher zu	Stimme teilweise zu	Stimme überhaupt nicht zu	Stimme voll und ganz zu		
einschüchterung_grad	schwache Einschüchterung	Count	36	0	6	56	0	98
		% of Total	9,3%	0,0%	1,5%	14,4%	0,0%	25,2%
mittlere Einschüchterung	Count	90	29	77	42	9	247	
	% of Total	23,1%	7,5%	19,8%	10,8%	2,3%	63,5%	
starke Einschüchterung	Count	5	15	7	1	16	44	
	% of Total	1,3%	3,9%	1,8%	0,3%	4,1%	11,3%	
Total		Count	131	44	90	99	25	389
		% of Total	33,7%	11,3%	23,1%	25,4%	6,4%	100,0%



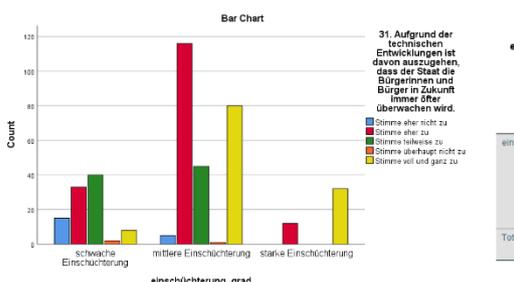
**einschüchterung\_grad \* 29. Sorgen Sie sich manchmal, dass Sie bei der Überwachung von Telekommunikation und Internet durch österreichische Behörden persönlich betroffen sein könnten? Crosstabulation**

		29. Sorgen Sie sich manchmal, dass Sie bei der Überwachung von Telekommunikation und Internet durch österreichische Behörden persönlich betroffen sein könnten?					Total	
		Stimme eher nicht zu	Stimme eher zu	Stimme teilweise zu	Stimme überhaupt nicht zu	Stimme voll und ganz zu		
einschüchterung_grad	schwache Einschüchterung	Count	27	0	3	68	0	98
		% of Total	6,9%	0,0%	0,8%	17,5%	0,0%	25,2%
mittlere Einschüchterung	Count	113	31	59	35	9	247	
	% of Total	29,0%	8,0%	15,2%	9,0%	2,3%	63,5%	
starke Einschüchterung	Count	5	16	6	0	17	44	
	% of Total	1,3%	4,1%	1,5%	0,0%	4,4%	11,3%	
Total		Count	145	47	68	103	26	389
		% of Total	37,3%	12,1%	17,5%	26,5%	6,7%	100,0%



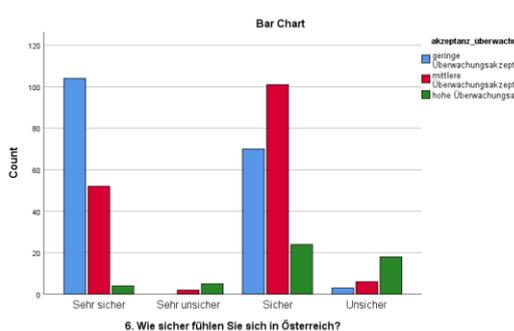
**einschüchterung\_grad \* 30. Wenn ich im Internet etwas suche oder mit jemandem kommuniziere, habe ich manchmal das Gefühl, dass mich jemand beobachtet. Crosstabulation**

		30. Wenn ich im Internet etwas suche oder mit jemandem kommuniziere, habe ich manchmal das Gefühl, dass mich jemand beobachtet.					Total	
		Stimme eher nicht zu	Stimme eher zu	Stimme teilweise zu	Stimme überhaupt nicht zu	Stimme voll und ganz zu		
einschüchterung_grad	schwache Einschüchterung	Count	21	0	7	70	0	98
		% of Total	5,4%	0,0%	1,8%	18,0%	0,0%	25,2%
mittlere Einschüchterung	Count	110	23	40	68	6	247	
	% of Total	28,3%	5,9%	10,3%	17,5%	1,5%	63,5%	
starke Einschüchterung	Count	7	14	10	2	11	44	
	% of Total	1,8%	3,6%	2,6%	0,5%	2,8%	11,3%	
Total		Count	138	37	57	140	17	389
		% of Total	35,5%	9,5%	14,7%	36,0%	4,4%	100,0%



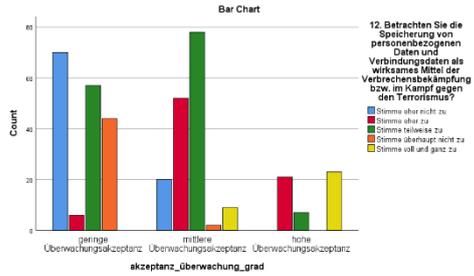
**einschüchterung\_grad \* 31. Aufgrund der technischen Entwicklungen ist davon auszugehen, dass der Staat die Bürgerinnen und Bürger in Zukunft immer öfter überwachen wird. Crosstabulation**

		31. Aufgrund der technischen Entwicklungen ist davon auszugehen, dass der Staat die Bürgerinnen und Bürger in Zukunft immer öfter überwachen wird.					Total	
		Stimme eher nicht zu	Stimme eher zu	Stimme teilweise zu	Stimme überhaupt nicht zu	Stimme voll und ganz zu		
einschüchterung_grad	schwache Einschüchterung	Count	15	33	40	2	8	98
		% of Total	3,9%	8,5%	10,3%	0,5%	2,1%	25,2%
mittlere Einschüchterung	Count	5	116	45	1	80	247	
	% of Total	1,3%	29,8%	11,6%	0,3%	20,6%	63,5%	
starke Einschüchterung	Count	0	12	0	0	32	44	
	% of Total	0,0%	3,1%	0,0%	0,0%	8,2%	11,3%	
Total		Count	20	161	85	3	120	389
		% of Total	5,1%	41,4%	21,9%	0,8%	30,8%	100,0%



**6. Wie sicher fühlen Sie sich in Österreich? \* akzeptanz\_überwachung\_grad Crosstabulation**

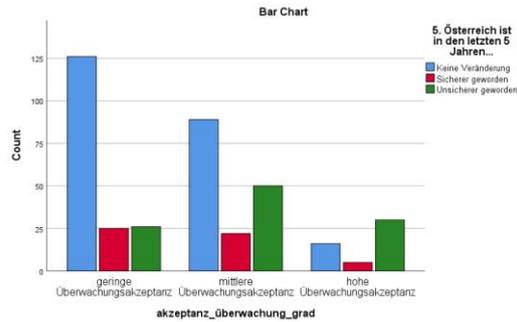
		akzeptanz_überwachung_grad			Total	
		geringe Überwachungsakzeptanz	mittlere Überwachungsakzeptanz	hohe Überwachungsakzeptanz		
6. Wie sicher fühlen Sie sich in Österreich?	Sehr sicher	Count	104	52	4	160
		% of Total	26,7%	13,4%	1,0%	41,1%
Sehr unsicher	Count	0	2	5	7	
	% of Total	0,0%	0,5%	1,3%	1,8%	
Sicher	Count	70	101	24	195	
	% of Total	18,0%	26,0%	6,2%	50,1%	
Unsicher	Count	3	6	18	27	
	% of Total	0,8%	1,5%	4,6%	6,9%	
Total		Count	177	161	51	389
		% of Total	45,5%	41,4%	13,1%	100,0%



akzeptanz\_überwachung\_grad \* 12. Betrachten Sie die Speicherung von personenbezogenen Daten und Verbindungsdaten als wirksames Mittel der Verbrechensbekämpfung bzw. im Kampf gegen den Terrorismus? Crosstabulation

12. Betrachten Sie die Speicherung von personenbezogenen Daten und Verbindungsdaten als wirksames Mittel der Verbrechensbekämpfung bzw. im Kampf gegen den Terrorismus?

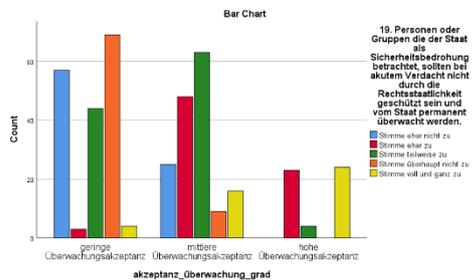
akzeptanz_überwachung_grad	geringe Überwachungsakzeptanz	mittlere Überwachungsakzeptanz	hohe Überwachungsakzeptanz	Total
Stimme eher nicht zu	Count: 70 % of Total: 18.0%	Count: 20 % of Total: 5.1%	Count: 0 % of Total: 0.0%	Count: 90 % of Total: 23.1%
Stimme eher zu	Count: 6 % of Total: 1.5%	Count: 52 % of Total: 13.4%	Count: 21 % of Total: 5.4%	Count: 79 % of Total: 20.3%
Stimme teilweise zu	Count: 57 % of Total: 14.7%	Count: 78 % of Total: 20.1%	Count: 7 % of Total: 1.8%	Count: 142 % of Total: 36.5%
Stimme überhaupt nicht zu	Count: 44 % of Total: 11.3%	Count: 2 % of Total: 0.5%	Count: 0 % of Total: 0.0%	Count: 46 % of Total: 11.8%
Stimme voll und ganz zu	Count: 0 % of Total: 0.0%	Count: 9 % of Total: 2.3%	Count: 23 % of Total: 5.9%	Count: 32 % of Total: 8.2%
Total	Count: 117 % of Total: 30.0%	Count: 161 % of Total: 41.4%	Count: 51 % of Total: 13.1%	Count: 389 % of Total: 100.0%



akzeptanz\_überwachung\_grad \* 5. Österreich ist in den letzten 5 Jahren... Crosstabulation

5. Österreich ist in den letzten 5 Jahren...

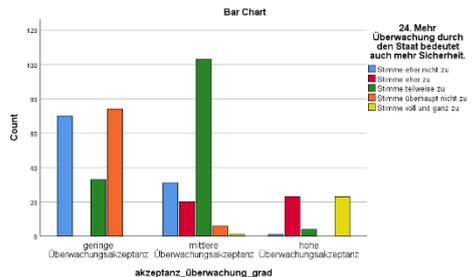
akzeptanz_überwachung_grad	geringe Überwachungsakzeptanz	mittlere Überwachungsakzeptanz	hohe Überwachungsakzeptanz	Total
Keine Veränderung	Count: 126 % of Total: 32.4%	Count: 89 % of Total: 22.9%	Count: 16 % of Total: 4.1%	Count: 231 % of Total: 59.4%
Sicherer geworden	Count: 25 % of Total: 6.4%	Count: 22 % of Total: 5.7%	Count: 5 % of Total: 1.3%	Count: 52 % of Total: 13.4%
Unsicherer geworden	Count: 26 % of Total: 6.7%	Count: 50 % of Total: 12.9%	Count: 30 % of Total: 7.7%	Count: 106 % of Total: 27.2%
Total	Count: 177 % of Total: 45.5%	Count: 161 % of Total: 41.4%	Count: 51 % of Total: 13.1%	Count: 389 % of Total: 100.0%



akzeptanz\_überwachung\_grad \* 19. Personen oder Gruppen die der Staat als Sicherheitsbedrohung betrachtet, sollten bei akutem Verdacht nicht durch die Rechtsstaatlichkeit geschützt sein und vom Staat permanent überwacht werden. Crosstabulation

19. Personen oder Gruppen die der Staat als Sicherheitsbedrohung betrachtet, sollten bei akutem Verdacht nicht durch die Rechtsstaatlichkeit geschützt sein und vom Staat permanent überwacht werden.

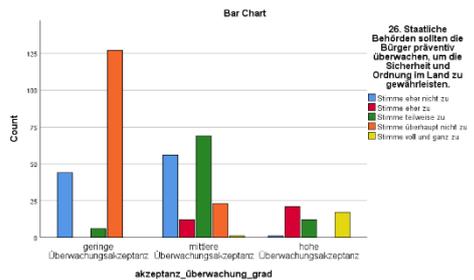
akzeptanz_überwachung_grad	geringe Überwachungsakzeptanz	mittlere Überwachungsakzeptanz	hohe Überwachungsakzeptanz	Total
Stimme eher nicht zu	Count: 57 % of Total: 14.7%	Count: 25 % of Total: 6.4%	Count: 0 % of Total: 0.0%	Count: 82 % of Total: 21.1%
Stimme eher zu	Count: 3 % of Total: 0.8%	Count: 48 % of Total: 12.3%	Count: 23 % of Total: 5.9%	Count: 74 % of Total: 19.0%
Stimme teilweise zu	Count: 44 % of Total: 11.3%	Count: 63 % of Total: 16.2%	Count: 4 % of Total: 1.0%	Count: 111 % of Total: 28.5%
Stimme überhaupt nicht zu	Count: 69 % of Total: 17.7%	Count: 9 % of Total: 2.3%	Count: 0 % of Total: 0.0%	Count: 78 % of Total: 20.1%
Stimme voll und ganz zu	Count: 4 % of Total: 1.0%	Count: 16 % of Total: 4.1%	Count: 24 % of Total: 6.2%	Count: 44 % of Total: 11.3%
Total	Count: 177 % of Total: 45.5%	Count: 161 % of Total: 41.4%	Count: 51 % of Total: 13.1%	Count: 389 % of Total: 100.0%



akzeptanz\_überwachung\_grad \* 24. Mehr Überwachung durch den Staat bedeutet auch mehr Sicherheit. Crosstabulation

24. Mehr Überwachung durch den Staat bedeutet auch mehr Sicherheit.

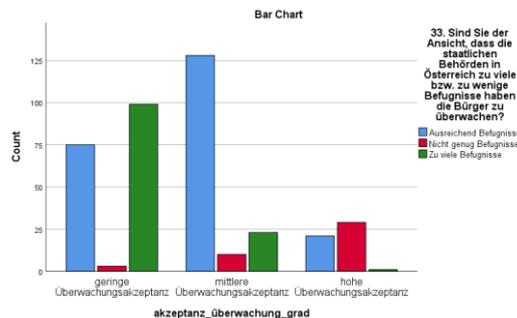
akzeptanz_überwachung_grad	geringe Überwachungsakzeptanz	mittlere Überwachungsakzeptanz	hohe Überwachungsakzeptanz	Total
Stimme eher nicht zu	Count: 70 % of Total: 18.0%	Count: 31 % of Total: 8.0%	Count: 1 % of Total: 0.3%	Count: 102 % of Total: 26.2%
Stimme eher zu	Count: 0 % of Total: 0.0%	Count: 20 % of Total: 5.1%	Count: 23 % of Total: 5.9%	Count: 43 % of Total: 11.1%
Stimme teilweise zu	Count: 33 % of Total: 8.5%	Count: 103 % of Total: 26.5%	Count: 4 % of Total: 1.0%	Count: 140 % of Total: 36.0%
Stimme überhaupt nicht zu	Count: 74 % of Total: 19.0%	Count: 6 % of Total: 1.5%	Count: 0 % of Total: 0.0%	Count: 80 % of Total: 20.6%
Stimme voll und ganz zu	Count: 0 % of Total: 0.0%	Count: 1 % of Total: 0.3%	Count: 24 % of Total: 6.2%	Count: 24 % of Total: 6.2%
Total	Count: 177 % of Total: 45.5%	Count: 161 % of Total: 41.4%	Count: 51 % of Total: 13.1%	Count: 389 % of Total: 100.0%



akzeptanz\_überwachung\_grad \* 26. Staatliche Behörden sollten die Bürger präventiv überwachen, um die Sicherheit und Ordnung im Land zu gewährleisten. Crosstabulation

26. Staatliche Behörden sollten die Bürger präventiv überwachen, um die Sicherheit und Ordnung im Land zu gewährleisten.

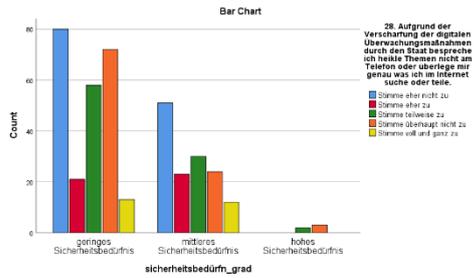
akzeptanz_überwachung_grad	geringe Überwachungsakzeptanz	mittlere Überwachungsakzeptanz	hohe Überwachungsakzeptanz	Total
Stimme eher nicht zu	Count: 44 % of Total: 11.3%	Count: 56 % of Total: 14.4%	Count: 1 % of Total: 0.3%	Count: 101 % of Total: 26.0%
Stimme eher zu	Count: 0 % of Total: 0.0%	Count: 12 % of Total: 3.1%	Count: 21 % of Total: 5.4%	Count: 33 % of Total: 8.5%
Stimme teilweise zu	Count: 6 % of Total: 1.5%	Count: 69 % of Total: 17.7%	Count: 12 % of Total: 3.1%	Count: 87 % of Total: 22.4%
Stimme überhaupt nicht zu	Count: 127 % of Total: 32.6%	Count: 23 % of Total: 5.9%	Count: 0 % of Total: 0.0%	Count: 150 % of Total: 38.6%
Stimme voll und ganz zu	Count: 0 % of Total: 0.0%	Count: 1 % of Total: 0.3%	Count: 17 % of Total: 4.4%	Count: 18 % of Total: 4.6%
Total	Count: 177 % of Total: 45.5%	Count: 161 % of Total: 41.4%	Count: 51 % of Total: 13.1%	Count: 389 % of Total: 100.0%



akzeptanz\_überwachung\_grad \* 33. Sind Sie der Ansicht, dass die staatlichen Behörden in Österreich zu viele bzw. zu wenige Befugnisse haben die Bürger zu überwachen? Crosstabulation

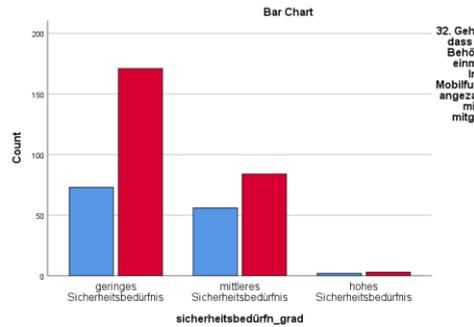
33. Sind Sie der Ansicht, dass die staatlichen Behörden in Österreich zu viele bzw. zu wenige Befugnisse haben die Bürger zu überwachen?

akzeptanz_überwachung_grad	geringe Überwachungsakzeptanz	mittlere Überwachungsakzeptanz	hohe Überwachungsakzeptanz	Total
Ausreichend Befugnisse	Count: 75 % of Total: 19.3%	Count: 128 % of Total: 32.9%	Count: 21 % of Total: 5.4%	Count: 224 % of Total: 57.6%
Nicht genug Befugnisse	Count: 3 % of Total: 0.8%	Count: 10 % of Total: 2.6%	Count: 29 % of Total: 7.5%	Count: 42 % of Total: 10.8%
Zu viele Befugnisse	Count: 99 % of Total: 25.4%	Count: 23 % of Total: 5.9%	Count: 1 % of Total: 0.3%	Count: 123 % of Total: 31.6%
Total	Count: 177 % of Total: 45.5%	Count: 161 % of Total: 41.4%	Count: 51 % of Total: 13.1%	Count: 389 % of Total: 100.0%



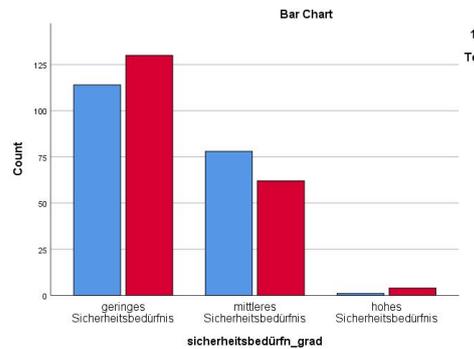
sicherheitsbedürfn\_grad \* 28. Aufgrund der Verschärfung der digitalen Überwachungsmaßnahmen durch den Staat bespreche ich heikle Themen nicht am Telefon oder überlege mir genau was ich im Internet suche oder teile. Crosstabulation

sicherheitsbedürfn_grad	geringes Sicherheitsbedürfnis	mittleres Sicherheitsbedürfnis	hohes Sicherheitsbedürfnis	Total
Stimme eher nicht zu	Count: 80, % of Total: 20,6%	Count: 51, % of Total: 13,1%	Count: 0, % of Total: 0,0%	Count: 131, % of Total: 33,7%
Stimme eher zu	Count: 21, % of Total: 5,4%	Count: 23, % of Total: 5,9%	Count: 0, % of Total: 0,0%	Count: 44, % of Total: 11,3%
Stimme teilweise zu	Count: 59, % of Total: 14,9%	Count: 30, % of Total: 7,7%	Count: 2, % of Total: 0,5%	Count: 90, % of Total: 23,1%
Stimme überhaupt nicht zu	Count: 72, % of Total: 18,5%	Count: 24, % of Total: 6,2%	Count: 3, % of Total: 0,8%	Count: 99, % of Total: 25,4%
Stimme voll und ganz zu	Count: 13, % of Total: 3,3%	Count: 12, % of Total: 3,1%	Count: 0, % of Total: 0,0%	Count: 25, % of Total: 6,4%
Total	Count: 244, % of Total: 100,0%	Count: 140, % of Total: 36,0%	Count: 5, % of Total: 1,3%	Count: 389, % of Total: 100,0%



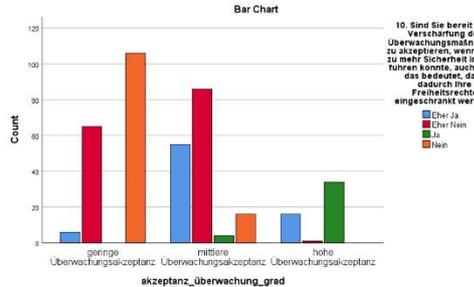
sicherheitsbedürfn\_grad \* 32. Gehen Sie davon aus, dass österreichische Behörden zumindest einmal im Jahr Ihre Internet- und Mobilfunkkommunikation angezapft und bei Ihnen mitgehört bzw. mitgelesen haben? Crosstabulation

sicherheitsbedürfn_grad	geringes Sicherheitsbedürfnis	mittleres Sicherheitsbedürfnis	hohes Sicherheitsbedürfnis	Total
Ja	Count: 73, % of Total: 18,8%	Count: 56, % of Total: 14,4%	Count: 2, % of Total: 0,5%	Count: 131, % of Total: 33,7%
Nein	Count: 171, % of Total: 44,0%	Count: 84, % of Total: 21,6%	Count: 3, % of Total: 0,8%	Count: 258, % of Total: 66,3%
Total	Count: 244, % of Total: 62,7%	Count: 140, % of Total: 36,0%	Count: 5, % of Total: 1,3%	Count: 389, % of Total: 100,0%



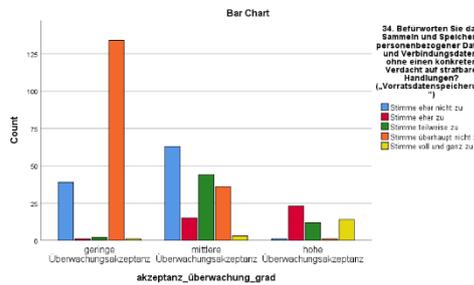
sicherheitsbedürfn\_grad \* 17. Denken Sie, dass Ihre Internet- und Telefonkommunikation überwacht wird? Crosstabulation

sicherheitsbedürfn_grad	geringes Sicherheitsbedürfnis	mittleres Sicherheitsbedürfnis	hohes Sicherheitsbedürfnis	Total
Ja	Count: 114, % of Total: 29,3%	Count: 78, % of Total: 20,1%	Count: 1, % of Total: 0,3%	Count: 193, % of Total: 49,6%
Nein	Count: 130, % of Total: 33,4%	Count: 62, % of Total: 15,9%	Count: 4, % of Total: 1,0%	Count: 196, % of Total: 50,4%
Total	Count: 244, % of Total: 62,7%	Count: 140, % of Total: 36,0%	Count: 5, % of Total: 1,3%	Count: 389, % of Total: 100,0%



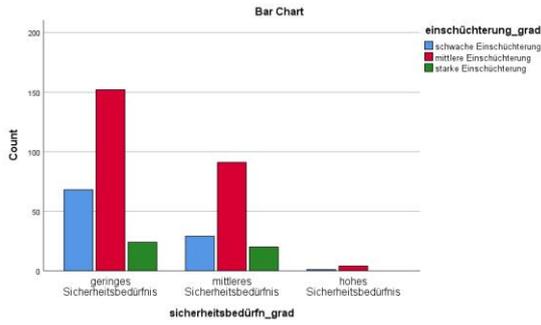
akzeptanz\_überwachung\_grad \* 10. Sind Sie bereit eine Verschärfung der Überwachungsmaßnahmen zu akzeptieren, wenn diese zu mehr Sicherheit im Land führen könnte, auch wenn das bedeutet, dass dadurch Ihre Freiheitsrechte eingeschränkt werden? Crosstabulation

akzeptanz_überwachung_grad	geringe Überwachungsakzeptanz	mittlere Überwachungsakzeptanz	hohe Überwachungsakzeptanz	Total
Eher Ja	Count: 6, % of Total: 1,5%	Count: 55, % of Total: 14,1%	Count: 16, % of Total: 4,1%	Count: 77, % of Total: 19,8%
Eher Nein	Count: 65, % of Total: 16,7%	Count: 86, % of Total: 22,1%	Count: 1, % of Total: 0,3%	Count: 152, % of Total: 39,1%
Ja	Count: 0, % of Total: 0,0%	Count: 4, % of Total: 1,0%	Count: 34, % of Total: 8,7%	Count: 38, % of Total: 9,8%
Nein	Count: 106, % of Total: 27,2%	Count: 16, % of Total: 4,1%	Count: 0, % of Total: 0,0%	Count: 122, % of Total: 31,4%
Total	Count: 177, % of Total: 45,5%	Count: 161, % of Total: 41,4%	Count: 51, % of Total: 13,1%	Count: 389, % of Total: 100,0%



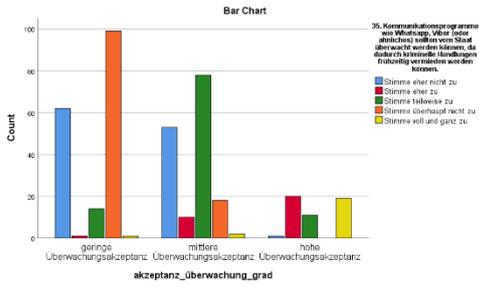
akzeptanz\_überwachung\_grad \* 34. Befürworten Sie das Sammeln und Speichern personenbezogener Daten und Verbindungsdaten, ohne einen konkreten Verdacht auf strafbare Handlungen? („Vorratsdatenspeicherung“) Crosstabulation

akzeptanz_überwachung_grad	geringe Überwachungsakzeptanz	mittlere Überwachungsakzeptanz	hohe Überwachungsakzeptanz	Total
Stimme eher nicht zu	Count: 39, % of Total: 10,0%	Count: 63, % of Total: 16,2%	Count: 1, % of Total: 0,3%	Count: 103, % of Total: 26,5%
Stimme eher zu	Count: 1, % of Total: 0,3%	Count: 15, % of Total: 3,9%	Count: 23, % of Total: 5,9%	Count: 39, % of Total: 10,0%
Stimme teilweise zu	Count: 2, % of Total: 0,5%	Count: 44, % of Total: 11,3%	Count: 12, % of Total: 3,1%	Count: 58, % of Total: 14,9%
Stimme überhaupt nicht zu	Count: 134, % of Total: 34,4%	Count: 36, % of Total: 9,3%	Count: 1, % of Total: 0,3%	Count: 171, % of Total: 44,0%
Stimme voll und ganz zu	Count: 1, % of Total: 0,3%	Count: 3, % of Total: 0,8%	Count: 14, % of Total: 3,6%	Count: 18, % of Total: 4,6%
Total	Count: 177, % of Total: 45,5%	Count: 161, % of Total: 41,4%	Count: 51, % of Total: 13,1%	Count: 389, % of Total: 100,0%



sicherheitsbedürfn\_grad \* einschüchterung\_grad Crosstabulation

sicherheitsbedürfn_grad	einschüchterung_grad	einschüchterung_grad			Total
		schwache Einschüchterung	mittlere Einschüchterung	starke Einschüchterung	
geringes Sicherheitsbedürfnis	Count	68	152	24	244
	% of Total	17,5%	39,1%	6,2%	62,7%
mittleres Sicherheitsbedürfnis	Count	29	91	20	140
	% of Total	7,5%	23,4%	5,1%	36,0%
hohes Sicherheitsbedürfnis	Count	1	4	0	5
	% of Total	0,3%	1,0%	0,0%	1,3%
Total	Count	98	247	44	389
	% of Total	25,2%	63,5%	11,3%	100,0%



akzeptanz\_überwachung\_grad \* 35 Kommunikationsprogramme wie WhatsApp, Viber (oder ähnliches) sollten vom Staat überwacht werden können, da dadurch kriminelle Handlungen frühzeitig vermieden werden können. Crosstabulation

35 Kommunikationsprogramme wie WhatsApp, Viber (oder ähnliches) sollten vom Staat überwacht werden können, da dadurch kriminelle Handlungen frühzeitig vermieden werden können. Crosstabulation

akzeptanz_überwachung_grad	35 Kommunikationsprogramme wie WhatsApp, Viber (oder ähnliches) sollten vom Staat überwacht werden können, da dadurch kriminelle Handlungen frühzeitig vermieden werden können.	35 Kommunikationsprogramme wie WhatsApp, Viber (oder ähnliches) sollten vom Staat überwacht werden können, da dadurch kriminelle Handlungen frühzeitig vermieden werden können.					Total
		Stimme eher nicht zu	Stimme eher zu	Stimme teilweise zu	Stimme überhaupt nicht zu	Stimme voll und ganz zu	
geringe Überwachungsakzeptanz	Count	62	1	14	99	1	177
	% of Total	15,9%	0,3%	3,6%	25,4%	0,3%	45,5%
mittlere Überwachungsakzeptanz	Count	53	10	78	18	2	161
	% of Total	13,6%	2,6%	20,1%	4,6%	0,5%	41,4%
hohe Überwachungsakzeptanz	Count	1	20	11	0	19	51
	% of Total	0,3%	5,1%	2,8%	0,0%	4,9%	13,1%
Total	Count	116	31	103	117	22	389
	% of Total	29,8%	8,0%	26,5%	30,1%	5,7%	100,0%